

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2 Reichsmark voraus zahlbar.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“ mit „Stellung und Kleinpartei“ sowie der Beilage „Unterhaltung und Wissen“ und Frauenbeilage „Frauenstimme“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphisch: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Donnerstag, den 15. Oktober 1925

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Severing erledigt die Opposition.

Will sie wirklich Neuwahl des Landtags?

Das also ist die Debatte, durch die angeblich dem „System Severing“ ein Ende bereitet werden soll.

Zuvor gibt es noch allerhand Krimskrams. Nur die Rede des Volksparteilers Leidig sticht hervor, wenn auch nicht auf vorteilhafte Weise.

Die Volkspartei ist im Reich Regierungspartei, in Preußen belagerte „Oppositionspartei“.

Im ganzen dürfte Leidigs Rede Deutschland mehr geschadet haben als Severing. Der sieht gar nicht so aus, als ob es mit ihm zu Ende gehen sollte.

Den Junkern, die über die östliche Einwanderung schreien und doch nie genug polnische Landarbeiter bekommen können, gibt er dann den Rat: „Bezahlen Sie Ihren Arbeitern angemessene Löhne!“

Ganz so sehen sie einstweilen doch nicht aus. Einstweilen wirkt nichts veröhnend als der Humor der Situation, in der sie sich befinden.

Für die Anhänger des „verrückten Systems Severing“ gibt es dagegen nur zwei Möglichkeiten: Entweder sie werden den Gegnern eine parlamentarische Abfuhr erteilen oder sie werden ihnen im Wahlkampf eine noch viel gründlichere Niederlage bereiten.

In der gestrigen Landtagsführung führte Abg. Leidig (D. Sp.) am Schluss seiner Rede aus: Deshalb werden wir Mann für Mann für das Misstrauensvotum stimmen.

die Lebenskraft des Staates Preußen arbeitet jetzt auch die Deutsche Volkspartei am Wiederaufstieg; um ihn zu erreichen, ist die Mitarbeit aller ohne Unterschied der Partei notwendig.

Abg. Müller-Franken (Wirtsch. Vereinigung): Die Wirtschaftspartei steht programmatisch auf dem Boden der heutigen Verfassung. Wenn das dem Buchstaben nach der Fall ist, so befindet sich doch keiner unter uns, der zufrieden ist mit dem Staat, wie er heute ist.

Nach weiteren Ausführungen des Abg. Dr. Koerner (Fölk. Freiheitspartei) werden die Abstimmungen zum Handelsvertrag vorgenommen. Die Anträge des Hauptauschusses gelangen fast durchweg zur Annahme; einige werden Ausschüssen überwiesen.

Schlüssel die Zurückdrängung der Mittelschichten durch Konsumvereine und Genossenschaften ausschließen soll. Nach Erledigung der Abstimmungen fährt das Haus in der allgemeinen Aussprache über den Haushalt des Ministeriums des Innern fort.

Minister des Innern Severing:

Als ich hier im vergangenen Jahre den Haushalt des Innern zu verteidigen hatte, gab ich der Erwartung Ausdruck, daß es in verhältnismäßig kurzer Zeit gelingen würde, in allen Teilen Preußens eine geordnete Verwaltung wieder herzustellen.

Einigung auch in den Ostfragen.

Diskussion der „Rückwirkungen“.

V. Sch. Locarno, 14. Oktober (Eig. Drahtbericht).

Die Konferenz hat heute insofern eine kleine Pause erfahren, als weder am Vormittag noch am Nachmittag eine Plenarsitzung stattfand.

Gegenüber anders lautenden Gerüchten wird von der deutschen Delegation bestritten, daß die Reise Kempners irgendeine Störung der wichtigen Beratungen zur Folge gehabt habe.

Die privaten Unterredungen haben sich in den letzten Tagen so vermehrt, daß man unmöglich alle registrieren kann. Die deutsche Delegation hat folgende Unterredungen gehabt: Luther mit Beneš, Stresemann mit Chamberlain, v. Schubert mit Vandervelde, v. Schubert mit Scialoja.

Der Besuch Scialojas bei Schubert, der später erwidert wurde, ist insofern von Interesse, als der italienische Hauptdelegierte am Dienstag mit Briand eine längere Motorbootfahrt unternommen hat.

Chamberlain äußerte sich heute der englischen Presse gegenüber viel weniger zurückhaltend als bei Beginn der Konferenz und sagte sogar, er könne sich kaum mehr denken, daß jemand die Verantwortung übernehmen würde, seine Unterschrift unter die Abmachungen von Locarno nicht zu setzen.

gut wie fertig. Die Juristen seien nur noch gewisse Formulierungen aus. Die Frage der Garantie der östlichen Schiedsverträge wird so geregelt werden, daß Frankreich an Polen und die Tschechoslowakei außerhalb des Paktes einseitige Erklärungen abgeben wird.

Die Juristen haben aber außerdem die Schiedsverträge bearbeitet, und zwar verhandelte Ministerialdirektor Gours den ganzen Tag über nicht nur mit seinen tschechischen und polnischen Kollegen, sondern auch Bromageot und Hurst zugegen.

Kempners Berichterstattung beendet.

WFB. meldet: Heute mittag fand in der Reichskanzlei im Anschluß an die gestrige Sitzung eine erneute Ministerbesprechung unter Vorsitz des Reichswirtschaftsministers Dr. Gehler statt.

Staatssekretär Dr. Kempner hat gestern Abend 8 Uhr die Rückreise nach Locarno angetreten.

Mussolini will mit von der Partie sein.

Rom, 14. Oktober. (WFB.) Ministerpräsident Mussolini ist heute Abend nach Locarno abgereist.

„Laufende Angelegenheiten.“

Paris, 14. Oktober. (WFB.) Die Vorkonferenz der Vorkonferenz ist heute vormittag zu einer Sitzung zusammengetreten, in der sie die laufenden Angelegenheiten erledigte.

Es handelt sich hier offenbar um die Beratungen über die Entwaffnungsnote und die Räumung Kölns, für die die Vorkonferenz zuständig ist. Die Zustimmung muß erfolgen, damit in Locarno die schriftliche Zusage der alliierten Regierungen erfolgen kann.

die Grundzüge vorangegangen ist. Ich glaube, in einigen Monaten können die fertigen Vorlagen dem Landtage unterbreitet werden.

Abrechnung mit den Völkischen.

Wenn ich, um einen Ausdruck des Herrn Kollegen Leidig zu gebrauchen, rückblickend die bisherige Debatte verfolge, so möchte ich zunächst sagen: der Ton, in dem in diesem Jahre die Debatten geführt sind, steht wohlwollend ab von dem Ton der Auseinandersetzungen zu meinem Glück in früheren Jahren. Sogar Herr Kollege Koerner hat bemerkt, daß der Kampf der Deutschvölkischen Freiheitspartei gegen mich nicht meiner Person geteilt, und er hat sogar positiv gesagt, daß man meiner Person auch in seinen Reihen etwas wie Achtung entgegenbringe. (Zuruf: Zustimmung! — Heiterkeit.) Ich erkenne das mit Dank an. Aber, Herr Kollege Koerner, wenn ich als Redner der Deutschvölkischen Freiheitspartei an das glaube, was Sie als Ihre Meinung oder als Feststellungen Ihrer politischen Freunde hier vorgebracht haben, dann hätte ich vor dem Minister des Innern keine Achtung.

Der Herr Abgeordnete Koerner hat dann auf eine Rede eingewirkt, die ich am 12. Oktober vergangenen Jahres in Kiel gehalten habe. Natürlich hat er auch da wieder falsch zitiert. Kurz vor dieser Rede hat ein verabschiedeter General von Ledebour in Altona bei einer vaterländischen Feier gesprochen; er hat Ausführungen gemacht, die zurückgewiesen werden mußten, und ich glaube, dazu nicht nur berechtigt, sondern sogar verpflichtet zu sein. Kurze Zeit vorher waren in und um Hamburg bei vaterländischen Organisationen Pläne und Auszeichnungen gefunden worden, die nichts mehr und nichts weniger enthielten, als Bemerkungen darüber, wie man im Falle von außen- oder innenpolitischer Verwicklungen Hamburg und Altona zerschlagen und die Arbeiterchaft zum Hungern bringen könnte. (Hört, hört! links. — Heiterkeit rechts.) Aber nicht nur das, auch die Formationen waren schon aufgestellt, die gegen Hamburg und Altona marschieren sollten. Wenn solche Dinge zur Kenntnis der Arbeiterchaft kommen, kann das in politisch und wirtschaftlich erregten Zeiten einen sehr unangenehmen Störfaktor bilden und mir lag daran, die unangenehmen Stimmungen zu bannen. Ich habe für den Frieden, besonders für den Bürgerfrieden in Kiel gesprochen, habe allerdings gesagt: meine es etwa die Kreise, die mit ihren Plänen aufmarschieren, wagen sollten, die Verfassung und die Mitglieder der verfassungstreuen Parteien anzutasten, dann würden allerdings die Mitglieder des Reichsbanners und der verfassungstreuen Parteien zeigen, daß sie keine Feiglinge und keine Weichlinge seien. (Sehr gut! links.) Und dabei bleibt es, das werde ich immer wieder sagen, und ich bin auch gefonnen, daraus die Konsequenzen zu ziehen. (Sehr gut! links.)

Mittelstand und Preisprüfungsstelle.

Herrn Abg. Müller-Franken will ich folgendes sagen. Ich glaube, bei einer objektiven Betrachtung aller derjenigen Maßnahmen, die aus der Kriegswirtschaft noch bestehen, werden Sie finden, daß einige dieser Maßnahmen fortzusetzen müssen. Ein Mitglied Ihrer Partei ist kürzlich bei mir gewesen und hat gefragt, ob es angeht, sich gerade bei meinem Etat die Frage — legen wir einmal — der Preiskontrollen zu behandeln. Darauf habe ich ihm gesagt: „Natürlich, denn die Preiskontrollen müssen doch von der Polizei beaufsichtigt werden!“ Und jenes Mitglied Ihrer Partei hat dann darauf aufmerksam gemacht, daß Angehörige des gewerblichen Mittelstandes daß keine Kaufleute Warenartikel gern billiger verkaufen möchten, aber durch die Kontrollen der großen Ringe daran gehindert würden. Wenn Sie der Meinung sind, daß diese Untersuchungen und Feststellungen von einer objektiven Behörde getroffen werden sollen, dann müssen Sie auch für die Beibehaltung der Preisprüfungsstellen eintreten; denn nur die Preisprüfungsstellen sind imstande, festzustellen, ob der kleine Kaufmann oder ob der Ring, die Preiskontrollen schuld ist an der Teuerung.

Abrechnung mit den Deutschnationalen.

Und nun gestatten Sie mir, daß ich mich mit den Herren Rednern beschäftige, die gestern geredet haben, zunächst mit dem Herrn Abg. Milberg. Seine Bemerkungen dem Abg. Hirsch gegenüber: „Das war kein Heldenstück, Oktauius!“ haben auch mich zu einem Ausflug ins Literarische angeregt. Herr Milberg ist doch kein Duxenberg (Heiterkeit); aber ich glaube, ich darf ihm sagen, obgleich ich auch nicht für mich in Anspruch nehme, ein Wallenstein zu sein (Zuruf: Aber ein halber! — Aber es kann noch werden! — Heiterkeit.) Anlagen ist mein Amt und meine Sendung. Es ist mein Herz, das gern beim Lob verbleibt.“ Von diesem Lob habe ich allerdings wenig verspürt. Sie hatten ja eben den Beruf anzuklagen, mildernde Umstände nicht gelten zu lassen und diesen Beruf haben Sie getreulich erfüllt. Aber wie so manchem Staatsanwalt, ging es auch Ihnen: es ist Ihnen manches Unrichtige unterlaufen.

Ehe ich diese unrichtigen Angaben berichtige, möchte ich zu den Ausführungen des Herrn Abg. Milberg zu meiner Stellung als Kommunalaufsichtsminister folgendes sagen:

Die mir fernblühend zugedachte Rolle, alles das zu droffeln, was in diesen frühen Zeiten die Gemeinden unternehmen möchten zur Ausgestaltung ihrer Aufgaben, lehne ich ab.

(Bravo! links. — Zuruf rechts: Hat auch kein Mensch gewollt!) Was Herr Abg. Milberg mir zugemutet und was er zur Begründung seines Antrages gesagt hat, stimmt aber auch gar nicht. Gemäß, als wir im vergangenen Jahre, nach der Inflation, wieder so etwas wie einen festen Boden fühlten, da sind auch die Gemeinden daran gegangen, das, was sie in den letzten Jahren des wirtschaftlichen Niederganges hatten zurückstellen müssen, zu errichten. So wie sie haben hier und dort ein Stadion gebaut, sie haben Sportplätze angelegt, sie haben auch ein Theater errichtet, aber, meine Herren, das sind alles Dinge, die ich unter gar keinen Umständen missen möchte.

Ich bin aber eigentlich erstarrt gewesen über die Forderung des Herrn Abg. Milberg, eine straffere Aufsicht über die Gemeindefinanzen zu üben, die Gemeinden mehr in ihre Schranken zurückzuweisen, denn die Herren von der Deutschnationalen Sozialpartei können es sonst anders. Als ich mich einmal daran erinnerte, daß die Gemeinden doch auch nur Zellen des Staates sind, wenn man so will, Zellen auch des Reiches seien, und als ich aus dieser Erkenntnis die Konsequenz zog, daß am Verfassungstage des Reiches insbesondere auch die Gemeinden in den Farben des Reiches zu flaggen hätten, waren Sie es ja (Unruhe rechts.), die gegen den Innenminister zu Felde zogen, weil Sie der Meinung waren, daß das eine unerhörte Beschränkung der Selbstverwaltung sei.

Wenn für Straßenbau und Instandhaltung, dann aber auch auf sozialpolitischem Gebiet die Gemeinden und Gemeindefinanzverbände Ausgaben machen, so kann ich nur sagen, daß diese Ausgaben leisten einmal im Interesse der deutschen Volkswirtschaft und zum andern im Interesse des sozialen Friedens. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Und daß ich nicht geonnen bin, da irgendwie von Aufsicht wegen mit Vorschriften vorzugehen. Der Herr Kollege Milberg hat dann weiter erklärt, daß die Deutschnationalen um deswillen mir ihr Mißtrauen aussprechen wollen, weil ich eine hemmungslöse Zuwanderung aus dem Osten zugelassen hätte. Aber hemmungslös sind Ausländer ins Reich, wenn ich recht unterrichtet bin, zu großen Massen in der Kriegszeit durch die Heranziehung herangezogen worden. (Zuruf links: Ludendorff!) Und hemmungslös, Herr Kollege Milberg, werden noch in jedem Jahr Ausländer durch Kreise herangezogen, die Ihnen politisch und wirtschaftlich nahe stehen. Die Reichsarbeitsverwaltung hat im vergangenen Jahre das Kontingent für die Zulassung ausländischer Arbeiter auf 130 000 festgelegt. Einige Stellen im Reich, insbesondere der Herr Reichsarbeitsminister, in Preußen der Herr Wohlfahrtsminister, der Herr Handelsminister und ich sind der Meinung, daß diese Zahl von 130 000 nicht vermehrt, sondern herabgesetzt werden muß. (Hört, hört! links.) Und wer wehrt sich nun dagegen? Herr von der Osten, ich bitte, von diesen Mitteltungen gefälligst Kenntnis

nehmen zu wollen: der deutsche Landwirtschaftsrat, der Reichslandbund, der Reichsverband der deutschen Land- und forstwirtschaftlichen Arbeitgebervereinigungen. (Stürmische Rufe links: Hört, hört! Das sind Ihre nationalen Kreise! — Zurufe bei den Dnat.: Es handelt sich nur um die Rätearbeiter! — Lachen links. Große Unruhe.) Ich mache Ihnen einen Vorschlag: siedeln Sie die deutschen Arbeiter so an, wie Sie es mir empfohlen haben, als die Schneedenkmal-Dinge in den Zeitungen und in der Öffentlichkeit erörtert wurden, und bezeugen Sie die deutschen Arbeiter so, daß die deutschen Arbeiter mit diesen Löhnen ein menschenwürdiges Dasein führen können, dann haben Sie Arbeiter in Hülle und Fülle. (Lebhafte Zustimmung links. Große Unruhe und stürmische Zurufe bei den Dnat.) Ich stelle fest: ich bin der hemmungslösen Einwanderung Auswärtiger entgegengetreten, und

die wirtschaftlichen Kreise, die dem Reichslandbund, die der Deutschnationalen Volkspartei nahe stehen, sind für die hemmungslöse Zuwanderung der polnischen und ausländischen Arbeiter.

(Erneute stürmische Zurufe bei den Dnat. Andauernde große Unruhe.)

Herr Abg. Milberg ist dann auf die Frage der Verbände zu sprechen gekommen. Ich darf, ehe ich ihm antworte, Herrn Kollegen Müller-Franken bestätigen, daß ich als Postminister froh wäre, wenn es gar keine solcher Organisationen gäbe. Ich habe mich in diesem Sinne in den Jahren 1921, 1922, 1923 ausgesprochen. Meine Wahnungen an die Parteien und Kreise, die dem Stahlhelm und dem Jungdeutschen Orden, dem Völkischen u. dgl. nachstehen, diese Verbände doch zur Auflösung zu bringen, haben nichts gezeitigt. Als dann im Jahre 1923, in den Novembertagen dieses Jahres, gerade der Jungdeutsche Orden und der Stahlhelm in die Öffentlichkeit traten und

die Reichsstellen aufforderten, die Diktatur zu proklamieren,

da, meine Herren, habe ich es nicht mehr mit meinem Gewissen verantworten können, auf diejenige Partei und diejenigen Gruppen einzuwirken, von der Gründung anderer Wehrorganisationen Abstand zu nehmen, die bis zum Jahre 1923 zum Teil infolge meiner Ermahnungen und meiner Einwirkung Gewehr bei Fuß gestanden haben. Als dann das Reichsbanner im Frühjahr 1924 ins Leben trat, da habe ich die Gründung des Reichsbanners begrüßt (Bravo! links), weil in dieser Gründung so etwas lag, wie eine Korrektur der irdischen Auffassung, daß das ganze offizielle Deutschland nur aus Stahlhelm und Jungdeutschem Orden bestand.

Der Abg. Milberg hat dann das Telegramm des Stahlhelms in Halle an den Reichsinnenminister zitiert. Ich muß sagen, daß dieses Telegramm des Stahlhelms an den Herrn Reichsinnenminister ungefähr das Tonstück darstellt, was mir in der letzten Zeit begegnet ist. Die Polizeiverwaltung in Halle ist mit der Unterbrechung des Falles beauftragt worden und der Regierungspräsident in Merseburg erstattet mir einen Bericht, aus dem hervorgeht, daß für die Ermordung der beiden Stahlhelmsangehörigen in Anhalt und im Freistaat Sachsen preussische Behörden nicht verantwortlich gemacht werden können. Von den anderen drei Fällen ist nur die Ermordung des Bäckermeisters Rißner als eine politische Tat zu bezeichnen. Sie aber als eine Folge des Stachverboths hinzustellen, ist ebenso wie in den übrigen vier Fällen deswegen vollständig abwegig, weil sie sich zu einer Zeit abgespielt haben, als der Ministerialerlass vom 26. Mai und meine Verfügung vom 5. September noch gar nicht bestanden haben. (Hört, hört!)

Die Uria-Briefe des Herrn Bagem.

Ich darf dabei gleich auf die Dinge zu sprechen kommen, die gestern auch der Herr Abg. Hirsch schon berührt hat. Drei Mitglieder dieses Hauses haben auf Beschluß der deutschnationalen Fraktion einen Ausschuß gebildet, um die Dinge festzustellen, die sich besonders in meinem Amtsbezirk auf dem Gebiete der Beamtenförderung oder Beamtenzurücksetzung ereignen. Zunächst möchte ich Ihnen folgendes sagen. Eine Beantwortung aller dieser Fragen können Sie doch nur von Beamten erwarten. Müssen Sie durch solche Anfragen nicht geradezu das Gefühl erwecken, daß alle Beamten zurückgestellt worden sind? (Abg. Milberg: Nein! Zurufe rechts.) Herr Abg. v. Gersdorff legt Wert auf die Feststellung, daß in den weiteren Passagen dieses Erlasses, dieses Ausschreibens verlangt wird, daß man nur zuverlässige Angaben macht. Ja, Herr Abg. von Gersdorff, Sie sollten nicht so unvorsichtig sein! Das ist nämlich das Eingeständnis der Pleite. Weil Sie zuverlässige Angaben nicht bekommen konnten, deswegen haben Sie nichts gesagt.

Ich spreche ja nur im Interesse der Deutschnationalen Partei, wenn ich feststelle, daß zuverlässige Angaben, die diese Auffassung und diese Erwartung erhöhen, nicht gemacht werden können. Herr Abgeordneter Milberg, der Schluß liegt doch sehr nahe: Wenn Sie vom 15. Juli bzw. vom 3. Juli d. J. das erwartete Material bekommen hätten, hätten Sie es erster Redner doch schon davon ausgiebig Gebrauch gemacht (Sehr richtig! links), und da Sie es nicht getan haben, provozieren Sie Ihren zweiten Redner, damit herauszukommen. (Sehr gut! links. — Zuruf rechts.) Und nun frage ich Herrn von Gersdorff:

Wenn jede Partei ihre Angehörigen in dieser von Ihnen beabsichtigten Art anweisen wollte, wenn jede Partei ein derartiges Spitzelsystem einführen wollte, dann wäre es mit der Moral in Preußen schlecht bestellt.

Aber ich habe den Eindruck, als ob Sie auch auf diesem Gebiete doppelte Buchführung schrieben; denn drei Tage, nachdem Sie dieses Ausschuß eingesetzt hatten, dem auch der Herr Polizeimajor a. D. Bork angehört, schrieb dieser Herr Polizeimajor mir einen Brief folgenden Wortlauts:

Sehr geehrter Herr Minister!

Ein meiner Partei nahestehender Rektor Trouel aus Stertade im Rheinland teilt mir mit, daß sein Sohn an Sie, sehr geehrter Herr Minister, ein Gesuch um Einstellung als Polizeianwärter in eine staatliche Polizeiverwaltung eingereicht hat. Da mir durchaus bekannt ist, daß Sie diesem Gesuch in der gewünschten Weise nicht nachkommen können, da aber andererseits in der Familie des Gesuchstellers eine Notlage vorliegt, so würde ich Ihnen außerordentlich dankbar sein, falls es sich in irgendeiner Weise ermöglichen ließe, daß der Gesuchsteller in einer bescheidenen Hilfsarbeiterstelle verwandt wird. Vielleicht würde durch Ihren Einfluß in dieser Beziehung dem Gesuchsteller geholfen werden können.

Für eine gefällige Antwort wäre ich Ihnen außerordentlich verbunden und danke ich diesen Anlaß zum Ausdruck meiner vorzüglichsten Hochachtung.

ergebenst

gez. Bork. M. B. S.

(Hört! hört! und Heiterkeit links. — Zurufe rechts.) Also, meine Damen und Herren, der Herr Abgeordnete Bork legt in mich das Vertrauen, daß ich den Sohn eines seiner Partei nahestehenden Rektors in die Polizeiverwaltung aufnehme. Ich kann Ihnen sagen: der Herr Abgeordnete Bork hat sich in diesem Falle nicht getäuscht; der Mann ist in die Polizeiverwaltung aufgenommen worden. (Bravo!) Damit vergleichen Sie nun die Briefstelle, die auch der Herr Abgeordnete Bork unterzeichnet hat. (Zurufe und Heiterkeit.)

Nun ein paar Bemerkungen zu meiner

Personalpolitik.

Es ist mir gesagt worden, ich hätte in der Personalpolitik keine glückliche Hand gehabt.

Ich gebe unumwunden zu, daß nicht alles Idealbeamte sind, die als neue Beamte im Jahre 1920 in die Verwaltung gekommen sind. Aber glauben Sie, das sei eine Eigenart eines sozialdemokratischen Innenministers? (Zurufe rechts: Ja!) Irrtümer und Mißgriffe kommen auch in den höchsten und allerhöchsten Stellen vor. Ich möchte Ihnen das mal an folgendem pitanten Vorgang beweisen, an einem äußerst pitanten Vorgang. Die ostpreussischen

Blätter veröffentlichten vor einigen Tagen folgende Notiz, der frühere Kaiser habe an den früheren Landrat des Kreises Elbing ein Telegramm folgenden Wortlauts gerichtet:

Ich habe mit Bedauern vernommen, daß Sie den Landkreis Elbing verlassen, um eine anderweitige dienstliche Verwendung zu finden. Sie haben sich in Ihrer fast neunzehnjährigen Betätigung als Landrat mein volles Vertrauen erworben (Heiterkeit links) und wird, des bin ich gewiß, auch der Landkreis seinem scheidenden Landrat ein dankbares Andenken bewahren. Ich sende Ihnen beifolgend mein Bild und wünsche Ihnen, lieber Graf Posadowsky, für die Zukunft alles Gute. gez. Wilhelm R.

(Große Heiterkeit links.) Ich spreche nicht über die kaiserliche Inversion, die in diesem Telegramm liegt (Lachen und Zurufe rechts), aber ich spreche über die Annahme des früheren Kaisers, der der Auffassung ist, daß er heute noch sein volles Vertrauen einem preussischen Landrat zu bekunden hat. Ich spreche aber auch über die Annahme, die darin liegt, daß der frühere Kaiser sich nach dem Titel K. K. König, bezieht. Auf diesen Titel hat der Kaiser verzichtet. Aber das ist nicht das Wesentliche. Und nun verhält es sich mit diesem Landrat Posadowsky so, daß ich schon vor einigen Jahren beabsichtigte, ihn zur Disposition zu stellen und daß ihm durch Gründe, die ich heute nicht erörtern möchte, dieses Schicksal erspart geblieben ist. Jetzt aber, in diesen Sommertagen, sind Ihre politischen Freunde, meine Herren von der Deutschnationalen Volkspartei, an mich herangetreten bzw. an die Herren meines Ministeriums mit dem Ersuchen, diesen Landrat recht bald abzurufen. (Lebhafte Rufe: Hört, hört! links.)

Abrechnung mit der Volkspartei.

Dann darf ich mich noch mit einigen kurzen Bemerkungen zu den Ausführungen des Herrn Abg. Dr. Leidig wenden. Der Herr Abg. Dr. Leidig hat an die Spitze seiner Ausführungen gestellt, daß er und seine politischen Freunde nicht beabsichtigten, die Sozialdemokratie von der Mitarbeit am Staatsganzen auszuschließen.

Aber Sie haben das, was Sie so schön in dieser Bräunel gesagt haben, durch Ihre weiteren Ausführungen gänzlich wieder zerstört. Sie haben das Mißtrauensvotum der Deutschen Volkspartei mit dem Hinweis darauf begründet, daß die Verhältnisse in unserem Volksleben ausgeglichen werden müßten, daß das insbesondere die Aufgabe des Mannes sei, der an der Spitze des preussischen Innenministeriums stehe, und daß ich durch meine Amtsführung bewiesen hätte, daß ich dieser Aufgabe nicht gewachsen wäre. (Abg. Dr. Leidig: Nicht gemacht sein will! — Bravo! rechts. — Zuruf: Wie böser Wille!) Es gab einmal eine Zeit, Herr Kollege Dr. Leidig, da dachten Sie über meine Fähigkeiten auf diesem Gebiete ganz anders. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten und Demokraten.) Das war am 13. August 1923. (Zuruf des Abg. Dr. Leidig.) Ich entsinne mich zu einem Gespräch, das ich nicht direkt zu behandeln brauche, denn es war ein politisches Gespräch, das ja auch später ganz offizielle Formen bekommen hat.

Ich entsinne mich, daß mir im Reichstage am Tage der Bildung des Kabinetts Stresemann über die weitere politische Entwicklung im Reich sprachen, daß Sie es wie ich für erforderlich hielten, daß zur Beendigung des passiven Widerstandes, zur Rettung Deutschlands — in den Augusttagen stand es sehr kritisch, die Augusttage waren der Ritt über den Bodensee — ein Zusammenschluß aller Kräfte erforderlich sei, die guten Willens für den Aufbau des Vaterlandes wären. Da haben Sie, Herr Kollege Leidig, mich ersucht, auf die Reichstagsfraktion der Sozialdemokratischen Partei einzuwirken. Es war nicht notwendig, Sie hätte es freiwillig getan. Ich bin am gleichen Tage noch von anderen prominenten Führern der Deutschen Volkspartei im gleichen Sinne aufgefordert worden. Sie haben sich nicht an mich gewandt, nur weil ich Soering hieß, aber weil ich besonders stäns Augen hatte (Heiterkeit), nein, Sie haben es getan — das ist mir auch von Ihren Freunden gesagt worden —, weil Sie das mit mir wußten, daß ich grundsätzlich auf dem Boden der Koalitionspolitik stehe.

Sie wollen also keinen Sozialdemokraten ausschließen, mich hatten Sie aber für die Vertretung der Idee, die Versöhnlichkeit der politischen Gruppen in Deutschland auszugleichen, für ungeeignet!

Da möchte ich Ihnen die Aufgabe machen, Herr Kollege Leidig, suchen Sie einmal bei meinen politischen Freunden, ob Sie da einen anderen, ich will nicht sagen, besseren finden, der Ihren Erwartungen mehr entspricht, der diese Aufgabe besser erfüllt. (Zurufe.) Sie machen es mir zum Vorwurf, daß ich Sozialdemokrat geblieben sei. Ich kann Ihnen versprechen, ich bleibe bis an mein Lebensende von den politischen Dingen erfüllt, die mich in das politische Leben getrieben haben. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Ich glaube, es war nicht klug von Ihnen, Herr Kollege Leidig, eine Formulation zu treffen, die ungehörig den Wortlaut hat: Die Türen werden geöffnet, aber hinaufkommen nur diejenigen, die die erforderliche Stärke und Größe haben. Die Türen zur gemeinschaftlichen Arbeit ja, aber das bestimmen doch Sie nicht allein, sondern die anderen sehen sich doch auch noch die Beute an, die durch die Tür gehen sollen! Wenn Sie nicht eine Vorkherrschaft der Volkspartei oder der Rechten etablieren wollen, sondern auf die Mitarbeit der anderen Parteien Wert legen, dann müssen Sie auch den anderen Parteien ein Recht, sagen wir, für die Auswahl der Persönlichkeiten, die berufen sind, mitzuführen.

Herr Kollege Leidig, Sie haben — ich kann das gar nicht oft genug hervorheben — als die Verpflichtung des Ministers des Innern betont, daß er zwischen den Ideen der alten Zeit und den Anforderungen der neuen Zeit vermitteln solle. Ja, ich bin da mit Ihnen einverstanden, ich müßte auch. Meine ganze Tätigkeit im Staatsministerium und vorher meine ganze Tätigkeit im öffentlichen Leben ist nichts anderes gewesen als das Bestreben, die großen Gegensätze im deutschen Volke, die bis zum Jahre 1918 bestanden, in Arbeiterchaft und Bürgertum, auszugleichen. Aber, Herr Abgeordneter Leidig, Sie müssen es mir schon überlassen, wie ich diese Vermittlung vornehme. Sie wünschen, daß ich den Anhängern der neuen Zeit, den republikanischen Parteigängern sage: wie schön ist es in der alten Zeit gewesen. Nein, das kann ich nicht.

Nach meiner Meinung ist es notwendig, den Anhängern der alten Zeit ein Gedächtnis zurückzurufen, weil sie das schon verstanden haben, daß das Alte nicht widersteht und es jetzt darauf ankommt, in der Gegenwart für eine bessere Zukunft zu arbeiten.

(Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.) Ich müßte wie der alte Kittinghausen: Das Alte stirbt, es ändert sich die Zeit, und neues Leben blüht aus den Ruinen. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.) Es müßte ich. Das Gesch der Trägheit ist ein so retardierendes Moment, ist ein Faktor, so stark für das Alte, daß er überwunden werden muß und man gar nicht Temperament genug aufbringen kann, um auf die Alten einzuwirken, sich mit der neuen Zeit zu versöhnen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Ich habe die Hoffnung, daß diese meine Mühseligkeit schließlich zu dem Erfolge führen wird, daß die Träger des Alten einmals sagen werden wie der Träger des Alten im hohen Alter von Wilhelm Tell: Und frei erklärt ich alle meine Knecht! (Anhaltender stürmischer Beifall und Händelassen bei den Sozialdemokraten und in der Mitte. Lebhafte Zurufe und Rufen rechts. Erneuter anhaltender Beifall links.)

Nach Ausführungen des Abg. Mörike (Komm.) verläßt das Haus die weitere Beratung auf Donnerstag 12 Uhr.

Schluß 10 Uhr.

Die Abstimmung über die Mißtrauensanträge gegen Minister Soering wird erst am Donnerstag nächster Woche stattfinden.

Der Fall Paul Oskar Höcker. Ein belgisches Todesurteil.

Der Schriftsteller Paul Oskar Höcker, der zu Kriegsbeginn als Hauptmann in Belgien stand, ist jüngst von einem belgischen Kriegsgericht in seiner Abwesenheit wegen einer von ihm beschriebenen Erschießung eines belgischen Bürgers namens Schmeck zum Tode verurteilt worden. Ueber die Sinnwidrigkeit solcher Prozeduren wird nirgends eine Meinungsverschiedenheit bestehen. Urteile solcher Art werden durch den Umstand gekennzeichnet, daß sie nur in Abwesenheit der Beschuldigten gefällt werden können und nur in der Zurechnung, daß sie für ewige Zeit unvollstreckbar bleiben werden. Würde der „zum Tode Verurteilte“ nach Belgien kommen und sich zur Vollstreckung des Urteils stellen, so gäbe das eine große Verlegenheit.

Der Fall wird noch grotesker durch den Umstand, daß Höcker von dem Verfahren nie benachrichtigt wurde, sondern von ihm erst erfuhr, als das Urteil gefällt war.

Das Urteil gründet sich auf die Annahme, die Erschießung des Schmeck sei befohlen worden, weil man in seiner Verhaftung ein Flobergewehr gefunden hatte. Nach Höckers Darstellung ist Schmeck zur Zeit der Kämpfe zwischen deutschen Soldaten und belgischen Zivilisten auf dem Dachboden seines Hauses mit einem geladenen Gewehr angetroffen worden. Zweifellos hat Höcker, als er den Befehl zur Erschießung erteilte, selbst nur einen ihm gegebenen Befehl ausgeführt.

Urteile solcher Art haben keinen andern Zweck als den der heiderseitigen nationalitätlichen Verhetzung. Kein Wunder also, daß der „Berl. Lokalanzeiger“ und in ihm Herr Höcker selbst, die Gelegenheit freudig ergreift. Herr Höcker erteilt aus Anlaß seines Falles den Deutschen den Rat, nach Bismarckschen Kürassierlehrenmethoden zu verfahren. Das ist ganz ungeheuer einfach! Dem belgischen Kriegsgericht ist neben anderem auch dies vorzuwerfen, daß es mit seinem Urteil Respekt gemacht hat für einen deutschen Schriftsteller, der seinen großen Bekanntheit nur seiner nicht mehr zu überbietenden Platttheit verdankt.

Krach im Arbeitgeberlager.

Zugung hinter verschlossenen Türen.

Wie wir von ununterrichteter Seite hören, sind zwischen dem Vorstand und einzelnen Mitgliedern der Geschäftsführung der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände erhebliche Meinungsverschiedenheiten entstanden, die zu heftigen Zusammenstößen im Unternehmerlager geführt haben. Die Leitung der Vereinigung ist über die Blamage, die sich ihr Geschäftsführer Dr. Reisinger mit der berüchtigten Altmanitz geholt hat, begreiflicherweise unzufrieden. Ferner wendet sie sich gegen die Propaganda für eine Arbeitsgemeinschaft, wie sie insbesondere der Leiter der Propagandaabteilung v. Jergen auf eigene Faust getrieben hat. Schließlich bricht sich allmählich die Empörung über die verschwenderischen Propagandaanfragen zur Beeinflussung oder „Aufklärung“ der Arbeiter durch. Daß es sich hier um große Summen handelt, ist kürzlich in dem Prozeß gegen den Buchhalter Schubert zur Sprache gekommen. Besonders entrüstet ist man darüber, daß erhebliche Geldmittel zur Finanzierung äußerlich arbeiterfreundlicher Veröffentlichungen, die aber im Dienste der Arbeitgeber erzielten, aufgewandt worden sein sollen. In welcher Weise das geschehen ist, darüber fehlen noch genauere Einzelheiten, man kann darüber nur Vermutungen anstellen.

Es scheint da im Unternehmerlager verschiedenes nicht zu stimmen. Eine Vereinstung der Öffentlichkeit von den zuletzt erwähnten zweifelhaften Geschäften kann nur begrüßt werden. Die Arbeitgeber verhandeln bereits seit Dienstag hinter verschlossenen Türen und werden wohl in diesen Tagen mit einer Rundgebung aufwarten, die die geschiedenen Differenzen nach außen hin zu verbergen suchen wird. Die Unwissenheit der vorher eingeladenen Presse hat man sich telegraphisch verbeten.

Neue Verhaftungen in den Fememordaffären Festnahme des früheren Kommandanten der Spandauer Zitadelle.

Die rastlose Tätigkeit der politischen Polizei zwecks völliger Aufklärung aller innerhalb der sogenannten schwarzen Formationen begangenen Fememorde führt fast täglich zu neuen Verhaftungen von Angehörigen jener Kreise. Wie die PS-Korrespondenz erfährt, ist am Dienstagabend von den Beamten der Abteilung I A der ehemalige Kommandant der in der Spandauer Zitadelle untergebrachten schwarzen Formationen, Oberleutnant Sudzinski, festgenommen worden. Die Spandauer Zitadelle spielte, wie erinnerlich, schon während des Räteräter Putches eine bedeutsame Rolle. Im Zusammenhang mit den Fememordaffären in der Gegend von Spandau und Döberitz ist Sudzinski bereits wiederholt genannt worden, er scheint im Verdacht der Mitwisserschaft in einem, wenn nicht gar mehreren dieser Fälle zu stehen.

Prozeß Kufmann-Knoll.

Verhandlung Mitte November vor dem Schöffengericht.

Gegen den früheren Staatsanwalt vom Barmen-Sonderbezirk, Professor Dr. Kufmann und gegen den Leiter eines Nachrichtenbüros, Knoll, ist, wie die PS-Korrespondenz meldet, nunmehr auf Grund der vielerörterten Vorgänge, die zu polizeilichen Hausdurchsuchungen bei beiden Herren geführt hatten, das Hauptverfahren eröffnet worden. Die Anklage lautet auf Gewehrverstoß und Verleumdung amtlicher Urkunden (Vergehen gemäß §§ 133 und 134 Abs. 2 StGB.). Termin für die Hauptverhandlung vor dem Schöffengericht Mitte ist auf den 11. November anberaumt worden, und zwar will sich Dr. Kufmann selbst verteidigen, während dem Angeklagten Knoll Rechtsanwalt U. Bloch als Rechtsbeistand zur Seite steht. Die Zeugenliste für diesen Prozeß weist eine ganze Reihe in diesem Zusammenhang bereits vorkommender Namen auf. So sind gelistet: Schriftsteller Wolfgang Prellhaupt, der Verleger der „Berl. Märkischen Zeitung“, Baumeister, Kriminalkommissar Müller, Oberstaatsanwalt Lunde, die Staatsanwaltschaftsräte Peilger, Hölig und Steinhaus sowie Professor Dr. Caspari.

Strafantrag gegen Sixt von Armin.

Aufforderung zum Hochverrat.

Die Republikanische Schwabengruppe in Berlin hat beim Oberreichsanwalt gegen General a. D. Sixt von Armin Strafantrag wegen Aufforderung zum Hochverrat gestellt. Sie lehnt den Laibstand des § 85 des Reichsstrafgesetzbuchs durch seine Rede am Sonntag auf dem Garnisonfriedhof in Berlin als gegeben an.

Frankreich und die Rückwirkungen.

Der Kampf um die Form der Zusicherungen.

Paris, 14. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Ueber die Konzeptionen, auf die Deutschland im Falle des Abchlusses des Garantiepaktes sowie der damit zusammenhängenden Schiedsverträge rechnen kann, macht am Mittwoch die „Information“ folgende Angaben: Angesichts der Tatsache, daß die Unterzeichnung des Sicherheitspaktes die Rückkehr zu herzlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich bedeute, sei die französische Regierung grundsätzlich bereit, eine Reihe von Maßnahmen, die diese neuen Beziehungen trüben könnten, aufzuheben.

Allerdings könne es sich einstweilen nur um mündliche Zusicherungen handeln, die vielleicht in einem Sitzungsprotokoll registriert werden würden

und die sich vor allem auf die Räumung der besetzten Gebiete bezögen. Auf keinen Fall aber würden, da ausdrücklich vereinbart gewesen sei, daß in Locarno keine außerhalb des eigentlichen Verhandlungsthemas liegende Fragen aufgerollt werden dürfen, diese Zusicherungen in Vertragsform gegeben werden können.

Diese auch in den Berichten anderer Blätter bestätigte Darstellung läßt deutlich erkennen, daß wenn die Alliierten formell an dem Standpunkt festhalten, daß Deutschlands Unterzeichnung unter die Verträge von Locarno bedingungslos gegeben werden müsse, sie nichtsdestoweniger zu weitgehenden Konzeptionen an die von der gesamten öffentlichen Meinung in Deutschland geforderten politischen Kompensationen bereit sind. Die Hauptsache ist, daß die Zusagen, die den Herren Stresemann und Luther zweifellos bereits gemacht worden sind, pünktlich gehalten werden, und die Erfordernisse, die man mit dem in vergangenen Jahre in London gegebenen Zusicherungen ähnlicher Natur gemacht hat, berechtigen nicht dazu, an der Ehrlichkeit der Absichten der alliierten Staatsmänner und der von ihnen gegebenen Versprechungen zu zweifeln.

Vanderelde: „Die Konferenz geht zu Ende.“

Brüssel, 14. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Vanderelde erklärte dem Korrespondenten des „Peuple“ in Locarno: Die Konferenz geht zu Ende. Der Rheinpaß ist fertig. Auch die Schwierigkeit bezüglich Deutschlands Eintritt in den Völkerbund ist behoben. Deutschland tritt mit gleichen

Rechten und Pflichten ein. Andererseits erklären alle in Locarno vertretenen Länder, den § 16 mit den Worten des Genfer Protokolls zu interpretieren, nämlich, daß alle Länder zu gegenseitiger Hilfe im Angriffsfall verpflichtet sind, daß aber die militärische und geographische Lage der einzelnen Länder berücksichtigt werden müsse.

Was die französische Garantie des Ostvertrags anbetrifft, ist eine Kompromißformel gefunden worden dank der Tatsache, daß die polnischen Staatsmänner begriffen haben, daß die Substanz der französischen Garantie wichtiger ist als die Form.

Vanderelde unterstrich, daß nur noch Formschwierigkeiten vorhanden seien und fügte hinzu: Benesch sagte mir am Dienstagabend, daß ausgezeichnete Fortschritte festzustellen sind und daß die deutsch-polnischen und deutsch-schwedischen Schiedsverträge zweifelslos am Donnerstag fertig sein werden. Demnach ist Freitag ein erfolgreicher Konferenztag zu erwarten.

Die Zustimmung der Deutschnationalen.

Locarno, 14. Oktober. (Drahtbericht unseres Sonderkorrespondenten.) Die Vollkonferenz soll am Donnerstag, wenn alles gut geht, den Abschluß der „endgültigen Redaktion“ bringen. Ist das nicht möglich, dann erhofft man von dem Verlauf des Freitag die endgültige Entscheidung über die offiziellen Punkte der Tagesordnung. Bis dahin dürfte Staatssekretär Kempner nach Locarno zurückgekehrt sein. Er soll, wie hier versichert wird, eine Billigung der bisherigen Arbeiten der Delegation durch das Rumpfkabinett in der Tasche tragen, also auch die Zustimmung der deutschnationalen Minister zu dem Abschluß des Paktes, dem Eintritt in den Völkerbund und der Paraphierung der Schiedsgerichtsverträge auf der einen Seite. Eine offizielle Bestätigung dieser von gut unterrichteter Seite der deutschen Delegation stammende Versicherung war hier nicht zu erlangen. Aber es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß eine gegenseitige Auffassung des Hauptkabinetts die Verhandlungen der Delegation über die „Nebenfragen“ erschwären würde. Briand fordert Vertrauen gegen Vertrauen für den Fall weiterer Zugeständnisse. Was aber ist mit diesem Vertrauen, wenn die Berliner Regierungsteile nicht einmal dem Wort haben, sich zu der Arbeit ihrer Delegation offen zu bekennen?

Erbauliches aus dem LPA-Prozeß.

48 000 M. für ein Telefongespräch.

Im Prozeß gegen die Leiter der Preussischen Landespostdirektion und das Adressenverzeichnis kamen am Mittwoch erbauliche Geplagenheiten darüber zur Sprache, wie die pommerschen Adressen nach ihrem „Erwerb“ des Bureauhauses Börse in Berlin mit den eingehenden Geldern gewirtschaftet haben. Um die Verwaltung der Häuser haben sich die adligen Herren „Geschäftsführer“ nur soweit gekümmert, als es sich um Beschaffung von Geldern für ihre persönlichen Zwecke drehte. Das verstanden sie allerdings glänzend. Selbst Herr v. Carlomag, der sich gar nicht „Geschäftsführer“ schimpfte, erhielt ganz erkleckliche Summen. Warum? Man mußte „den armen Jungen aus der Tasche helfen“. Der Angeklagte von Eydorf will sich darauf hinausreden, daß sie auch wieder einen Teil des Geldes zurückgezahlt hätten. „Das ist richtig“, bemerkt der Vorsitzende, „es sind über 31 000 Mark entnommen und 227 Mark zurückgezahlt worden. Sie haben mindestens 30 000 Mark persönlich verbraucht.“ v. Eydorf will nur 21 000 Mark gelten lassen. Schließlich wurde noch festgestellt, daß ein Kaufmann Walter von Eydorf in Dresden, ein Vetter des Angeklagten, 48 000 Mark „Provision“ lediglich dafür bekommen hat, daß er dem jetzigen Direktor der Berliner Kredit- und Handelsbank telephonisch von Dresden aus rief, sich mit seinem Berliner Vetter in Verbindung zu setzen.

Schuldkonto Stinnes.

Wie Stinnes mit Dr. Heim den bayerischen Staat geschädigt hat.

München, 14. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Aus einer Zurechnung an unser Münchener Parteiblatt werden interessante Einzelheiten aus der Vorgeschichte der bayerischen 25 Millionen-Dollar-Anleihe bekannt, die heute aus durchsichtigen politischen Gründen widerrechtlich zu einem Spezialerfolg der bayerischen Ordnungsgelassen-Regierung gestempelt werden. Nach diesen Mitteilungen wurden bereits im Jahre 1920 mit Hilfe bayerischer Sozialdemokraten amerikanische Finanzkreise für die bayerischen Wasserstraßen und die großen Kraftwerke interessiert, die sich auch zur Hergabe einer Millionen-Dollar-Anleihe bereit erklärten. Die damalige bayerische Regierung ging auf das Angebot ein, und so fanden am 16. Dezember 1920 in Zürich offizielle Verhandlungen statt, die unmittelbar von Erfolg gekrönt worden wären, wenn nicht in letzter Stunde durch Indispositionen des bayerischen Finanzministers der damals übermächtige Dr. Heim und im Verein mit ihm Hugo Stinnes alle Hebel in Bewegung gesetzt hätten, um diese Anleihe zu hinterziehen. Es gelang das umso leichter, da Stinnes das Ausbringen einer Inlandsanleihe durch seine eigenen Banken der bayerischen Regierung garantierte. Diese Treiberellen bildeten später mit einer Hauptstütze der Stinneschen Inflationspolitik. Die betreffenden bayerischen Sozialdemokraten interessierten dann Rathenau für die amerikanische Geldquelle, und nur infolge seiner Ermordung kam die Angelegenheit im Reichskabinett wieder ins Stocken. Aus dem Protokoll der Züricher Verhandlungen ist im übrigen zu ersehen, daß die damaligen Bedingungen der amerikanischen Geldgeber leichter gewesen sind als die heute vom bayerischen Staat eingegangenen.

Der Kampf gegen Mataja.

Die Bundesregierung „identifiziert sich nicht mit ihm“.

Wien, 14. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die sozialdemokratische Fraktion des Nationalrates beriet am Mittwoch mehrere Stunden über ihre weitere Stellung gegenüber dem Außenminister Dr. Mataja, mit dem Genosse Leuthner am Dienstag einen außergewöhnlich heftigen Zusammenstoß hatte. Leuthner gingen Vergleichsverhandlungen mit dem Bundeskanzler, der schließlich ein Entschuldigungsschreiben der Regierung überbrachte, in dem die Anschuldigungen Leuthners gegen den Außenminister zwar als unbegründet zurückgewiesen werden, aber gleichzeitig erklärt wird, daß sich die Regierung auch nicht mit der Polemik des Außenministers gegen den Abg. Leuthner identifiziere. Nach dieser Erklärung sah die sozialdemokratische Fraktion eine Entschließung, in der „die der Regierung nicht zustehende ungemildete und unzutreffende Kritik, die der

Bundeskanzler an der Rede des Abg. Leuthner läßt, mit Entschiedenheit zurückgewiesen“ und Kenntnis von der Erklärung genommen wird, daß sich die Bundesregierung mit den Äußerungen des Außenministers nicht identifiziert. Der Beschluß der Fraktion ging dahin, jeden Verkehr mit dem Minister des Äußereren abzubrechen.

Anfolge dieser Verhandlungen wurde die Sitzung des Nationalrates erst um 5 Uhr statt um 3 Uhr eröffnet. Der Präsident erklärte zunächst, daß in der Dienstsitzung der Abg. Leuthner Ausbrüche gebraucht habe, die das parlamentarische Verfahren überschreiten; aber auch Minister Mataja habe sich solcher Ausdrücke bedient, die gerügt werden müßten. Darauf setzte der Außenminister seine am Dienstag unterbrochene Rede fort. Als Dr. Mataja das Wort ergriff, vertieften die sozialdemokratischen Abgeordneten geschlossen den Sitzungssaal. Der Außenminister suchte in seinen Ausführungen die Center Abmachungen zwischen dem Völkerbund und der reaktionären österreichischen Regierung zu verteidigen.

Maßregelungen im Faschismus?

Selbst Mussolini wird das Treiben zu bunt.

Rom, 14. Oktober. (W.B.) Die Agenzia Stefani veröffentlicht folgende Mitteilung: Infolge der Zwischenfälle in Florenz und in Rom, für die einige extreme Elemente des Faschismus verantwortlich sind, hat sich Mussolini der leitenden Ausschuss der faschistischen Partei energische Maßnahmen gegen alle extremen faschistischen Organisationen ergriffen, die aufgelöst werden oder bald aufgelöst werden sollen. Die Schädigen sind verhaftet worden und werden den Gerichten überliefert werden. Nach den Meldungen aller faschistischen Zeitungen und nach den Erklärungen der leitenden Persönlichkeiten der Partei, insbesondere des Generalsekretärs Abg. Farinacci, sind die ergriffenen Maßnahmen überall gebilligt worden. Man verlangt von den Faschisten vollkommene Disziplin. Gehorsam, Maßhalten und Disziplin werden von allen beobachtet, selbst von denjenigen, die infolge der erwähnten Zwischenfälle bestraft wurden, und die an Mussolini oder an den leitenden Ausschuss telegraphieren, daß sie die Strafen anerkennen und dem Faschismus treu bleiben. (1)

Die Interparlamentarier in Kanada.

Für Minderheitsrechte.

Ottawa, 14. Oktober. (W.B.) Die Interparlamentarische Union hielt gestern im Parlamentsgebäude eine Sitzung ab, an der Vertreter von 41 Nationen teilnahmen. Die Ansprache, die in deutscher, englischer und französischer Sprache gehalten wurde, agitiert den Rechten der Minderheiten und den Rechten der kleineren Nationen. Die Verlesung erzielte eine Entschließung, die den Grundgedanken der Bildung von gemeinsamen Kommissionen von Mehrheits- und Minderheitsvertretern billigt; ihre Aufgabe solle es sein, eine gerechte Lösung der kritischen Fragen zum Zwecke der Beilegung von Streitigkeiten herbeizuführen. Ein weiterer Teil der Entschließung spricht sich für die Verwerfung der Fragen betreffend die Minderheiten beim Völkerbund an den Internationalen Gerichtshof in Haag aus.

Der Lüneburger Reichsbannerprozeß, der in den Julitagen durch seine unglücklichen Urteile überaus großes Aufsehen erregte, ist nach einer gerichtlichen Mitteilung jetzt jedenfalls durch das Amnestiegesetz des preussischen Staates erledigt. Die Kosten trägt die Staatskasse. Damit ist leider die Möglichkeit genommen, in der Verurteilungsinanz die fonderbare Lüneburger Gerichtspraxis näher zu beleuchten.

Einreisevisa für den Besuch von Gräbern in Elßah-Lothringen. Die französischen Behörden in Elßah-Lothringen gewähren wie im vorigen Jahr Deutschen, die den Antrag stellen, Gräber von Familienangehörigen in Elßah-Lothringen gelegentlich des Allereheligentages besuchen zu wollen, gegen eine Gebühr von 5 M. ein Einreisevisum; es läuft vom 31. Oktober bis 4. November. Wenn der Antragsteller nicht mehr die Zeit hat, es beim französischen Konsulat zu beantragen, kann es der Polizeikommissar der Grenzstation erteilen.

Inkrafttreten des deutsch-amerikanischen Handelsvertrags. Zwischen dem deutschen Volkshüter, Freiherrn v. Matzka und Staatssekretär Kolloga wurden gestern im Staatsdepartement die Urkunden über die Ratifizierung des deutsch-amerikanischen Handelsvertrags vom 8. Dezember 1923 ausgetauscht. Hiermit ist der Vertrag in Kraft getreten.

Gewerkschaftsbewegung

Eisenbahner und Verkehrsicherheit.

In letzter Zeit beschäftigt sich die breite Öffentlichkeit mit Mängeln unserer Verkehrseinrichtungen. Bei aller Rücksichtnahme auf die von der Reichsbahngesellschaft zu leistenden Reparationszahlungen dürfen doch unter keinen Umständen die Sicherheitsvorrichtungen vernachlässigt und das Personal der Unsicherheit preisgegeben werden. Uns liegen eine ganze Anzahl von Beschwerden aus Eisenbahnerkreisen vor über Mängel, die sich geradezu katastrophal auswirken müssen, wenn nicht schleunigst Abhilfe geschaffen wird.

Noch nicht vergessen ist das am 4. Oktober erfolgte Eisenbahnunglück in Chemnitz, in dem von einem in Fahrt befindlichen Personenzug ein Wagen umstürzte. Das Resultat: drei Tote und zwölf Verletzte. Die wirklichen Ursachen, soweit diese aus Kreisen der Stellwerksbediensteten geschildert werden, sind folgende:

Der Stellwerkdienst ist insbesondere auf großen Personen- und Güterbahnhöfen infolge des rasch aufeinander folgenden Zugverkehrs und des starken Verkehrsbetriebes auch bei dem Vorhandensein aller mechanischen und elektrischen Sicherheitseinrichtungen ein sehr aufreibender. Wie leicht dabei einem Beamten ein Fehltritt unterlaufen kann, kann nur derjenige beurteilen, der von diesen Dingen eine gewisse Fachkenntnis besitzt. Die Fehltritte sind um so mehr möglich, wenn die mechanischen und elektrischen Sicherheitseinrichtungen eine Lücke aufweisen, wie dies bei dem Unglück auf dem Hauptbahnhof Chemnitz der Fall war.

Die Weiche, die das Unglück verursachte, ist nicht mit allen Sicherheitseinrichtungen ausgerüstet und bei Licht vom Stellwerk aus nicht zu sehen gewesen. An solchen nicht zu übersehenden Weichen müssen sogenannte Sperrschienen angebracht werden, die ein Umstellen der Weiche während der Ueberfahrt des Zuges verhindern. Solche Sperrschienen sind schon auf den meisten kleineren Bahnhöfen an den Weichen angebracht. In Chemnitz fehlten sie aber an der Unglücksweiche. Es entsteht nun die Frage, warum die Anbringung einer derartigen Sperrschiene in Chemnitz unterlassen wurde.

Näherem bestehen an den Weichen, und zwar auch auf kleineren Bahnhöfen, sogenannte Zustimmungskontakteinrichtungen, welche eine Entriegelung der Weichen vom Stellwerk aus nicht zulassen. Sind diese Kontakteinrichtungen angebracht, so muß, um die Umstellung der Weiche zu ermöglichen, noch eine zweite Stelle, der Fahrdirigenten, mitwirken. Es müßte also, um ein Unglück zu ermöglichen, immer zwei Stellen zu gleicher Zeit einen Fehler begehen. Wertwärtig mag nun, daß auf der Ostseite des Bahnhofs Chemnitz diese Einrichtungen schon seit zwei Jahren angebracht sind, während sie auf der Westseite, wo das Unglück geschah, heute noch fehlen. Wären diese Einrichtungen auch auf der Westseite angebracht gewesen, würde das Unglück nicht eingetreten sein. Es wären keine drei Menschen getötet und kein zwölf verletzt worden, und dem unglücklichen Stellwerksbedienten, der jetzt den Sündenbock abgeben soll, wären mit seiner Familie die fürchterlichen Sorgenqualen erspart geblieben. Die auf den Stellwerken diensttunenden Beamten und auch das reisende Publikum haben ein großes Interesse daran, daß die Sicherheitseinrichtungen so ausgebaut werden, daß die Eisenbahnunfälle ab- und nicht zunehmen. Diese Pflicht besteht auch für eine mit Reparationslasten überladene Reichsbahngesellschaft. Menschenleben sind mehr wert als einige tausend Mark auf falsche Weise erspartes Geld.

Aus dieser von sachmännischer und praktischer Kenntnis getragenen Darstellung geht hervor, daß es mit der so oft gerühmten technischen Vollkommenheit nicht so weit her ist. Es muß als große Nachlässigkeit der verantwortlichen Stellen bezeichnet werden, daß die als unbedingt notwendig erkannten Sicherheitseinrichtungen, wie oben geschildert, noch fehlen. Verfehlt man sich in das Seelenleben der beteiligten Eisenbahner, die eine tägliche Arbeitszeit von 15 bis 16 Stunden haben, bei unaufräumlichen Bezügen, dann ist es verständlich, daß in den Eisenbahnerkreisen eine Unruhe nach gegriffen hat, die zu den größten Befürchtungen Anlaß geben kann. Der Chemnitzer Mordstand ist nicht vereinigt. Die mangelnde Sicherheit des Verkehrslebens ist um so schlimmer, als der Personalabbau dabei eine große Rolle spielt.

Die Not der Angestellten.

Der AFD-Bund fordert 30 Millionen zur Linderung.

Angesichts der wachsenden Not der stellenlosen Angestellten und des fortschreitenden Elends, das vor allem unter den älteren Angestellten immer mehr um sich greift, ist der Sozialpolitische Ausschuss des AFD-Bundes am Mittwoch zusammengetreten und hat seinen Vertreter im Sozialpolitischen Ausschuss des Reichswirtschaftsrats beauftragt, unverzüglich, d. h. bereits in der heutigen Donnerstags-Sitzung des Reichswirtschaftsrats, in der die Not der älteren Angestellten auf der Tagesordnung steht, einen Dringlichkeitsantrag einzubringen. In diesem Antrag wird darauf hingewiesen, daß die Reichsregierung seit Anfang 1924 der völligen Verelendung vieler Angestelltenkreise teilnahmlos und passiv zusieht. Zur Widerung dieser unerträglichen Zustände wird die sofortige Bereitstellung von Reichsmitteln in Höhe von 30 Millionen Reichsmark zwecks Gewährung einer erstmaligen Beihilfe an die stellenlosen Angestellten gefordert. Ueber die Art der Verteilung soll sich die Reichsregierung mit den Angestelltenverbänden verständigen. Gleichzeitig wird der Reichstag aufgefordert, für die künftige Versorgung der berufslos gewordenen älteren Angestellten gesetzliche Maßnahmen zu treffen.

Der Magistrat lehnt alles ab.

Selbst drei Pfennig Lohnerhöhung sind ihm zuviel.

Der Magistrat nahm in seiner gestrigen Sitzung zu dem in der vergangenen Woche gefällten Schiedsspruch für die städtischen

Städtischen Kammerarbeiter Stellung, und beschloß, den Schiedsspruch abzulehnen. Der Schiedsspruch sieht bekanntlich eine Aufbesserung der Stundenlöhne um 3 Pf. vor, während die Forderungen der Arbeitervertreter auf 10 Pf. für die Stunde hinausliefen. Die Stellungnahme des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter sieht bisher noch nicht fest. Die Erklärungsfrist für den Schiedsspruch läuft am heutigen Donnerstag ab.

Wie wir hören, wird sich die heutige letzte Sitzung der Stadtverordnetenversammlung gleichfalls mit den Lohnforderungen der städtischen Arbeiter beschäftigen, sowie mit einem inzwischen eingegangenen Dringlichkeitsantrag, der vom Magistrat die Zahlung von Vorstufen an die städtischen Beamten, Angestellten und Arbeiter fordert. Die Gemeindefürsorge wird gut daran tun, sich am 25. Oktober daran zu erinnern, daß die Bürgerlichen mit Hilfe der Kommunisten den Abbau der sozialdemokratischen Stadträte betrieben haben, und daß diese Ablehnung selbst der 3 Pf. Lohnerhöhung der sichtbarste Ausdruck ist für die „Arbeiterpolitik“ der bürgerlichen Parteien.

Abbau bei Daimler.

Die Direktion der Daimler-Motoren-Gesellschaft in Marienfelde kündigte dem Betriebsrat an, daß die Belegschaft vermindert werden müsse. Es fehle zwar nicht an Aufträgen, nur fehle es der Kundschafft an Geld. Die zweite Schicht in Stärke von etwa 70 Mann müsse entlassen werden. Der Betriebsrat machte daraufhin im Einvernehmen mit den Vertrauensleuten den Vorschlag, Kurzarbeit einzuführen, um die geplanten Entlassungen zu vermeiden. Die Direktion lehnte diesen Vorschlag ab, angeblich aus finanziellen Gründen und erklärte, daß eine noch größere Anzahl von Arbeitern entlassen werden müsse.

In der jüngsten Verhandlung mit Gewerbetrat Bauer wurde bekannt, daß die Firma bis zu 400 Mann entlassen will. Die Vertreter der Belegschaft beantragten erneut die Einführung von Kurzarbeit. Die Entscheidung liegt beim Oberpräsidenten.

Gegen die Entlassung eines 53jährigen Hilfsarbeiters, der bereits 7 Jahre bei Daimler beschäftigt ist, erhob der Betriebsrat Protest. Hand in Hand mit diesem Abbau geht ein starker Lohnrückgang. In der Automatenabteilung geht der von der A.G. gekommene Meister Wihem dazu über, die Afforde bis zu 50 Proz. zu kürzen. Sollen auf diese Weise etwa bessere Leistungen erzielt werden?

Zu der Musikinstrumentenindustrie drohen Differenzen.

Nachdem die Kartellverträge am 30. September abgelaufen waren, haben die Vertragsparteien am 2. Oktober über den Abschluß eines neuen Tarifvertrages verhandelt. In sechs Verhandlungstagen ist versucht worden, die strittigen Fragen zu klären, es ist dies jedoch infolge der Härtnackigkeit der Arbeitgeber nicht gelungen. Die Arbeitgeber verlangen, daß jahrelang in Geltung gewesene Vertragsbestimmungen wesentlich verächtlicht werden sollen und lehnen es „grundsätzlich“ ab, über Festsetzung von Löhnen zu verhandeln.

Trotz dieser Einstellung hat die Verhandlungskommission der Arbeitnehmer sich bemüht, Differenzen zu vermeiden, solange noch Verhandlungsmöglichkeiten gegeben sind. Im Verlauf dieser Woche wird jedoch die Entscheidung über das Zustandekommen eines Tarifvertrages fallen, da nunmehr noch über die Hauptstreitfrage verhandelt wird. Der Unwille der Arbeitnehmerchaft in den Betrieben über das bisher erzielte Verhandlungsergebnis ist jedoch so stark, daß, wenn bis Ende dieser Woche keine Einigung erzielt wird, Differenzen, die bisher streng vermindert wurden, unvermeidlich sind. An der Arbeitgeberchaft wird es liegen, ob es in der Berliner Musikinstrumentenindustrie zur Verständigung oder zum Kampf kommt.

Die Bremer Metallindustrie tariflos.

Bremen, 14. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Wie in den Vorjahren haben sich auch in diesem Jahre die Tarifverhandlungen in der bremischen Metallindustrie sehr schwierig gestaltet. Da die Unternehmer jedes Eingehen auf die Forderungen der Arbeiterchaft ablehnten, mußte der Bremer Schlichtungsausschuss angerufen werden. Die Gewerkschaften verlangten eine bessere Bezahlung der Gelehrten, einen garantierten Mindestlohn, die Grundlohnhöhe für die Angelernten und Ungerelernten, Durchschnittslohn für Lohnarbeiter, höhere Entlohnung für jugendliche Arbeitskräfte, endgültige Regelung der Urlaubsfrage, achtstündige Arbeitszeit, höhere Zuschläge für Ueberstunden usw. Der Schlichtungsausschuss entschied, daß bei Affordarbeit nur 85 Proz. des Grundlohns garantiert sein soll gegen 75 Proz. bisher, und daß in allen den Tarifverträgen unterliegenden Betrieben grundsätzlich ein Urlaub zu gewähren ist. Ueber die Urlaubszeit müßten jedoch erst in jedem einzelnen Betriebe Verhandlungen geführt werden. Mit diesen Veränderungen sollte der alte Vertrag bis zum 30. September 1926 Gültigkeit haben. Eine Funktionärversammlung des Metallarbeiterverbandes lehnte einmütig diesen völlig ungenügenden Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses ab, so daß in der Bremer Metallindustrie jetzt ein tarifloses Zustand herrscht.

Ein deutschnationaler Musterbetrieb.

Es handelt sich um die Firma Scherl, die die nationalsozialistische Volksergänzung mit Hochdruck betreibt, daneben u. a. das Adreßbuch herausgibt. In dieser Abteilung werden die Angestellten regelmäßig für drei Monate befristet angestellt. Dann müssen die Angestellten einen oder mehrere Tage aussetzen, worauf sie wieder für ein Vierteljahr befristet eingestellt werden usw. Mit dieser rechtswidrigen Handlungsweise verliert der Scherlverlag, sich um die gesetzlichen Bestimmungen hinsichtlich der Kündigungsfristen für kaufmännische Angestellte herumzudrücken, und außerdem bringt er hiermit alle diese Angestellte um ihren jährlichen Urlaub.

Bei der Firma Scherl versteht es sich dabei am Rande, daß die Bezahlung dieser Angestellten eine elende ist. Sie erhalten pro Arbeitstag 4 Mark. Da hiervon, vor allem bei den älteren und verheirateten Angestellten, noch nicht einmal das nackte Existenzminimum bestritten werden kann, sind die Angestellten gezwungen, Arbeiten mit nach Hause zu nehmen, um einige Mark mehr zu verdienen. Bis tief in die Nacht hinein müssen die Bedauernswerten schuften, um ihr Elendsdasein tristen zu können.

So sieht es in einem Betrieb für deutschnationalen Monarchistenverdummung aus. Das ist die „Volksgemeinschaft“, die zwischen Hugenberg und seinen Angestellten besteht! Es wäre an der Zeit, daß dort einmal aufgeräumt wird, daß die so schamlos Ausgebeuteten endlich den Weg zum Zentralverband der Angestellten finden.

Reichskonferenz der Sozialversicherungsangestellten.

Am Sonntag trat in Rudolfsstadt eine Reichskonferenz der Angestellten und Beamten aller Sozialversicherungsträger (Krankenkassen, Berufsgenossenschaften, Reichsfnappschützvereine und dessen Bezirksvereine, Landesversicherungsanstalten und Reichsversicherungsanstalt für Angestellte) zusammen, die vom Zentralverband der Angestellten einberufen war. Die Konferenz war von etwa 150 Delegierten und Gästen aus allen Teilen Deutschlands besetzt.

Die Österreichische Arbeiterorganisation hatte ihren Vorsitzenden Peter Siska entsandt.

Die Tagung wurde vom Vorsitzenden des Zentralverbandes der Angestellten, dem Reichstagsabgeordneten Siebel, eröffnet und geleitet. Im Mittelpunkt der Vormittagssitzung standen die Referate von Brenke (Verbandsvorstand): „Der Kampf um das Dienstrecht“ und Brille (Berlin): „Unsere Tarifbewegung“.

Brenke entwarf ein Bild von dem jahrelangen heftigen Kampf der Sozialversicherungsangestellten um ein modernes und soziales Dienstrecht. Er wies nach, daß der wirtschaftliche und soziale Aufstieg dieser Angestelltengruppe nicht dadurch erreicht werden kann, daß man sie zu Beamten macht, sondern durch die Neuregelung des Dienstrechts auf privatrechtlicher Grundlage. Er wandte sich eindringlich gegen die Bevormundung der Angestellten durch die Aufsichtsbehörden und verlangte ein uneingeschränktes Mitwirkungsrecht der Angestellten bei der Gestaltung ihrer Arbeitsbedingungen, die Anerkennung des Tarif- und Betriebsratsrechts unter Ausschluß des Genehmigungsrechts der Aufsichtsbehörden, Ruhegehaltsberechtigung, Hinterbliebenenfürsorge und ausreichende Sicherungen gegen Kündigung unter Wahrung wohlverordener Rechte.

Brille schilderte die Entwicklung des Tarifgedankens bei den Angestellten der Sozialversicherung und kennzeichnete scharf die angestelltenfeindliche Haltung der Aufsichtsbehörden. Das Tarifrecht, das bei allen anderen Angestelltengruppen längst eine Selbstverständlichkeit ist, werde einem Teil der Angestellten der Sozialversicherung immer noch durch staatliche Organe streitig gemacht. Eine Klärung müsse endlich durch eine vollständige Befreiung der Angestellten von der behördlichen Aufsicht herbeigeführt werden.

Den Referaten folgte eine eingehende Aussprache. Eine von den Referenten vorgelegte Entschließung, die den Kerngedanken ihrer Referate enthält, wurde einstimmig angenommen.

Am Nachmittag hielt Fröh Spangenberg-Hamburg ein großangelegtes Referat über: „Die Reform der Sozialversicherung und die Angestellten“. Er forderte Aufhebung aller Zersplitterung in der Sozialversicherung, Ausschaltung aller die Selbstverwaltung einengenden Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung, Ausbau der einzelnen Zweige in der Sozialversicherung unter größtmöglicher Vereinfachung von Verwaltung und Verfahren zu einem einheitlichen Selbstverwaltungskörper. Auch die von ihm vorgelegte Entschließung machte sich die Reichskonferenz zu eigen.

Die Tagung war auf einen Ton erster und ruhiger Sachlichkeit gestimmt. Der Vorsitzende Siebel forderte in seinem Schlusswort die Teilnehmer auf, die in der Konferenz zum Ausdruck gebrachten Gedanken ins Land hinauszutragen und überall die Angestellten und Beamten der Sozialversicherung aufzurufen, gemeinsam im Zentralverband der Angestellten den Kampf um ein neues Dienstrecht und um eine Reform der Sozialversicherung zu führen.

Vorläufige Einigung bei der Alpen-Montangewerkschaft.

Wien, 14. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Zwischen der Direktion der Alpen-Montangewerkschaft und dem Metallarbeiterverband ist eine provisorische Vereinbarung zustande gekommen, wonach die Alpen-Montangewerkschaft für die am Donnerstag beginnenden Lohnverhandlungen folgendes Angebot macht: Arbeiter mit Löhnen bis zu 120 Schilling im Monat sollen sofort eine Lohnerhöhung von 10 Proz., bis zu 175 Schilling von 5 Proz. erhalten. Für die Arbeiter mit höherem Einkommen soll eine Erhöhung erst erfolgen, nachdem die Regierung die Lage des Unternehmens geprüft hat.

Warnung für Arbeitsannahme nach England und Irland.

München, 14. Oktober. Auf die in letzter Zeit wiederholt an uns gerichteten Anfragen, ob es ratsam sei, auf Belegungen deutscher Firmen als Zimmerer nach England und Irland zu gehen, teilen wir hierdurch mit, daß auf keinen Fall deutsche Zimmerer nach England und Irland gehen dürfen, weil sie dort nur als Lohnhändler und Streikbrecher in Frage kommen sollen.

Weiter weisen wir darauf hin, daß die Firma Siemens-Bauunion als Bauabteilung der Siemens-Schuckert-Werke Zimmerer nach Irland in Irland sucht. In Irland wird gegenwärtig eine Zäpperre gebaut; die dort beschäftigte Bauarbeiterchaft befindet sich im Streit. Auch legt die Firma Siemens-Bauunion einen Vertrag vor, in dem es den deutschen Arbeitern verboten ist, drüben an der gewerkschaftlichen und politischen Bewegung sich zu beteiligen. Es darf daher kein deutscher Zimmerer nach England und Irland gehen. Wir bitten alle Arbeiterzeitungen dieses zu veröffentlichen.

Zentralverband der Zimmerer Deutschlands, Zahlstelle Berlin und Umgegend. J. A. W. Repschläger.

Das Ende des Seemannsstreiks.

London, 14. Oktober. (CP.) Der Vollzugsausschuss der Seefahrer-Union hat Befehl gegeben, die Arbeit heute wieder aufzunehmen. Nach einer Weildung aus Durban liegen dort noch 13 vom Ausland betroffene Schiffe fest.

Deutscher Bauernverband, Nachgruppe der Tüpler. Freitag abend 8 Uhr findet in den Andros-Sälen, Unterstadt, 11, eine Mitgliederversammlung statt. Tagesordnung: Bericht von den Verhandlungen beim Schlichtungsausschuss. Jeder Aktive muß erscheinen. Die Nachgruppenentfaltung.

Einladung-Veranstaltung der Berliner Preisindustriellen. Wichtige Veranstaltung am Freitag abend 7½ Uhr in den Soubien-Sälen, Berlin C., Sophienstr. 17-18.

Sitzung, Kassenrat, Montag, den 19., und Dienstag, den 20. Oktober, abends 7 Uhr, in der Aula der Schule Kopenick. Öffentliche Schülerversammlung. Genosse Stobberochmetzler: „Kritik an der Arbeit über die Kassenrat und die Stobberochmetzler-Wahl“. — Für rege Beteiligung haben alle Funktionäre zu sorgen. Der Vorstand.

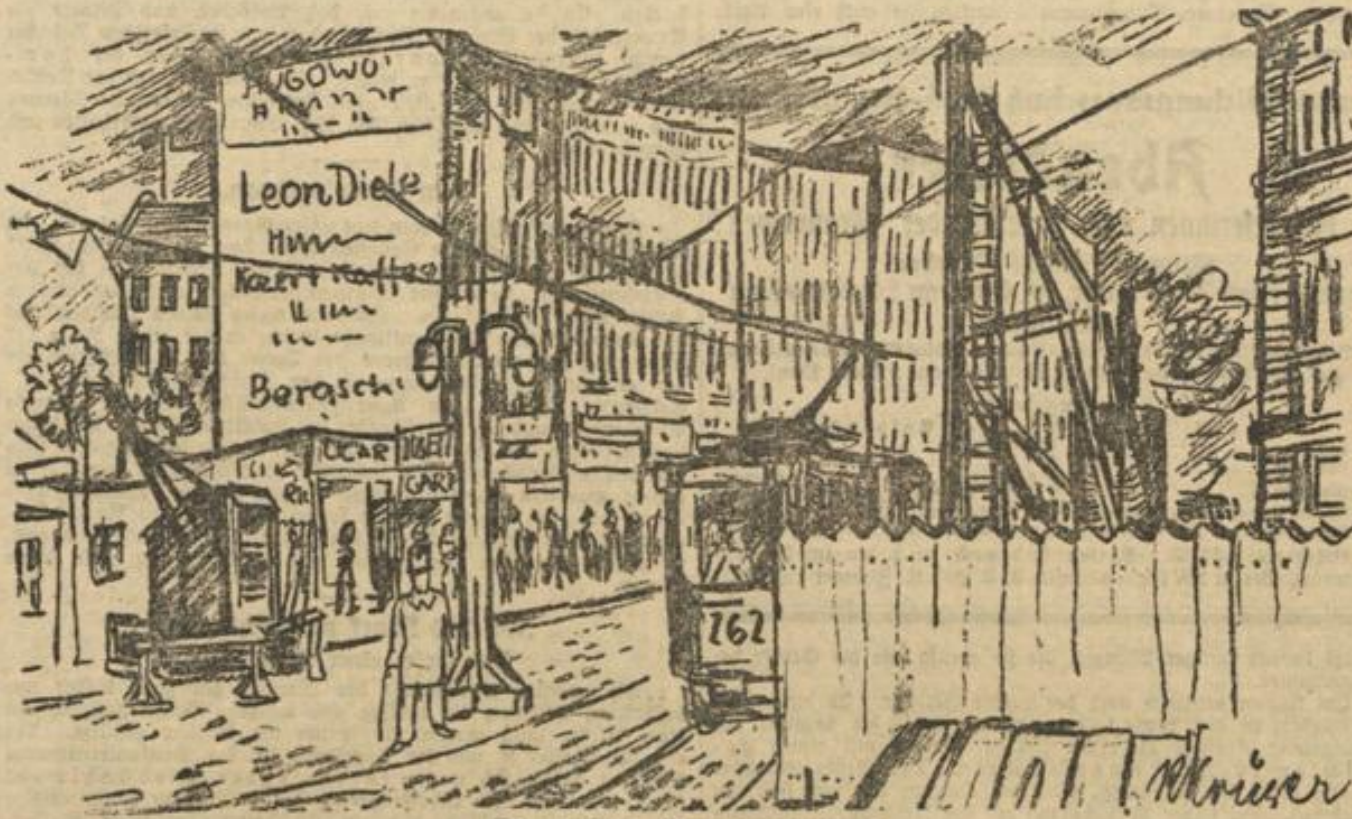
Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Felix Gatermann; Gewerkschaftsbewegung: Friedr. Gatermann; Kultur: R. A. Böhler; Soziales und Sonstiges: Fritz Kahlert; Anzeigen: Th. Götze; ähnlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermanns-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Sauer u. Co., Berlin C. 11, Unterstadt 1. Hierzu 2 Beilagen: „Unterhaltung und Witz“ und „Frauenzimmer“.

Naturheil-Methode Kneipp!
Die weltberühmten Pfarrer
Kneipp-Pillen
das zuverlässige, blutreinigende
Abführmittel
Rheum u. Sepsis, Col. 3, Junip. 1, 2, 3, 4
Zu haben in allen Apotheken Mk. 1.-

Ab 1. Oktober 1925 verkauft wir zu unseren **Engrospreisen**
Herren- und Damenstoffe
auch an Privatkundschaft
Tuchhaus Ehrig & Tiedke Akt.-Ges.,
Leipziger Straße 104, I. Stock
(gegenüber Kempna-Ki., kein Laden)

Henko **Zum Einweichen**
der Wäsche gibt es nichts besseres. Die schmutzlockende Wirkung der altbewährten Henko, Henkel's Wasch- und Bleich-Soda ist geradezu überraschend. Nehmen Sie Henko, Sie erleichtern sich das Waschen außerordentlich!

Nordsüdbahn vor der Fertigstellung.



Baugrube Hermannplatz.

Mit Hochdruck wird in den Baugruben der Nordsüdbahn Tag und Nacht gearbeitet. Über 1500 Menschen schaffen an der Fertigstellung der Bahnstrecke vom Bahnhof Belle-Alliance-Straße nach Kreuzberg am Eingang des Tempelhofer Feldes und vom Bahnhof Hasenheide über den Hermannplatz bis zum Bahnhof Bergstraße hinter dem Rathaus in Neukölln. Ursprünglich sollte diese ganze Strecke jetzt Mitte Oktober fertiggestellt sein. Die wochenlange Absperrung der Bauarbeiter hat die Aufnahme des Verkehrs auf dieser wichtigen Strecke verhindert. Trotzdem hofft die Bahnleitung spätestens zu Beginn des neuen Jahres den vollen Betrieb auf der ganzen Reststrecke aufnehmen zu können.

Bahnhof Hermannplatz.

Da sich am Hermannplatz die UEG-Bahn und die Nordsüdbahn kreuzen, so bedeutet der Bau eines Turmkreuzungsbahnhofes eine vollständige Ummwälzung des Hermannplatzes. Die ganzen Häuser an der Westseite, die mit ihrer Hinterfront an einen großen Kummelplatz angrenzen, werden beinahe vollständig abgerissen, weil unter ihnen der Bahnhof für die UEG-Strecke und die bei dem Kreuzungspunkt zweier Bahnen notwendigen Neben- und Werkstättenräume eingebaut werden müssen. Die Nordsüdbahnaktiengesellschaft hat diese Häuser zum größeren Teil freihändig erworben, nur zwei mußten auf dem Wege der Enteignung in ihren Besitz gebracht werden. Die Räumung der ungefähr 200 Wohnungen wird demnächst beginnen. Die Mieter dieser Wohnungen sind ausnahmslos ihren Wünschen entsprechend in neuen Wohnungen untergebracht. Selbstverständlich wird nach Fertigstellung auf der UEG-Bahn durch diese Häuserneubau die Möglichkeit geschaffen sein, den ganzen Hermannplatz gründlich umzugestalten und zu erweitern. Er wird einer der wichtigsten Verkehrsplätze Groß-Berlins werden und es muß selbstverständlich alles geschehen, um ihn so geräumig und zweckmäßig wie möglich auszubauen. Unsere Bilder zeigen ihn in seiner heutigen und wahrscheinlich künftigen Gestalt. Wenn auch die endgültige Bebauung noch nicht feststeht, so ist doch klar,

daß die Westseite wieder bebaut werden muß. Da der Grund und Boden ausnahmslos der städtischen Gesellschaft gehört, ist dadurch Einheitlichkeit der Bebauung und die Schaffung eines modernen Städtebildes gewährleistet. Am Kreuzungspunkt Hermannplatz und Berliner Straße ist auf der Höhe der Eingang zur UEG-Bahn und Nordsüdbahn sichtbar, der mit rollenden Treppen versehen werden soll, die von der Straße zuerst bis zur UEG-Bahn und dann bis zur Nordsüdbahn reichen werden. Von da aus werden



Wie der Hermannplatz in Zukunft aussehen wird.

die rollenden Treppen zweifellos einen Siegeszug durch die Berliner Verkehrslande ansetzen. Schon jetzt sind sie bei dem Umbau des Bahnhofs Hallsches Tor vorgesehen. Selbstverständlich müssen sie später auch bei der Kreuzung der UEG-Bahn mit der Hochbahn am Kottbuser Tor eingebaut werden. Ebenso wird man später auch die Uebergänge von der Stadt- und Ringbahn zu den Untergrundbahnen mit ihnen versehen müssen, wenn man dem wachsenden Schnellbahnverkehr gerecht werden will.

Wenn die Nordsüdbahnstrecke soweit ausgebaut sind (der Anschluß an den Ringbahnhof Siedring-Neukölln ist nur eine Frage ganz kurzer Zeit, da es sich dabei nur noch um einen Tunnel von rund 400 Meter handelt), werden die Züge abwechselnd von der Hauptstrecke nach Kreuzberg und nach Neukölln durchfahren. Dadurch wird eine bessere Ausnutzung des Wagenmaterials möglich. Schon heute ist die Nordsüdbahn, die jetzt eine Aktiengesellschaft mit 43,6 Millionen Goldmark Kapital ist, wovon die Stadt 98,5 Proz. besitzt, ein außerordentlich lukratives Verkehrsunternehmen. Bei ihrer Projektierung schätzte man den mutmaßlichen Jahresverkehr auf rund 50 Millionen Fahräste. Diese Zahl ist bereits heute erreicht, so daß bei Fertigstellung der ganzen Fahrstrecke der Verkehr auf mindestens 75 Millionen in ganz kurzer Zeit anwachsen wird. Die Stadt Berlin hat durch den Ausbau dieses Unternehmens einen großen Wagemut bewiesen, der ihr jetzt außerordentlich zufließen kommt.

Der Aufbau der Nordsüdbahn.

Es ist das Verdienst der sozialdemokratischen Verwaltung, die sowohl in Berlin wie auch in Neukölln nach dem Kriege gewählt wurde, daß sie sofort die Fortführung der Nordsüdbahn wieder aufnahm, und zwar hat insbesondere die damalige Arbeiterstadt Neukölln praktische Erwerbsloosenfürsorge geleistet, indem sie im Jahre 1919 den Bau vom Hermannplatz aus fräftig fortführte. Der Währungsverfall, der auch die Finanzen der inzwischen neu gewählten Gemeinde Groß-Berlin aufs empfindlichste störte, drohte dann, die Vollenbung der Bahn ins Stocken zu bringen. In dieser Situation sah die Stadt 1922 den Entschluß, die Fertigstellung der Nordsüdbahn mit fremdem Kapital zu versuchen.

Das Bestreben der Sozialdemokratie bei den Verhandlungen ging dahin, die Mehrheit der Stadt von vornherein sicherzustellen und ihr das Recht zu sichern, die Anteile der Mitgesellschafter nach einiger Zeit auszulösen zu können. Sie stand in diesem Bestreben allein da, weil die bürgerlichen Parteien, die inzwischen die Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung erlangt hatten, nur darauf ausgingen, das neue Unternehmen in die Hände des Privatkapitals zu bringen; andererseits fehlte der Sozialdemokratie jede Unterstützung seitens der kommunistischen Partei, da die Verhandlungen in mühseligen und langwierigen geheimen Sitzungen geführt werden mußten, und die Kommunisten kein Interesse an einer Arbeit hatten, bei der sie nicht öffentlich Värm schlagen konnten. So lag dann die Aufgabe, die Interessen der Allgemeinheit zu wahren, und die Macht des Privatkapitals möglichst einzuschränken, bei den sozialdemokratischen Stadtverordneten Loewy und Publiß. Ihnen ist es vor allem zu danken, daß die Interessen der Stadt und der Allgemeinheit gewahrt werden konnten. Es gelang schließlich, der Stadt das Recht zu sichern, die Anteile der Mitgesellschafter bei Ablauf des Betriebsvertrages erwerben zu können. Nachdem der Betriebsvertrag geschlossen war, erkannte die Hochbahn wohl, daß er nicht überall ihren Wünschen entsprach, und machte nunmehr den Versuch, ihre Vorteile auf Kosten der Stadt zu vergrößern, indem sie den Betriebsvertrag durch einen Gesellschaftsvertrag ersetzen wollte. Es gelang der Sozialdemo-

Das unbegreifliche Ich.

60] Geschichte einer Jugend.

Roman von Tom Kristensen.

(Berechtigte Uebersetzung aus dem Dänischen von F. E. Vogel.)

Das war meine beste Stunde am Tag. Ich war geküßt vor dem Leben, das so schwer zu überwinden war; und ich döste in einer sanften Melancholie dahin, die weder Trauer noch Freude enthielt; doch dann kam die Zeit, wo ich nicht länger mehr dort sitzen konnte. Alle Zeitungen waren gelesen. Der Kellner bezahlte. Ich mußte gehen.

Draußen auf der Straße überfiel mich eine Traurigkeit, und ich mußte täglich an Mutters Angst vor den vielen Steinen, Steinen unter den Füßen, Steinen an den Seiten herauf, denken. Man ging wie unten auf dem Boden eines steinernen Kastens, und man mußte sich die ganze Zeit lang aufrecht halten. Wenn man sich auf das Pflaster legte, um auszuruhen, würden die Menschen um einen herumstehen und lachen. Es gäbe Bänke; doch die Zwischenräume zwischen ihnen waren zu weit, allzu weit. Wenn man müde wurde, mußte man sich auf einer Treppe verstecken, und da konnte man dann auf den Stufen sitzen in beständiger Angst vor dem Verwalter. Wurde man krank, mußte man stöhnen und umfallen, während andere Menschen zusahen.

Die Straße war erbarmungslos. Zwischen fünf und sechs fühlte ich mich am wohlsten auf ihr. Da stutete der große Menschenstrom aus den Kontoren und Arbeitsstätten heraus; der dicke Schwarm der Radfahrer klingelte; die Straßenbahnwagen waren gedrängt voll. Ich liebte diese Zeit. Sie gehörte mir. Keiner von den Menschen war allzugut gekleidet. Ich verschwand unter ihnen, und das — ein Teil eines Menschenhaufens zu sein, stumpfte mich so ab, daß ich den Asphalt, die Pflastersteine und die Steinfassaden vergessen konnte.

Gegen die achte Stunde stieg der Menschenstrom wieder. Die erleuchteten Schaufenster strahlten über den Bürgersteig und den Damm, der blank von Benzin war; Lichtreflexen sprangen in die Dunkelheit hinaus und wieder zurück; vor den Lichtspielhäusern und Tanzlokalen wirbelte ein heller Nebel über dunkle Köpfe dahin; die Radfahrer waren ver-

schwunden; doch die Autos jagten um so rascher. Alles war Fieber und Fest. Gutgekleidete Herren und Damen gingen an mir vorbei. Ein paar lustige Worte, der Klang einer eifrigen Frauenstimme, ein vertrauliches Flüstern, streiften mich. „Da war wirklich mal Leben und frohe —“, „wird außerordentlich interessant, daß —“, „Nein, aber weißt du?“ fing ich auf. Es waren wertlose Bruchstücke; doch ich wandte und drehte sie, genoß ihren Klang und das Reizvertrauliche, das Gelächter, das Lächeln, das Urteil, das in den Worten liegen konnte. Ich stellte sie zu langen, sinnlosen Sätzen zusammen, die ich vor mir himmurmelte.

„Sie ist fabelhaft, verdammtes Geld und dann sagte er.“ So war mein Spiel mit der Straße, und es machte mir Spaß. Ich sprang in Gedanken vor eine Menschengruppe hin, hörte ein paar Worte und hüpfte über ihre Köpfe zu einer neuen Gruppe hernieder, um die Fortsetzung zu vernehmen.

Dann entstanden größere Zwischenräume zwischen den Spazierenden. Ich sah den hellen Grund der Straße hindurchschimmern. Nun waren alle Theater gefüllt. Alle Menschen waren drinnen bei bunten Festen unter vielem Licht; doch ich stand draußen. Ich war allein im Dunkeln, und meine Beine waren müde vom Gehen.

Unten in den dunklen Querstraßen konnte ich jedoch meinen Schmerz unterdrücken und zur Ruhe kommen. Ich konnte mich in einen Kellerhals setzen so tief unten, daß das Dunkel über mich zusammenstieß, und mich darüber freuen, daß die Schritte, die oben auf dem Bürgersteig ertönten, nicht anbleiten. Keiner sah mich also. Ich ruhte unter der Erde. Ich ruhte im Bett oder im Grabe.

Aber immer war da ein Klavier, das mich weckte, und ich dachte an die glücklichen Menschen, die viereckige Höhlen in den Steinwänden hatten und um einen Tisch mit einer Lampe herumsaßen. Sie wärmten einander, die Menschen, und sprachen miteinander, um nicht trocken im Hals und in der Seele zu werden. Es waren viele, viele, und plötzlich konnte ich von den allzuvielen Hausfüßen, den allzuvielen Fenstern, den allzuvielen Menschen überwältigt werden. Ganze Familien waren da den langen Weg durch die Straße entlang aufgestapelt. Es war eine behagliche Bürgerlichkeit; doch sie hatte nichts Betäubendes und nichts Anregendes. Hier war ich im Ernst ausgeschlossen. Nein, lieber die hellen Hauptstraßen, wo die Menschen hin- und herfuhr. Auf den Haupt-

straßen gab es vielleicht einige, die ebenso heimatlos waren wie ich.

Wenn die Leute aus dem Theater kamen, war ich wieder mitten in der Menge und begann meine Unierhaltung mit der Straße. Ich kannte die Theatermenschen. Die Damen gingen in weiten Abendmänteln und hatten Tücher über den Schultern.

Dieser hastige Strom schwemmte mich mit fort; doch wenn ich dort hinauskam, wo die Hauptstraßen sich verzweigten, oder wo ein Platz den Strom in mehrere Arme teilte, lehrte ich wieder um. Des Abends fürchtete ich die Leere und die Ziellosigkeit.

Und dann der letzte Bierwarr. Die Gäste kamen aus den Cafés. Sie lärmten und schrien. Das Unmöglichste konnte sich ereignen. Ein angegrünter Herr mit weißer Heimbriust gab mir eine Blume und seine Visitenkarte. Ich versuchte zu betteln und hatte, ehe meine Schüchternheit recht überwunden war, die Hand schon voller Kupfergeld.

Endlich war es Nacht. Die Straßen wurden dunkel, und einige Mädchen schlenberten die Bürgersteige auf- und ab. Die Schulkleute kamen je zwei und zwei anmarschiert.

Zu dieser Zeit des Tages traf ich meine Leidensgenossen. Sie waren übriggeblieben und wurden jetzt sichtbar, gerade wie die Steine bei niedrigem Wasserstand. Ich kannte sie schon von weitem an ihrem langsamem Gang. Sie blieben an den Ecken stehen.

Aber ich suchte keine Verbindung mit ihnen, denn ihre Augen waren lauern.

Langsam schlenderte ich weiter und setzte mich auf eine Bank, wo ich einschlief. Es hatte angefangen, kalt des Nachts zu werden, und ab und zu wachte ich davon auf, daß ich am ganzen Körper zitterte; doch lieber das, als zu Samuelsen zurückkehren. Bei ihm würde es nicht zum Aushalten sein. Ich würde das gemeine Lächeln und die runden, dummen Augen nicht mehr ertragen können. Ich würde nicht mehr ertragen können, Klaras Stimme in seinem Zimmer zu hören. Ich wollte sterben, ja bestimmt; doch noch nicht jetzt —

„Was sitzt du hier herum?“ fragte eine böse Stimme. Es war ein Schuttmann.

„Ich ruhe mich aus.“

„Das hat aber mal hübsch lange gedauert!“

„Ich will nach Hause — gleich!“

„Na, denn mach, daß du fortkommst!“ (Fortf. folgt.)

fränkischen Partei, diesen Vorstoß abzuwehren und die Mehrheit zur Ablehnung des neuen Vertrages zu bestimmen. Daß die Sozialdemokratie hierbei nichts Unbilliges verlangte, bewies sie dadurch, daß sie später bei der Feststellung der Goldmarkbilanz der Hochbahngesellschaft für die geleisteten Werte, insbesondere die Wagen, einen angemessenen Ersatz an Aktien gewährte.

In ihrer heutigen Form wird die Nord-Südbahnaktiengesellschaft bei den kommenden Verhandlungen über die Schaffung eines einheitlichen Verkehrsnetzes in Berlin noch eine große Rolle spielen. Die Stadt verfügt durch sie über einen außerordentlich wertvollen Besitz, deren Wert noch gesteigert werden wird, wenn erst die sogenannte U-Bahn vom Bahnhof Hermannplatz nach dem Gesundbrunnen im Norden fahren wird. Damit wird die Stadt zum wichtigen Faktor im Schnellbahnverkehr.

Polizei und Wahlkampf.

Zusammenarbeit mit den Parteien!

Unter dem Vorsitz des Polizeipräsidenten fand am Mittwoch nachmittag im Berliner Polizeipräsidium eine Besprechung mit Vertretern der verschiedensten Parteien über die Gewährleistung von Ruhe und Ordnung im gegenwärtigen Wahlkampf um die Stadtverordnetenversammlung statt.

Anlaß zu dieser Besprechung haben verschiedene Vorkommnisse gegeben, die schon in den ersten Wochen des Wahlkampfes zu Versammlungsstörungen und teilweise auch zu blutigen Zusammenstößen führten. Der Polizeipräsident wies in seinen Ausführungen darauf hin, daß die Polizei selbstverständlich alle erforderlichen Vorbereitungen getroffen habe, um die Ordnung aufrechtzuerhalten, daß sie aber den Hauptwert darauf lege, ihre Maßnahmen im Zusammenarbeiten mit den Parteien durchzuführen. Der Schutz in den Versammlungen könne von der Polizei nur auf direkte Ersuchen gewährt werden. Bei den Veranstaltungen auf den Straßen sei zu beachten, daß Sonntags von 10 bis 11 Uhr weder Umzüge stattfinden, noch sogenannte Werbeautos umherfahren dürfen. Selbstverständlich müßten die Teilnehmer an solchen Zügen und Wagenfahrten unbewaffnet sein. Es erscheine zweckmäßig, daß die Veranstalter von Umzügen aller Art sich vorher mit der Schutzpolizei in Verbindung setzen und die Straßen genau bezeichnen, durch die der Zug sich bewegen soll. Ferner sei das Ankleben von Plakaten an Häuser und Bretterzäunen verboten. Wenn ein Hausbesitzer polizeiliche Hilfe gegen Plakatkleber in Anspruch nehme, so müsse die Polizei selbstverständlich eingreifen. Der Polizeipräsident teilte weiter mit, daß die Straßenstreifen der Polizei im Wahltag und an den letzten Tagen vor der Wahl bedeutend verstärkt würden. Besonders gegen die Kolonnen, die nachlässigweise die Häuserwände betreiben, soll rücksichtslos vorgegangen werden.

Der Segen des Privatbetriebs.

Ueber den Segen der Privatbetriebe auch in kommunalen Dingen wissen die deutsch-nationalen und volksparteilichen Redner in den Wahlversammlungen jetzt wieder ein hohes Lied zu singen. Von dem Skandal der Charlottenburger Wasserwerke schweigen sie eher in allen Tonarten. Das völlige Vergehen dieser Werke in den heißen Sommermonaten sollte aber noch nicht vergessen sein. Ebenso wenig darf die wucherische Preisgestaltung dieses musterhaften Privatbetriebes vergessen werden, der seinen Direktoren und Aktionären Lantienem und Dividenden in fetten Raten zu zahlen pflegt.

Ein Muster dieser Preisgestaltung liegt uns heute erst wieder vor. Die Charlottenburger Wasserwerke berechnen nach ihrem „Staffeltarif“ bei einem Verbrauch bis zu 33 Kubikmeter für jeden Kubikmeter 30 Pf., für weitere 34 bis 100 Kubikmeter je 15 Pf. usw. Trotzdem der Preis also feststeht, schlagen die Werke auf jeden Kubikmeter weitere fünf Pfennig auf. Zu welchem Zweck, ist nicht zu erraten. Damit der Zwangsfunde dieses Privatwerkes aber ja nicht etwa in läppige Launen gerät, berechnet das Werk für jedes Vierteljahr noch eine Verwaltungsgebühr von 4,90 M.

Aus dem Rechnungszettel für ein kleines Siedlungshaus ergibt sich bei einem Verbrauch von 25 Kubikmeter im Vierteljahr von Juli bis Oktober:

Grundpreis (25 x 30 + 5 Pf. =)	8,75 M.
Verwaltungsgebühr	4,90
Summa	13,65 M.

Ein Abnehmer der häßlichen Werke zahlt für denselben Wasserverbrauch nur

$$25 \times 15 \text{ Pf.} = 3,75 \text{ M!}$$

Der segensreiche Privatbetrieb überbietet also den Zwangsabnehmer um rund zehn Mark pro Vierteljahr!

Aber die durch Vistenerbindung vereinigten Rechtsparteien auf dem Rathause halten diesen privatkapitalistischen Unternehmern noch immer die Stange und waren noch bis zuletzt bemüht, zu verhindern, daß die Stadt wenigstens in Steglitz und Schöneberg in ihre Rechte eintreten konnte. Am 25. Oktober wird daher auch über diese „Segensreiche“ Privatwirtschaft und ihre Stützen das Urteil gesprochen werden!

Folgen einer Vergeßlichkeit.

Traurige Folgen sollten für den kaum neunzehnjährigen Reiter Karl Schneider vom Reiterregiment IV in Potsdam ein paar Liebesstunden haben, die er mit einer jungen Dorfschönen im August vorigen Jahres in Damrau bei Köslin verlebte hat.

Der Reitersmann fuhr zu seinem Regiment nach Potsdam zurück, hatte das keine Abenteuer wohl bald vergessen und war nicht wenig erstaunt, als nach Monaten sich bei ihm ein 22jähriger Landwirtssohn meldete, den die Dorfschöne als Vater für ihr inzwischen geborenes Kind geltend gemacht hatte. Der Landwirtssohn wollte von dem Reichswehrsoldaten bescheinigt haben, daß auch er mit der Rändelmutter zu tun gehabt habe. Das tat Schneider auch auf einem Stück Notizpapier. Drei Mark und ein Glas Bier wurden von dem Landwirtssohn dafür spendiert. Eines Tages wurde Schneider aufgefordert, auf dem Potsdamer Amtsgericht in der Alimentsationsache als Zeuge zu erscheinen. Der junge Reitersmann, der vollkommen vergessen hatte, daß er jene Bescheinigung ausgestellt hatte, beschwor, daß er mit der Rändelmutter nie etwas zu tun gehabt habe. Da kam aber der Gegenanwalt mit der Liebesbescheinigung nach einigen Wochen hervor. Die Folge war die Anklage wegen wissentlichen Meineides. Der Angeklagte war vor dem Potsdamer Schwurgericht geständig. Das Regiment, das einen Oberleutnant als Verteidiger entsandt hatte, bezeichnete den Angeklagten als einen der besten des Regiments. Aber es half alles nichts. Das Urteil erging auf 1 Jahr Zuchthaus, 3 Jahre Ehrverlust, dauernde Aberkennung der Befähigung für öffentliche Ämter und Ausstoßung aus dem Heere. Die Geschworenen haben einstimmig ein Gnadengesuch zu Protokoll gegeben, um die Zuchthausstrafe in Gefängnis umzuwandeln, denn so schwer die Verletzung des jungen leichtfertigen Mannes auch sein mag, ist die Rechtspflege doch dazu da, begangenes Unrecht wieder gutmachen zu lassen, nicht aber, wie es hier wohl gesehen würde, eine menschliche Existenz ehrgütig zu vernichten.

In der Ägyptischen Abteilung der Staatlichen Museen (Neues Museum) finden vom 15. Oktober ab bis auf weiteres jeden Donnerstag von 11 bis 12 Uhr Führungen durch wissenschaftliche Beamte statt. Die Führungsgeld beträgt je Teilnehmer 30 Pf.

Falsche Fünzigpfennigstücke und Zehnmarskheine.

Zwei Falschgeldwerkstätten entdeckt und ausgehoben.

Der Inhaber einer Schlosserwerkstatt in der Nähe des Alexanderplatzes hatte sich mit der Herstellung falscher 50-Pfennigstücke abgegeben. Der Mann besaß früher eine kleine Fabrik, kam aber damit wirtschaftlich so weit zurück, daß er schließlich nur noch eine kleine Werkstatt betrieb. Weil er wenig zu tun hatte, kam er auf den Gedanken, Münzen zu fälschen, in der Hoffnung, sich damit über Wasser zu halten. Sein Unternehmen wurde jedoch bald entdeckt. Kriminalbeamte fanden in seiner Werkstatt Prägestöße für 50-Pfennigstücke, mit denen er es zunächst versuchte. In einem Nebenraume entdeckten sie auch eine kleine

Bezirksbildungsausschuß Groß-Berlin (SPD)

Abendfeier

für die Leserinnen und Freunde der „Frauenwelt“

Mittwoch, den 21. Oktober,

abends pünktlich 7^{1/2} Uhr, im Saalbau Friedrichshain

Mitwirkende:

Die Spielgemeinschaft der Jungsozialisten; Armin Liebermann (Solo),
Frl. Emil Brandenburg (Klavier); Ansprache: Clara Weyl.

Vortragsfolge:

1. Teil		2. Teil	
1. a) Andante	Maffret	4. Polonaise	Popper
b) Menuetto	Berzer	5. Elegie	Hoerns
2. a) Rezitationen		6. Die Wandlung (2 Sätze)	Toller
b) Andantissimo	Rimpf	7. a) Tambourin	Hoffed
	Szval	b) Tarantella	Popper

Eintrittspreis 0,30 M. Karten sind noch zu haben im Frauensekretariat, Berlin SW 68, Lindenstr. 3, 2. Hof II, Zimmer 1 (SPD.)

Anzahl bereits fertiger Münzen, die sie ebenso wie die Geräte beschlagnahmten.

Im Kleinen arbeitete auch der zweite Fälscher. In einem Jagarladen in der Swalopmunder Straße bezahlte ein stellungsloser Kaufmann D. einen kleinen Einkauf mit einem gefälschten 10-Reichsmark-Schein. Der Geschäftsinhaber erkannte gleich die Fälschung, hielt den Kunden hin und ließ ihn festnehmen. Bei seiner Vernehmung auf der Reichsbank-Falschgeldabteilung fand man nichts mehr bei ihm. Er gab aber im Laufe des Verhörs zu, daß er vorher bereits 12 gefälschte Scheine der gleichen Art ausgegeben habe. Alle wollte er auf der Straße gefunden haben. Die weiteren Ermittlungen ergaben jedoch, daß D. sie unmittelbar von dem Fälscher selbst, einem Stubenmaler P., erhalten hatte. Dieser ist seit längerer Zeit stellunglos und stellt die Fälschereien auf geeignetem Papier in sehr mühevoller Arbeit durch Handmalerei her. Die ersten Scheine waren sehr schlecht nachgemacht und erregten in allen Geschäften Verdacht. Er redete aber auf die Verkäufer so lange ein, bis sie die Scheine doch für echt hielten und annahmen.

Sittlichkeitsverbrechen eines Schupowachtmeysters.

Fünf Jahre Zuchthaus und Ehrverlust.

In dreitägiger Verhandlung beschäftigte sich die Strafkammer des Landgerichts I mit den Sittlichkeitsverbrechen des Polizeiwachtmeysters Otto W., gegen den das Schöffengericht Mitte auf 8 Jahre Zuchthaus und 10 Jahre Ehrverlust erkannt hatte. W. war beschuldigt und nach dem Schöffengerichtsurteil überführt, in zahlreichen Fällen unter Mißbrauch seiner Amtsgewalt junge Frauen vergewaltigt und mit unzüchtigen Anträgen belästigt zu haben. Er pflegte abends und nachts Mädchen auszulauern, trat plötzlich in Uniform dazwischen und erklärte, daß er das Mädchen der Sittenpolizei zuführen müsse. Geschickt gelang es ihm meist, den Liebhaber zu entfernen, während er das Mädchen abführte. Er ging mit ihm dann durch die Straßen zunächst zu einem Polizeirevier, wo er vor der Tür erklärte, daß sie zu einer anderen Wache gehen müßten. Auf diese Weise schleppte er sein Opfer bis zu einem Gebüsch, wo er sich dann an ihm verging. Da der Angeklagte zunächst seine Schuld bestritt und behauptete, verwechselt worden zu sein, mußte ein umfangreicher Zeugenapparat aufgebaut werden. Er blieb bei seinem Beugnen, obwohl er auf frischer Tat ergriffen worden war, nachdem er zufällig von einem des Weges kommenden Polizeiwachtmeyster seines Reviers erkannt worden war. Uebrigens hatte sich auf W. der Verdacht gelenkt, daß er der Mädchenmörder vom Arnswalder Platz sei, was sich jedoch als hinlänglich erwies. Da sein Mißbemeiseln in dem gegenwärtigen Prozeß völlig verjagte, ließ sich W. schließlich zu einem Geständnis bewegen. Er gab zu, daß er wirklich die Schandtaten selbst verübt habe, behauptete jedoch, es in einem Zustand der Bewußtlosigkeit und krankhafter Veranlagung getan zu haben. Während Staatsanwaltschaftsrat Hayne die Verurteilung zu verwerfen beantragte, boten die Verteidiger, zu berücksichtigen, daß man es weniger mit einem Schwerverbrecher, als mit einem bedauernswerten Kranken zu tun habe. Die Strafkammer sahte diesen Fall als besonders schwerwiegend auf, weil es sich um einen Polizeibeamten handelte, der zum Schutze des Publikums und der Frauen da sei. Dennoch hielt die Strafkammer eine Strafe von fünf Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust für ausreichend. Sieben Monate wurden auf die Untersuchungshaft angerechnet.

Erst Profit, dann Verkehrsrußfichten.

Das ist unumstößlicher Grundgesetz der Hochbahn-Gesellschaft. Auch ihre Zeitung erfährt natürlich schon am frühen Morgen, daß die Sonne zum Erfolg für den berechneten Sommer herrlich scheint, woraus logisch hervorgeht, daß ab Mittwoch eine Massenwanderung in die Außengebiete der Viermillionsstadt einsetzen wird — also vor allem nach dem sonst leicht zu erreichenden Dahlem. Aber von einem dritten Wagen für die Pendelzüge Hehrbellener Platz—Thielplatz ist trotzdem keine Rede. Sardinienmäßig zusammengepfercht müssen die Berliner ins Freie hinaus, und von da wieder zurückfahren. So will es, so besteht es S. M. der Hochbahn-Profit. Weil er aber gerade schon am Werke ist, befiehlt er die Bahnhofsübergänge sehr lebhafte Stationen mit nur einem Knipser, läßt die anderen Kontrollposten unbefehlt, die übrigen Zugänge geschlossen und die Leute sich an dem einzig geöffneten Durchgang schimpfend stauen. Das Ganze heißt dann privatwirtschaftliche Verkehrswerbung.

Die Wochenendfahrten.

Das Eisenbahnverkehrsamt Halle ist dem Beispiel Berlins gefolgt und hat ebenfalls Sonderfahrten an Sonntagen eingerichtet. Gestern vormittag traf der erste Sonderzug aus Halle am Anhalter Bahnhof ein. Die Reisenden unternahmen dann eine Straßenbahnrundfahrt durch Berlin, die das Fremdenverkehrsbureau Berlin veranstaltet hatte. Die Fahrt ging durch die Geschäftsviertel: Zimmer, Jerusalemer Straße, Hausvogtei, über den Schlossplatz, Köllnischen Fischmarkt, Spandauer Straße, Alexanderplatz, Hackescher Markt, Museumsstraße, Charlottenburger Chaussee und endete am Bahnhof Zoo. Es folgte dann eine zweistündige Besichtigung des Zoologischen Gartens und ein gemeinsames Mittagessen im Hause des Fremdenverkehrsbureaus. Diese Veranstaltungen verdienen besonderer Beachtung, da sie es auch Kinder erlauben, für billiges Geld Berlin, wenn auch nur flüchtig, kennen zu lernen. Von den annähernd neunhundert

Teilnehmern an der Sonderfahrt Halle—Berlin, beteiligten sich etwa Dreihundert an der Straßenrundfahrt und an der Besichtigung des Zoologischen Gartens.

Die Reichsbahndirektion Berlin hatte für ihre Sonntags-Sonderfahrt noch einmal Hamburg gewählt, diesmal den Zug aber schon Sonnabends abfahren lassen. Dadurch gewonnen die Reisenden mehr Zeit für die Exkursionen in der Hansestadt. Für 12,50 Mark gewährte der Hamburger Fremdenverein Übernachtung, Frühstück, Auto- und Hafenrundfahrten, einen Ausflug nach Stellingen und noch ein Mittagessen. Mit der Führung und der allgemeinen Aufnahme überhaupt, ganz besonders aber mit den Schenkwürdigkeiten des alten und des repräsentablen Hamburg waren die Gäste sehr zufrieden. Es fiel unangenehm auf, daß Behörden und Private die Anwesenheit der Berliner, Mecklenburger und Hollsteinischen Besucher benutzten, die schwarze Goldene neben der hamburgischen Flagge zu zeigen. Die Sonderfahrten der Reichsbahn erfreuen sich eines steigenden Interesses bei der Bevölkerung und man kann nur wünschen, daß diese Einrichtung beibehalten und ausgebaut wird.

Ein Parteiveteran.

Heute vor fünfzig Jahren trat unser Genosse Karl Scholtz, im Südosten bei den älteren Genossen unter dem Namen „Kitt-Karl“ bekannt, in die damalige Berliner politische Organisation der Arbeiterpartei, den „Verein zur Wahrung der Interessen der wertvollen Bevölkerung Berlins“ ein. Während dieses halben Jahrhunderts hat Genosse Scholtz als Funktionär immer in der ersten Reihe der Bewegung gestanden. Während der Dauer des Sozialistengesetzes war er jahrelang Mittelsmann für den Jülicher „Sozialdemokrat“, gleichzeitig Obmann der Agitationskommission für die Provinz Brandenburg und auch Vorsitzender der Lokalkommission. Bei seiner umfangreichen und aufopfernden Tätigkeit für die Partei hat er stets das vollste Verständnis und liebevolle Rücksichtnahme seiner Frau gehabt, was ihm manches Schwere leichter machte. Wenn Genosse Scholtz als alter Angler an den freien Sonntagen in Rauchstangenwerder seinem einzigen Vergnügen und seiner Erholung nachgeht, so wollen wir ihm das neidlos und aufrichtig noch viele Jahre gönnen.

300 000 Mark unterschlagen.

Das Opfer einer Leidenschaft.

Die unselbige Leidenschaft des Wettens hat zwei bisher unbekanntere Männer, die dreißig und achtzehn Jahre hindurch bei einer Firma tätig waren, für immer ins Unglück gestürzt. Der erste Buchhalter R. und der Angestellte M. des Bankunternehmens Sperling hatten sich wegen fortgesetzten Diebstahls und Hehlerei vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte zu verantworten. Es ist fast unglücklich, daß ein Buchhalter, der in einer Vertrauensstellung, noch dazu ein Monatsgehalt von 600 M. bezog, sich von seiner Leidenschaft beherrschen lassen konnte. Er selbst soll Tag und Nacht gearbeitet und treu für seine Familie gesorgt haben, in jeder freien Minute aber stürzte er sich auf die Kennberichte des In- und des Auslandes. Seit Jahren wettete R. mit seinem Freunde M. bei Buchmachern und am Loos, hauptsächlich auf französische Pferde setzte er so bedeutende Summen, daß sie bald in den Ruf kamen, mit zu den größten Wettlern zu gehören. Es konnte selbstverständlich nicht ausbleiben, daß die Verluste immer größer und größer wurden. Und als sie schließlich in gar keinem Einklang mehr mit dem Verdienst der beiden zu bringen waren, da begann die alte Geschichte, die leider immer wieder neu wird. Erst nur mal eine kleine Summe vom Gehaltsgehalt nehmen, man kann sie ja wieder ersetzen, wenn man — wieder mal Glück hat. Aber dann — hat man kein Glück mehr! Niemals mehr! Die veruntreuten Gelder wurden höher und höher und hatten schließlich die ganz respektable Summe von 300 000 M. erreicht. Was kommen mußte, kam. Der Chef setzt für einen bestimmten Tag eine außerordentliche Revision an. Jetzt packt R. die Kasse, er sieht die Folgen seiner Verfehlungen, er sieht das Unglück seiner Familie deutlich vor seinen Augen! Er rafft sich noch einmal zusammen, vertraut sich seiner Frau an und sucht mit dieser gemeinsam seinen Arbeitgeber auf. Durch sein offenes Geständnis gelingt es ihm, vom Chef die Zustimmung gewisser Weise zu erhalten und eine Zeit auszumachen, in der er das Geld ersetzen sollte. Aber das Schicksal wollte es anders! Als der Sohn des Inhabers von den Veruntreuungen erfährt, übergab er sie beide kurzerhand dem Gericht. So fand, wie schon manche Jagd nach dem Glück, auch diese ihr Ende mit der Beurteilung der beiden Angeklagten. R. erhielt 1 1/2 Jahr, M. 1 Jahr Gefängnis.

Bezirksbildungsausschuß Groß-Berlin. Einmaliges Schillertheater Charlottenburg: Sonntag, den 18. Oktober, nachm. 3 Uhr, Ball „Abendliche Rebellen“ „Doppeltmord“ von Angenruber. Die ausgearbeiteten Karten behalten für diese Vorstellung ihre Gültigkeit. Die Aufführung „Abendliche Rebellen“ findet am Sonntag, den 15. November, statt. Für diese Vorstellung werden neue Karten herausgegeben. — Internationale Volkstänze und Volkstheater. 1. Veranstaltung Sonntag, den 23. Oktober, nachm. 8^{1/2} Uhr, im großen Saal der Philharmonie, Bernburger Straße. Alle vier Veranstaltungen im Abonnement 4 M. Einzelkarte pro Veranstaltung 1,20 M. Wir bitten, die noch ausbleibenden Zeichnungskarten sofort zurückzugeben. — Fünf große proletarische Feste finden im Großen Schauspielhaus. Im Abonnement alle fünf Veranstaltungen 4 M., Einzelkarte 1,20 M. Die Abonnementkarten für die Feste finden bis 25. Oktober bestimmt zurückgegeben werden. — Am Sonntag, den 15. November, nachm. 3 Uhr, im Staatlichen Schillertheater, Charlottenburg, „Abendliche Rebellen“. Die Preise werden erhöht, die für sie reservierten Karten schnellstens zum Bureau abgehoben. — Am Sonntag, den 1. November, abends 8 Uhr, liest der Arbeiterdichter Heinrich Verch aus eigenen Werken im Andrea-Kochhaus, Rappentrafal 76. Eintritt 50 Pf. Karten für sämtliche Veranstaltungen in den bekannten Verkaufsstellen.

Wintergarten. Die Direktion des Wintergartens hat für den Oktober ein entsprechendes Programm zusammengestellt. Der Tanz steht im Vordergrund: Eil und Ritt Dittler, zwei deutsche Länglerinnen, die nach Amerika verflochten sind, bringen in der alten Schule Darbietungen, die fastlich zu nennen sind. Salska Leonijew tanzt das klassische die moderne Schule. Die Spanierin Margarita weiß ihre typisch spanischen Kunst neue Seiten abzugewinnen. Die erste Akrobatin und Gymnastin treten die 4 Serlonas und die beiden Hermanas Rubio, zwei Spanierinnen, denen man ihre Leistungen beim Auftreten nicht zu traut. Die Komik vertreten die Warner Kuroch, in ihrem Subversiven, Rosin und Vinsol, der lombische Kantonenkönig und besonders Richard Hayer, ein Jongleur, der als Robinson auftritt und mit seinen Jonglierkünsten wirklich neue Tricks vorbringt. Little Tich, ein englischer Groteskspieler, der geschäftlich erfolgreich wirkt.



Waschungen mit Pixavon regen die Kopfhaut in erstaunlicher Weise an. Die Haare werden weich und geschmeidig, die natürliche Schönheit und Farbe des Haares kommen voll zur Geltung

Wohnungsnot und Stadtverordnetenwahl. Aus unseren Wählerversammlungen.

Eine Wählerversammlung, die ein gutes Omen für die Stadtverordnetenwahl am 25. Oktober bedeutet, wurde in Brieg abgehalten. Seit langem hat Brieg keine so gut besuchte Versammlung mehr gesehen. Der Saal war bis auf den letzten Platz gefüllt. Auf der Tagesordnung stand: „Brieger Wohnungsbau, Stadtverordnetenwahl und Brieger Bürgervereinspolitik.“ Als erster Redner unterzog Stadtverordneter Genosse Gutschmidt die Berliner Wohnungspolitik einer vernichtenden Kritik. Schon vor dem Kriege stand es fest, daß die Berliner Wohnungswirtschaft zur Wohnungsnot führen müsse, da für 30 000 Zuziehende nur 20 000 Wohnungen hergestellt wurden. Zurzeit gibt es in Berlin 100 000 Wohnungssuchende, wozu noch jährlich 25 000 Zuziehende kommen. Für diese wurden im Jahre 1924/25 10 000 Wohnungen gebaut, im Jahre 1925/26 werden es nur 8000 sein. Diesem Wohnungsmangel will das Raucherstimmvermögen im Berliner Rathaus mit dem „Freien Spiel der Kräfte“ zu Leibe gehen. Das heißt, es will die Wohnungsnot durch die Spekulation für und für lösen. Bei Wohnungen mit 5 und mehr Zimmern wurde bereits der Anfang gemacht. Gutschmidt führte einen ungeheuerlichen Fall an, wo die Berliner „Bank für werbeständige Finanzierung“ (heute Stadtschuldenbank) für ein Baudarlehen von 600 000 Mark 4 1/2 Proz. Zinsen auf 6 Wochen und eine Gewinnteilung von mindestens 150 000 Mark verlangte. Für Neuwohnungen müssen heute an Monatsmieten gezahlt werden für 2 Zimmer 104 Mark, 3 Zimmer 130 Mark und 4 Zimmer 156 Mark. In einer Mittagszeitung wurden 20 Dreizimmerwohnungen angeboten, für die der Mieter pro Wohnung 6000 Mark Baukostenzuschuß zahlen sollte. Keinhals war ein Angebot im „Gemeindeblatt“, wo für 1 Zimmer 50 Mark Monatsmiete und 100 Mark Baukostenzuschuß gefordert wurden. So ist der Zustand entstanden, daß für zehntausende Wohnungssuchender die Wohnungsämter keine Wohnungen beschaffen können, und auf der anderen Seite durch Vermietungsbureaus, Presse und Zirkulare Wohnungen angepriesen werden, die kein Mensch wegen des hohen Mietpreises beziehen kann. — Die Politik der S.P.D.-Fraktion im Rathaus war deshalb klar. Sie zielte vor allem auf billiges Bauland und billige Hypotheken hin. Es gelang im vorigen Jahre, die Bewilligung von 5 000 000 Mark als Zuschußhypothek zu niedrigem Zinsfuß durchzusetzen. Mit Hilfe dieser Summe konnten 1200 billige Wohnungen gebaut werden. Deutschnationale, Volksparteiler und Wirtschaftsparteiler lehnten die Bewilligung ab. In diesem Jahre wurden wiederum gegen die vorgenannten Stimmen zweimal 5 000 000 Mark bewilligt, mit deren Hilfe 3300 Wohnungen, davon 1000 in Brieg, gebaut werden. Diese Wohnungen werden ohne Baukostenzuschuß durch die Wohnungsämter vergeben. Gutschmidt schilderte dann noch eingehend die bekannten Mängel der bürgerlichen Rathausmehrheit, um das von der Stadt gekaufte Gutsgebiets in Brieg dem privatkapitalistischen Bauunternehmertum, insbesondere der Firma B. Holzmann, zuzuschicken. Es ist das Verdienst der S.P.D.-Fraktion, wenn dem Bauunternehmertum das nicht gelungen ist und heute zwei gemeinnützige Gesellschaften, die „Gehag“ und die „Degemo“, die 1000 Wohnungen in Brieg errichten. Zum Schluß leitete sich Gutschmidt mit dem Brieger Bürgerverein, insbesondere seinem 2. Vorsitzenden, Architekt Hans Lietz, auseinander. Dieser Gernegroß führt seit einiger Zeit im „Reutölnener Tageblatt“ eine gehässige Polemik gegen die „Gehag“ im allgemeinen und gegen Gutschmidt im besonderen. Selbst zur Berliner Wohnungsfürsorgegesellschaft ist er gelaufen. Um diese zu bewegen, der „Gehag“ die Baugelände zu verweigern. So steht bürgerliche und sozialistische Wohnungspolitik aus. Gutschmidt schloß unter lebhaftem Beifall der Versammlung, der letzteren am 25. Oktober durch Wahl der sozialdemokratischen Liste zum Siege zu helfen. Der zweite Redner Dr. Ing. Wagner ergänzte noch wertvoll Gutschmidts Ausführungen. Der 3. Redner Stadtrat Genosse Schröder zerstückelte zunächst den Inhalt eines deutschnationalen Flugblattes und führte den Nachweis, daß die 6 Jahre sozialdemokratischer Gemeindepolitik in Reutöln mehr an sozial- und kulturpolitischen Erfolgen aufzuweisen haben, als 50 Jahre bürgerlicher Dreiklassenpolitik vorher. Trotz der heftigen Angriffe der drei Redner und trotz Vorforderung fand keiner der zahlreich anwesenden Bürgerlichen den Mut zur Entgegnung. Deshalb verzichtete auch der Kommunist Kestel auf das Wort. — So konnte die gut verkaufte Versammlung mit einem fröhlichen Hoch auf die sozialdemokratische Partei geschlossen werden.

In Charlottenburg fand in der Leibniz-Oberrealschule eine Beamtenkundgebung statt, in der der Ministerialrat Genosse Frankenberg sprach. Er wies darauf hin, daß sämtliche bürgerliche Parteien nicht das geringste Interesse an der Vertretung der Beamteninteressen hätten. Sie möchten die Beamten wieder wie in dem vorrevolutionären Deutschland zuhörigen der oberen Schichten machen. Sie hätten kein Interesse an einem freien Berufsbeamtenstand, auch in der Beförderungspolitik ständen ihre Interessen denen der Berufsbeamten schon deswegen entgegen, weil sie verhindern müßten, daß die Beförderungsvorgänge der Beamten von den Angestellten und Arbeitern als Vorbild und zur Nachahmung hingestellt würden. Einzig und allein die Sozialdemokratie habe es bisher unternommen, die Interessen der Beamten mit aller Energie wahrzunehmen. Und deswegen müßten die Beamten auch bei den Kommunalwahlen am 25. Oktober sozialdemokratisch wählen. Der lebhafteste Beifall, der diesen Ausführungen folgte, zeigte, daß sie bei den Erschienenen ein nachhaltiges Echo gefunden haben.

Die öffentliche Wählerversammlung der S.P.D. in Friedrichshain, Schulaula Hohenlohestr., war überfüllt. Genosse Reimann zeigte als Referent den Wählerinnen und Wählern anpackenden Beispielen, wie der Bürgerklub im Rathaus verfaßt hat und hieß Abrechnung mit den Kommunisten.

Im Gewerkschaftshaus am Engelufer sprach Genosse Rimroth. Er hob vor allem die Verdienste der Sozialde-

mo kratie bei der Eingemeindung und bei der Schaffung von Groß-Berlin hervor. Jeder Arbeiter, Angestellte und Beamte hat alles Interesse daran, daß bei den Oktoberwahlen eine sozialdemokratische Mehrheit zustande kommt. Die Berliner Stadtverordnetenwahlen müssen der Auftakt zu einer neuen Ära sein. Die Wahl vom 25. Oktober wird endlich zeigen, wohin der Kurs gehen wird, ins Elend oder einer besseren Zukunft entgegen.

In der außerordentlich gut besuchten Kundgebung des 29. Bezirks sprach Genosse Künstler. Er streifte das falsche Spiel der Deutschnationalen in der Aufwertungsfrage. Nachdem sie zunächst wie Dr. Beetz als Wahlführer benutzt hatten, ließen sie ihn fallen und damit ihr Versprechen, den kleinen Sparern zu helfen. Der Redner ging dann näher auf den Posttarif ein. Eine fünfköpfige Familie wird durch dies Rundraubgesetz mit 150 M. pro Jahr neu belastet. Aber der Entwurf mußte durchgejagt werden, weil die Tarife der Kaufpreise für die Außenpolitik sind, denn die Deutschnationalen unterschreiben jetzt, wofür sie Walther Rathenau ermordet haben. Nun klagt sogar der Landwirtschaftliche Hauptverband von Württemberg und Hohenzollern, daß die neuen Zölle für Getreide und Vieh noch zu niedrig seien. Genosse Künstler wandte sich dann gegen die Steuerpolitik der Rechten. Die Lohnsteuer macht auf den Kopf 83 M. pro Jahr, alle übrigen zusammen nur 71 M. Die Umsatzsteuer von 1 Proz. muß der Konsument zahlen, und sie beträgt für Brot 5,3 Proz., für Fleisch sogar 10 bis 12 Proz. Der Verbraucher bezahlt an Umsatzsteuern 10 Proz. seines gesamten Einkommens. Der Redner gab zum Schluß noch einige Blüten aus den Richtlinien der Kommunisten bekannt. Danach sollen die Abgeordneten der Sozialdemokratie, die natürlich keine Arbeiterpartei ist, gefährlichere Arbeiterfeinde als die Abgeordneten der bürgerlichen Parteien sein. Genosse Künstler fand mit seinen Ausführungen den reichen Beifall der Versammlung.

In den Casino-Sälen in der Neuen Königstraße wies Genosse Dr. Wegl auf die Wahlen im Oktober 1921 hin, bei denen durch die Parole „Los von Berlin“ reges Leben in die Versammlungen kam. Träger des Gedankens Groß-Berlin waren die Sozialdemokraten. Heute ist der Schrei „Los von Berlin“ verstummt; der Gedanke der Einheitsgemeinde hat sich so durchgesetzt, daß keine Gegenströmung mehr zu spüren ist. Der Redner wies auf die Taten der unter deutschnationalem Einfluß stehenden Reichsregierung hin. Allein der Aufwertungsdruck müßte die Bevölkerung mit Jörn erfüllen und sie durch die Wahl unserer Parteigenossen zu einer deutlichen Antwort auffordern. Man denke an die schwarzweiße Denkmalschande vom vergangenen Sonntag, wenn man wissen will, was uns unter der Herrschaft der Reaktion noch blühen kann. Leider ist der hierfür mit verantwortliche Demokrat Dr. Gehler typisch für die Mentalität unserer preußischen und Berliner Demokraten. Als es um den Abbau Pausens ging oder um die Forderungen der Gemeindegemeinschaft, immer haben die Demokraten des Rathauses gegen uns gestimmt. Daraus sollte man nun endlich die entscheidenden Konsequenzen ziehen.

In der gutbesuchten Versammlung in der Schulaula Wiesenstraße sprach Genosse Ernst Reuter über „Die Bedeutung der Stadtverordnetenwahlen für die Berliner Arbeiterschaft“. Von der Geburt an greife die Gemeinde in das Leben ihrer Bewohner ein. Geburtshilfe, Krankenhäuser, Kleinkinderpflege und so fort. Die Gemeinden sind Zellen staatlichen Lebens. Die öffentliche Verwaltung sei durch die Arbeiterschaft im sozialen Sinne zu beeinflussen. In den Inflationsjahren hätte ebenso wie der private Haushalt auch der Gemeindegemeinschaft aus schwerster zu leiden gehabt. Die agitatorische Ausnutzung der Inflation durch die Bürgerlichen und die Unentsagung der Arbeiterparteien zerbrach die rote Mehrheit. Doch trotz allem wurde die von der Sozialdemokratie geschaffene Einheitsgemeinde behauptet. Schritt für Schritt werden jetzt Einrichtungen geschaffen, die sich früher nur der begüterten Beisten leisten konnte. Betrage doch der werbende Wirtschaftsbetrieb Berlins über eine Milliarde Goldmark. Dieser Beifall ist die festeste Stütze unserer Gemeinde, die sich rühmen kann, die billigsten Tarife zu haben. Kein Wunder, daß die Privatindustrie die Gemeindegemeinschaft mit allen Mitteln bekämpfe. Ein einheitlicher Bauplan müsse mit aller Macht durchgeführt werden, der genügend Parks, Freizeitanlagen schaffe, Kleingärten erhalte und die Mietkassen alten Stils beseitige. Alles das sind Fragen, die nur von einer sozialistischen Mehrheit gelöst werden können.

Das Rundfunkprogramm.

Donnerstag, den 15. Oktober.

Außer dem üblichen Tagesprogramm:
4.30—6 Uhr abends: Nachmittagskonzert der Berliner Funkkapelle. Leitung: Konzertmeister Ferd. Kaufman. 7 Uhr abends: Hans-Bredow-Schule (Bildungskurse). Abteilung Technik. Ober-Ing. Siegfried Hartmann: „Quellen der Kraft“. 1. Vortrag: „Muskel und Wind“. 7.25 Uhr abends: Weltachschmeister Dr. Emanuel Lasker: „Das Aesthetische im Schach“. 8 Uhr abends: Sendespiele. Abteilung Oper. Leitung: Cornelis Bronsgeest. Spielzeit 1925/26. 8. Veranstaltung. „Der Postillon von Lonjumeau“, komische Oper in drei Teilen von Adolf Karl Adam. Für den Rundfunk eingerichtet von Cornelis Bronsgeest. Dirigent: Selmar Meyrovits von der Berl. Staatsoper. Personen des ersten Teils: Chapelou, ein Postillon; Karl Jöken; Bijou, ein Schmied; Ludwig Flaschner; Marguis von Corey, Intendant der Belustigungen des Königs; Robert Philipp; Madeleine, Wirtin; Erna Kroll-Lange, Bauern, Bäuerinnen. Ort der Handlung: Dorf Lonjumeau im Jahre 1766. Personen des zweiten und dritten Teils: Saint-Phar (Chapelou), erster Sänger der königlichen Oper; Karl Jöken; Marguis von Corey; Robert Philipp; Alcindor (Bijou), Bourdon, Chorführer der königlichen Oper; Ludwig Flaschner, Gottfried Hagedorn; Frau von Latour (Madeleine); Erna Kroll-Lange, Sängerin und Chorführerin der königlichen Oper. Nachbarn und Gäste der Frau von Latour. Ein Gelehrter. Eine Abteilung Landreiter. Diener. Ort der Handlung: Landhaus der Frau von Latour nahe bei Fontainebleau, zehn Jahre später, im Jahre 1766. 10 Uhr abends: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitanzeige, Wetterdienst, Sportnachrichten, Theater- und Filmdienst. 10.30 bis 12 Uhr abends: Tanzmusik.

werden können. Nach dem Intermezzo eines kommunistischen Rasperktheaters, das nachgerade langweilig wird, schloß die Versammlung mit einem begeisterten Hoch auf die Sozialdemokratie.

In einer sehr gut besuchten Versammlung des Bezirks Mitte sprachen in der Aula in der Auguststraße unter starkem Beifall der Reichstagsabgeordnete Genosse Moses und Stadtverordnetenvorsitzer Haß. Genosse Moses zeichnete ein lebendiges Bild der augenblicklichen politischen Situation, charakterisierte die unehrliche, vorkriegsähnliche Politik der Deutschnationalen und die Zerfahrenheit der täglich wechselnden kommunistischen Taktik und schloß unter stürmischem Beifall mit der Aufforderung, am 25. Oktober sozialdemokratisch zu wählen. Genosse Haß behandelte die kommunalpolitischen Aufgaben, die der neuen Stadtverordnetenversammlung harren. Der Redner schilderte die drängenden wirtschaftlichen Probleme, die mit Lastrast und sozialem Verantwortungsgesühl in Angriff zu nehmen seien, und besandete seine Ausführungen mit dem Appell an die versammelten Wähler, am 25. Oktober aus Berlin eine Kommune des Volkes zu machen. Auch seine Ausführungen wurden mit stürmischem Beifall aufgenommen.

In Tempelhof sprach in einer namentlich von Kleingärtnern und Siedlern gut besuchten Versammlung Genosse Kreuziger über das bisherige Wirken und die künftigen Aufgaben der Sozialdemokratie im Berliner Rathaus. Er zeigte an treffenden Beispielen die verhängnisvollen Auswirkungen nationaler Privatinteressen in der üblichen Zusammenarbeit mit kurzschichtiger kommunistischer Demagogie. Genosse Ehardt behandelte die politische und wirtschaftliche Lage Deutschlands und das Verhalten der einzelnen Parteien zu den großen Fragen der äußeren und inneren Politik. Beide Redner fanden starken Beifall.

In der sehr gut besuchten Versammlung, die von der 48. Abteilung nach Siechings Festfalen einberufen war, sprach Genosse Litzke. Er kennzeichnete die Rechtsparteien, die genau wie in der großen Politik auch in der Kommunalpolitik gegen die wertende Bevölkerung gearbeitet haben. In allen entscheidenden Fragen haben diese Parteien die Unterstüßung der sich auf Arbeiterreiterei nennenden Kommunisten gefunden. Wenn die Berliner Bevölkerung will, daß in Zukunft eine erprobliche Kommunalpolitik in ihrem Sinne getrieben werden soll, muß sie dafür sorgen, daß am 25. Oktober vom Berliner Rathaus das Wahrgeschehen der Sozialdemokratie weht.

Wo findet der Auswanderer Rat und Hilfe? Personen, die sich zur Auswanderung entschlossen haben, finden Rat und Hilfe bei der Gemeinnützigen öffentlichen Auswandererberatungsstelle in Berlin W 10, Königin-Augusta-Strasse 19 (an der Potsdamer Brücke).

Die Verlegung des Finanzamt Gröschmader Straße nach Schönhauser Allee 10/11 behandelt eine Bekanntmachung des Präsidenten des Landesfinanzamts im Informativteil der vorliegenden Ausgabe.

Der erste Schnee.

Klingenthal, 14. Oktober. (W.F.) Aus den höher gelegenen Orten des Erzgebirges und des Vogtlandes, aus Reichenhain und Klingenthal werden Schneefälle gemeldet. Die Felder, in denen überall noch die Kartoffeln stehen, sind bereits von einer Schneedecke überzogen.

Schnee in Erfurt. Bei stürmischer kalter Bitterung herrschte in Erfurt am gestrigen Tage heftiger Schneefall.

Gerüstesturz in Hamm. Ein schwerer Unfall ereignete sich auf den Phönixwerken in Hamm. Bei dem Wiederaufbau der kürzlich niedergebrannten Verzinkerei brach ein Gerüst zusammen und stürzte sich und die Arbeiter in die Tiefe. Einer der Verunglückten ist seinen Verletzungen bereits erlegen. Die drei übrigen liegen mit schweren Arm-, Bein- und Schädelbrüchen im Krankenhaus darnieder.

Sport.

Rennen zu Mariendorf am Mittwoch, den 14. Oktober.

1. Rennen. 1. Good Boy (G. Grube), 2. Marie (Rauh Jun.), 3. Ulmar (Gedert). Toto: 58:10. Platz: 17, 27, 15:10. Ferner liefen: Flamingo, Dompstahl, Meister B., Tzzenz, Beda.
2. Rennen. 1. Frida Rogoman (Großmann), 2. Marico (E. Treuberg), 3. Herofrat (Gedert). Toto: 43:10. Platz: 19, 12, 14:10. Ferner liefen: Koppe, Erlich, L. Zutter, Ledemann, Eff.
3. Rennen. 1. Hatterole (H. Wills), 2. Frenckel (H. Grube), 3. Sempel (Rauh Jun.). Toto: 16:10. Platz: 14, 17, 21:10. Ferner liefen: Fenslon, Gables, Argowitz, Jolner B., Geshedel, Rumbina, Crassus, Gavein, Zell, Klud.
4. Rennen. 1. Euban (G. Wills), 2. Paula K. (W. Ringius), 3. Kapellmeister (Großmann). Toto: 13:10. Platz: 12, 25, 17:10. Ferner liefen: Kammerjäger, Gotta, Diagonale, Buchdrucker, Doris, Jora.
5. Rennen. 1. Gassenmühl (Buchmeister), 2. Edda (R. Schulz), 3. Jeffrey Jun. (W. Lemmer). Toto: 144:10. Platz: 24, 17, 43:10. Ferner liefen: Angriff, Feldmann, Grevicus, Weiss, Kaybach, Wiltsche, Wasserfall, Maribel, Cepal, Simplex, Deichring, Vertun, Altpohl, Tefca.
6. Rennen. 1. Colonel Kosmowia (G. Wills), 2. Dorilda (Rauh Jun.), 3. Feuertochter (Rauh Jun.). Toto: 16:10. Platz: 15, 16, 43:10. Ferner liefen: Kana vica, The Great Bidwell, Kitzsch, Fels, Stella Hart.
7. Rennen. 1. Fontaine (Weidner Jun.), 2. Stappell (F. Brandt), 3. Höhenonne (H. Sefohl). Toto: 30:10. Platz: 15, 27:10. Ferner liefen: Weinsca, Blumelke, Elie B. I., Lindel, Interessent, Flora Singen, Weisbach, Laura, Fürt.
8. Rennen. 1. Friedrich Weg (Eias), 2. Blamella (H. Wills), 3. Barilla D. (F. Schulz). Toto: 51:10. Platz: 21, 20, 27:10. Ferner liefen: Rorquentau, Kohlenberg, Ludwig, Baron Gädler, Denkmalze, Big Darling, Hellina, Retula, Hoffnung II.
9. Rennen. 1. Ocean Girl (G. Wills), 2. Maria (Vegghemsel), 3. Rangemann (H. Wills). Toto: 30:10. Platz: 21, 59, 15:10. Ferner liefen: Dichtung, Gladiolus I, Baron Trepantic, Lehner, Robikaner, Inge I, Schwarzmalmbel, Burmba, Wabern, Etschhäuserin, Terazzo, Semus.

Wetter für Berlin und Umgebung: Etwas Besserung, aber noch veränderlich. Temperaturen sehr niedrig. Nachts richtiger Frost. — Für Deutschland: Im Nordosten noch Niederschläge in Schauern, im übrigen Deutschland allmähliche Abnahme der Bewölkung. Welt der verbleibender Frost.

Auch Sonntags

zehn 50 Mark-Scheine für frohe Gesichter!



Herr X macht keinen Feiertag. Auch Sonntags ist er unterwegs, um frohe Delft-Raucher aufzustöbern und zehn von ihnen mit je einem Fünfzigmarkschein zu beglücken. Wir wollten das nur im Vorbeigehen gesagt haben. Wer nun am Sonntag von Herrn X angesprochen wird und keine Massary-Delft bei sich hat, ist für diese Fahrlässigkeit selbst verantwortlich!

Moderne Verkehrsgestaltung.

Eines der wesentlichsten Merkmale der fortschreitenden Rationalisierung des Verkehrswezens ist die Elektrifizierung der Eisenbahnen, der Uebergang vom Dampf- zum elektrischen Betrieb. Diese gewinnt allenthalben in der Welt schnell an Bedeutung. Demnachst soll in den Vereinigten Staaten ein entscheidender Fortschritt in dieser Beziehung geschehen. Die Leiter der bekanntesten Schweizer Elektrizitätsfirma Brown Boveri u. Co. und der Schweizerischen Lokomotivwerke befinden sich seit einigen Tagen in den Vereinigten Staaten, um mit mehreren großen Bahngesellschaften Elektrifizierungsprojekte zu beraten, die insgesamt einen Kapitalaufwand von fast einer Milliarde Mark erfordern.

Gleichzeitig bewerben sich eine englische und eine französisch-spanische Kapitalistengruppe um die Elektrifizierung der ungarischen Bahnen. Augenscheinlich hat die zweite Gruppe die meisten Aussichten, da sie bereits große Teile der ungarischen Elektrizitätswirtschaft beherrscht. Die dabei führende französische Vauclair-Gruppe hat kürzlich die Hydro-Elektrizitätswerke erworben, die die Umgebung der ungarischen Hauptstadt mit Strom versorgen. Außerdem ist es ihr gelungen, den ungarischen Trust für elektrische und Verkehrsunternehmungen unter ihren Einfluß zu bringen. Dieser Trust besitzt zahlreiche ungarische Elektrizitätswerke. Falls die französisch-spanische Gruppe den Elektrifizierungsauftrag tatsächlich erhalten sollte, würde sie auf Grund ihrer Vorerwerbungen die ungarische Elektrizitätswirtschaft größtenteils beherrschen.

Schließlich schwebt auch in Belgisch-Kongo ein großes Elektrifizierungsprojekt. Im vorigen Jahre hat der belgische Kolonialminister eine Kommission berufen, welche die Möglichkeit der Elektrifizierung der Kongoabahn prüfen sollte. Die Kongoabahn verbindet den Hafen Matadi mit dem Hauptort Leopoldville der Kolonie. Sie ist in ihrem jetzigen Zustande derart überlastet, daß neuerdings der Güterverkehr rationiert werden muß. Die Kommission hat die Möglichkeit der Elektrifizierung bejaht. Zur Stromgewinnung können die Kongofälle zwischen Ausgangs- und Endpunkt der Bahn benutzt werden.

Die Rationalisierung des Verkehrswezens betrifft natürlich nicht nur die Eisenbahnen. Sie wirkt sich auch in der Schifffahrt aus. Die Weltseefahrt befindet sich bekanntlich in einer schweren Krise. Seit Vorkriegszeiten hat das Fassungsvermögen der Weltflotte sehr stark zugenommen, während die Güterbewegung zur See geringer geworden ist. Große Teile der Weltflotte sind deshalb beschäftigungslos bzw. nur teilweise beschäftigt. Gegen alle Widerstände setzt sich trotzdem das Prinzip durch, die Ueberproduktion durch weitere Ueberproduktion zu überwinden. Das heißt, daß die kapitalstarken Schiffbauunternehmen neue Schiffe vorteilhafterer Konstruktion bauen lassen, um durch deren Konkurrenz die technisch rückständigen Schiffe abzudrängen. Indem man solcherart veraltete Produktionsmittel brachst und zum Abbruch zwingt, hofft man die Konkurrenz im ganzen zu vermindern. Die „Times“ behaupten, daß die modernen Schiffe eine solche Rationalisierung des Seeverkehrs herbeiführen werden, daß selbst die jetzigen niedrigen Frachttarife eine Rentabilität der in Schiffenbauten investierten Kapitalien gewährleisten.

Eine Verkehrsrationalisierung besonderer Art wird sich wahrscheinlich aus der Verbindung von Schifffahrt und Luftfahrt ergeben. In gewissen Grenzen bedeutete die in den letzten Jahrzehnten geschehene Beschleunigung der Schifffahrt bereits eine Verschwendung. Ein Schiff mit schnellerer als sonstigen normaler Geschwindigkeit fahren zu lassen, erfordert unproportional größere Aufwendungen an Betriebsmitteln, erfordert eine Beschränkung des Raumbereichs der Schiffe für Betriebszwecke. Infolgedessen stellt gerade der Betrieb der schnellen Schiffe durchaus keinen Fortschritt rationeller Methoden, sondern sogar das Gegenteil dar. Abgesehen von Risikoaspekten der verschiedenen Reedereien war für die immer weitere Beschleunigung der Schifffahrt in erster Linie das Bedürfnis des verhältnismäßig kleinen Prozentsatzes eiliger Reisender maßgebend. Von der Entwicklung des Uebermeer-Flugwesens erhofft man nun, daß sich die eiligen Reisenden dem neuen Verkehrsmittel zuwenden werden. Dann könnte die Geschwindigkeit der Seeschiffe auf das rationellste Maß zurückgeführt werden, was gleichzeitig eine Ersparnis wie auch eine Verbilligung des Reisens zur See ermöglichen würde.

Inzwischen scheint es, daß sich bestimmte Uebermeer-Flugprojekte der Ausführung nähern. Man spricht allen Ernstes von einer Luftverkehrslinie Lissabon-Buenos Aires. Aus einem Bericht von Dr. Perlewig-Hamburg im „Ibero-Amerikanischen Archiv“ ergibt sich, daß dieser zur Vorbereitung dieses Flugprojektes im vorigen Jahre eine meteorologische Studienreise nach Südamerika unternommen hat und in der Lage war, für die Luftfahrt auf dieser Strecke einen genauen Flugplan zu entwerfen. Zunächst soll sich dieser Verkehr auf die Beförderung von Post beschränken. Aber schon die regelmäßige Luftpostverbindung zwischen Europa und Südamerika würde den Geschäftsverkehr zwischen diesen Gebieten wesentlich vereinfachen und verbilligen.

Schließlich darf auch die Ausdehnung des Automobilverkehrs als ein Stück Rationalisierung des Verkehrswezens gemertet werden. Für die „Automobilisierung“ der Erde sind vorläufig immer noch die Zahlen der Vereinigten Staaten maßgebend. Dort waren am 1. Juli dieses Jahres 17 545 377 Automobile registriert, 2 108 407 mehr als am gleichen Tage des Vorjahres. Von einer Ueberfüllung des nordamerikanischen Automarktes kann also nicht gesprochen werden. Für die Automobilproduktion in den Vereinigten Staaten seien nur einige Zahlen gegeben.

Table with 2 columns: Production year, Stück (quantity). Rows: 1916 (159 600), 1920 (2 205 200), 1923 (4 013 700), 1924 (3 558 500), 1925 (1. Hälfte) (2 173 077).

Für das ganze Jahr 1925 erwartet man eine Automobilproduktion von 4 345 000 Stück, also eine Verdoppelung gegen das Jahr 1920.

Das Fiasko der Zinsenkung.

Die Absicht der Regierung Luther, die Kosten für Wirtschaftskredite zu senken, war dem Wunsch nach vielfach die ehrlichste von allen Preisentzugsabsichten, der Wirkung nach wäre sie die wichtigste gewesen. Denn die hohe Zinsspanne, die die privaten Banken sich gutschreiben, ist eine schwere Last für die Industrie. Darüber sind die Unternehmer einig, wo sie nur unter sich sind. Aber die von den Berliner Großbanken geführten deutschen Bankiers haben auf den bescheiden-demütigen Wink ihres Kanzlers zwar verbindlich lächelnd, aber ungewidert abgewinkt. Und dabei ist es geblieben.

So blieb dem Kanzler der großen Gassen und schämmen Laten auch hier nichts übrig, als so zu tun, als ob etwas geschehe oder geschehen wäre. Es blieb dabei, daß die öffentlichen

Russenvertrag und Ruskredit.

Die Hoffnung auf höhere Getreidepreise.

So erfreulich der Abschluß des deutsch-russischen Handelsvertrags für die wirtschaftliche Annäherung der beiden beteiligten Völker ist, so sehr muß man sich doch vor voreiligen Hoffnungen hüten. Die Bedeutung Rußlands für den deutschen Außenhandel ist gegenüber der Vorkriegszeit nicht nur deshalb zurückgegangen, weil die wirtschaftliche und politische Umwälzung in Rußland und Katastrophen wie Missernten nachteilig auf den Außenhandel wirkten. Vielmehr bleibt auch die Tatsache bestehen, daß ein großer Teil des deutschen Exportes nach Rußland vor dem Kriege nicht in das heutige Sowjetrußland ging, sondern in die jetzt von ihm abgetrennten neuen Staateengebilde. Die nachstehende graphische Uebersicht, zeigt das aufs Deutlichste.



Man erkennt, daß der größte Teil der deutschen Ausfuhr nach dem Osten in den Jahren 1923 und 1924 nach Polen und den Randstaaten ging, und daß der Anteil Sowjetrußlands sehr gering ist. Allerdings ist der Export nach Sowjetrußland während der beiden letzten Jahre von 75,8 auf 90,9 Millionen Mark angewachsen. Die Zahlen sind der deutschen Reichsamtslichen Statistik entnommen.

Gelder, das sind die auf längere Zeit verfügbaren Kassensüberschüsse der Finanzverwaltungen und der Reichspost, der Preussischen Seehandlung und wenigen anderen Kreditnehmern um etwa 1 Proz. billiger überlassen wurden. Der Staat, d. h. die Gesamtheit verzichtete also auf Zinsgewinne, die natürlich in geringeren Einnahmen der Finanzverwaltung und in geringeren Ueberschüssen der Reichsbetriebe sich äußern und in höhere Steuerbelastung sich verwandeln mußten, wenn die Zinsenkung nicht auch in der Industrie und Landwirtschaft weiterwirkte.

Groß konnte die Wirkung an sich nicht sein; dafür sind die Beiträge zu gering und die Basis ist zu groß, auf der sie wirken sollten. Bei der Preussischen Seehandlung, wo sich die Gelder in der Hauptsache sammelten, verwandelte sich das eine Prozent schon in ein Viertel Prozent, um das sie erstklassige Warenwechsel billiger hereinnahm. Auch diese kleine Ermäßigung der Kreditkosten kam wieder gerade nur denen zugute, die die Ermäßigung am wenigsten brauchen, den allerbesten und sichersten Firmen, denen die Großbanken quersprechen.

Wie nun festgestellt worden ist, hat die Seehandlung seit längerer Zeit überhaupt keine von den Banken mit ihrer Unterschrift versehenen Wechsel mehr angekauft, weil sie dafür kein Geld hatte, und nachdem sie wieder Geld hatte, diskontierte sie die Wechsel nicht wie versprochen zu 8%, sondern zum Reichsbankfuß von 9 Proz. oder bestenfalls zu 8 1/2 Proz. Wie das „Berliner Tageblatt“ hört, begründet die Seehandlung das damit, daß sie ihren Lombardsfuß um 1/2 Proz. ermäßigt habe, und daß dadurch die Zinsenkung für Wechsel nicht mehr möglich sei.

Das ist ein außerordentlich interessanter Tatbestand. Wie das „Berliner Tageblatt“ mit Recht hervorhebt, handelt es sich bei den Lombardsbüßen um Marktpreise für tägliches und Monatsgeld, die durch Angebot und Nachfrage reguliert werden. Die Seehandlung hat also die Lombardsbüße ermäßigen müssen, einfach weil sie eine mitkonkurrierende Bank ist. Die Sentung der Einnahmen, die ihr daraus erwächst, trägt sie aber nicht selbst, sondern schlägt sie durch die Befestigung der 1/2prozentigen Zinsenkung auf die mit öffentlichen Geldern angekauften Wechsel.

Nun ist die Seehandlung als Bank entweder dazu gezwungen. Sie muß ja auch Gewinne machen, um die vorjährigen Verluste gutzumachen. Dann braucht die Seehandlung die Zinsen auf, auf die die Staatsverwaltungen und die Reichsbetriebe zu Zwecken der Kreditverbilligung für die Wirtschaft verzichtet haben, und die „Zinsverbilligung“ der öffentlichen Gelder war überflüssig. Oder die Seehandlung hätte es als Bank nicht nötig, sie dürfte es auch nicht nachdem sie die Zinsermäßigung fest zugesagt hatte, dann durchkreuzt die Seehandlung die Zinsenkungsaktion der Reichsregierung.

In jedem Falle ist damit auch das Wenige an Kreditverbilligung, das die Luther-Regierung zu schaffen fähig schien, ein Fiasko. Wie es auch sei, es erweist sich auch für die zentrale Frage des Zinsmonopols der Privatbanken, daß ihr mit Regierungsmaß-

Nach dem neuen Kreditabschluß soll allein in den nächsten Monaten für 100 Millionen Mark Ware nach Rußland ausgeführt werden — wenn die Russen auch wirklich kaufen.

Als wir in einer kurzen Würdigung des Russenvertrages darauf hinwiesen, daß der 75-Millionen-Kredit der deutschen Banken es den Russen ermöglichen soll, ihre Getreideexporte zurückzuhalten, bis am Weltmarkt bessere Getreidepreise eingetreten sind, da verließ die „Rote Fahne“ in die von Rostow vorgeschriebenen Schreitritte und erklärte das für eine „Vorwärts“-Hege. Nun kann man zwar einem kommunistischen Redakteur das Maul verbinden, nicht aber einem amtlichen Organ der russischen Handelsvertretung. Denn im Gegensatz zu der Aufregung der „Roten Fahne“ erklärte der Leiter der Handelsvertretung der U.S.S.R. A. Begg, einem Vertreter des Eilendienst Osteuropa folgendes:

Das Kreditabkommen mit dem unter Führung der Deutschen Bank stehenden Bankensortium ist unfererseits durch die Konjunktur auf dem Getreidemarkt begründet, die in diesem Jahr ein sehr eigenartiges Bild bietet und noch nicht völlig geklärt ist. Die Verhältnisse auf dem internationalen Getreidemarkt zwingen uns, das Getreide vor der Hand zurückzuhalten. Zweck des Kreditabkommens ist es, die Kontinuität unserer Importoperationen trotz der zeitweiligen absichtlichen Verringerung unseres Getreideexportes in gewissem Grade zu sichern. Die Kurzfristigkeit des uns gewährten Kredites bietet allerdings der völligen Ausnutzung des Kredites gewisse Schwierigkeiten. Wir sind jedoch nach einer Abhaltung einer Reihe von Konferenzen entschlossen, den Kredit nach Möglichkeit voll und ganz auszunutzen, wobei wir damit rechnen, daß diesem ersten Abkommen andere für uns leichter auszunutzende folgen werden.

Rußland hält also seine Getreideausfuhr zurück und steigert damit die Weltmarktpreise. Das aber ist es, was die deutschen Agrarier wünschen und deshalb haben wir die Kreditaktion als eine Stützungsaktion für die deutschen Agrarier bezeichnet — wie man sieht, selbst nach russischem Urteil zu Recht.

Aber man braucht sich nicht einmal auf die Worte des russischen Handelsvertreters zu berufen, Berichte vom internationalen Getreidemarkt wissen nämlich zu melden, daß die Befestigung an der Chicagoer Getreidebörse zum großen Teil auf die plötzliche Wendung an der Berliner Börse zurückzuführen ist, wozu die Nachrichten über russische Rückkäufe bereits nach England verschifften Getreides beitrugen. Die eigenliche Exporttätigkeit Rußlands hat tatsächlich in der abgelaufenen Woche sehr nachgelassen.

Die „Rote Fahne“, die ihren Lesern derartige Berichte gesellschaftlich verschweigt, will nun den Anschein erwecken, als ob nur die Höhe und die Einfuhrscheine die inländischen Getreidepreise in die Höhe trieben. Sie tut das wider besseres Wissen. Denn sie weiß genau so wie wir, daß der Weltmarktpreis von den Polen unabhängig bleibt, daß dieser zunächst den inländischen Preis bestimmt, und daß zu ihm noch obendrein die Zollprämie als Aufschlag hinzukommt. Wenn also jetzt die Weltmarktpreise für Getreide durch den Ruskredit in die Höhe getrieben werden, so hat das zunächst mit den Polen gar nichts zu tun, denn diese wirken bei hohen und bei niedrigen Weltmarktpreisen.

Dann aber werden eben die Kredite an Rußland zur Stützungsaktion für die deutschen Agrarier, das ist eine Nebenwirkung, die den deutschen Kommunisten unangenehm sein mag als ihren Rostauer Brüdern, die zu leugnen jedoch zwecklos und überflüssig ist.

nahmen und mit Zinsverzichten von Staatsstellen ebensowenig beizukommen ist wie der Preislawine, die das wirtschaftspolitische Pfluchwerk des Zolltarifs und die lädenlose Kartellherrschaft der Industrie zur Ursache hat. Wie hier nur die schleunigste Korrektur der begangenen Fehler helfen kann, die die lädenlose Kartellmauer der Industrie selbst zum Einsturz bringt, so kann gegen den Zinswucher der Bankartelle nur die Aufhebung der Kreditrationierung und eine vorübergehende aber ausreichende Diskonterhöhung der Reichsbank helfen. Man muß nur nach wie vor die sorgenvolle Hoffnung aussprechen, daß es damit nicht so lange dauern möge, bis es wieder einmal zu spät ist.

Die Zinsfrage für öffentliche Gelder der Kommunen und Kommunalverbände, die Kommunen und Kommunalverbände sind übereingekommen, bei der Ausleihung ihrer verfügbaren Gelder an die mit der Weitergabe betrauten Girozentralen und Sparkassen bis auf weiteres keinen höheren Zinsfuß zu fordern als 7 1/2 Proz., mit der Maßgabe, daß diese Institute sich verpflichten, diese Gelder im kommunalen Kreditverkehr im Durchschnitt mit keinem höheren Zinsfuß als 1 Proz. über dem Satz von 7 1/2 Proz. weiter zu geben und in ihrem gesamten Geschäftsverkehr die Zinsmarge auf einen möglichst niedrigen Satz zu beschränken. Soweit sie, Kommunen oder Kommunalverbände verbilligte Kredite an private Banken geben, sind sie zu verpflichten, die Zinsermäßigung ihrem Kundenkreis voll zu gute kommen zu lassen, widrigenfalls der Kredit sofort fällig wird. Diese Vereinbarung erstreckt sich nur auf Termingelder, nicht aber auf tägliche Gelder.

Die neue große Auslandsanleihe des Kassendiskonts. Zu den Anleiheverhandlungen des Kassendiskonts mit Amerika erfährt die „Konjunktur-Korrespondenz“, daß es sich hierbei um einen Betrag handelt, der sich vermutlich in der Höhe von 50 Millionen Dollar oder etwas mehr bewegt. Der Zweck dieser Anleihe ist, in erster Linie das Handelsgeschäft zu finanzieren und hier wiederum das Exportgeschäft, das recht gute Erfolge bis jetzt gezeitigt hat, noch zu verstärken. Die aufgenommenen Gelder sollen dazu dienen, dem Kassendiskont einen Fonds zu verschaffen, aus dem es seinen Abnehmern bei dem Bezuge von Koll seinerseits möglichst langfristige Kredite geben kann.

Scharfer Konkurrenzkampf in der Rheinschifffahrt. In der Rheinschifffahrt ist ein scharfer Konkurrenzkampf ausgebrochen. Der größte Teil der Steinkohlenverfrachtung nach Holland wird schon jetzt von der Steinkohlenhandelsvereinigung in Rotterdam kontrolliert, die eine Tochtergesellschaft des Rheinisch-Westfälischen Kohlendiskonts ist. Nun verhandelt die Rotterdamer Firma mit Schiffseigentümern über den Erwerb von Frachtschiffen und Schiffen mit einem Gesamtinhalt von 400000 Tonnen. Der Ankauf soll zum Preise von 18 bis 20 Millionen Gulden erfolgen. Gegen diese Monopolisierung der Rheinschifffahrt durch das Kohlendiskont lehnen sich die am Rheinhandel interessierten Reedereien auf und sie haben sich zu einer Arbeitsgemeinschaft für das Frachtgeschäft nach Holland zusammengeschlossen. Das Ende des interessanten Kampfes um die Monopolisierung in der Rheinschifffahrt läßt sich natürlich nicht voraussagen, obwohl die größere Kapitalkraft fraglos bei der Diskontgesellschaft und nicht bei den freien Reedereien liegt.

Rechtsparteien und Beamte.

Wo steht das Hindernis?

Von Willy Steintopf.

Die Rechtspresse hat einen neuen Kniff. Die sozialdemokratischen preussischen Minister sind über Nacht zu deutschnationalen und völksparteilichen Kronzeugen geworden, weil der demokratische preussische Finanzminister Herr Höpfer-Kischoff im Haushaltsausschuss des Landtages erklärt hat, daß „zurzeit kein Weg vorhanden ist, um den Forderungen der Beamten nachzukommen“.

Wir hoben auch keinen Anlaß, von unseren Genossen Braun und Severing abzurufen, oder unsere Kritik an der Haltung der Reichsregierung preiszugeben, wie die Rechtspresse dies gern möchte, weil zwischen der Haltung unserer Landtagsfraktion und der Stellungnahme unserer Minister im preussischen Kabinett in dieser Frage scheinbar ein Widerspruch zu getreten ist.

Was die Besoldungsfrage angeht, so steht die Sozialdemokratie nach wie vor auf dem Standpunkt, daß die Wünsche der Beamten berechtigt sind und erfüllt werden müssen. Dies um so mehr, als es sich lediglich darum handelt, die ärgste Not der unteren Gruppen zu lindern, die durch die Zoll- und Steuerpolitik der deutschnationalen Reichsregierung noch vergrößert worden ist.

Im übrigen ist die Stellungnahme der Länder in der Besoldungsfrage von sekundärer Bedeutung. Wie auch die Herren der Rechten wissen, besteht nach wie vor das Besoldungssperregesetz, dessen Leben ja gerade sie verlängert haben. Den Ländern wäre es also, selbst wenn sie Beschlüsse zugunsten der Beamten fassen, einfach ein Ding der Unmöglichkeit, diese in die Tat umzusetzen, sobald der Reichsfinanzminister „nein“ sagt.

Das Mandat, das jetzt aufgeführt werden soll, ist also zu durchsichtig, als daß es verstanden könnte. Die Biedermänner auf der Rechten versuchen die Dinge zu verschieben, den Beamten wird dabei wieder einmal die Rolle der Dummen zugemutet.

Wenn der deutschnationale Reichsfinanzminister die noch immer bestehende finanzielle Abhängigkeit der Länder benutzt, um von ihnen unter schärfstem finanziellen Druck die Stützung seiner Weigerung zu erzwängen, so bedeutet dies auch nicht die geringste Abschwächung seiner Verantwortlichkeit für das Fortbestehen des Glanzes in den unteren Beamtengruppen.

Wenn man aber den Zweck dieser Behandlung der unteren Beamten durch die Rechtsparteien ganz klar erkennen will, so braucht man sich nur ihrer Stellungnahme zu erinnern, als es hieß, den Offizieren höhere Pensionen zu bewilligen, als diesen nach ihrem Rang zuzukommen, und die Pensionierungen zugunsten der pensionierten oder abgebauten hohen Beamten und Offiziere fallen zu lassen, auch wenn sie noch über ein großes Arbeitseinkommen verfügen.

Bekanntmachung.

Das Finanzamt Charlottenburger Straße — unweit Alexanderstraße 48 — wird am 12. und 13. Oktober nach Schluß der Arbeit die Bücher der Steuerbescheide 412 und 413 der Finanzämter, die Buchführungsbücher, die Dienstbücher für Lohnsteuer, Steuerbescheide und verbriefte Umgehungen und der Gewerbesteuerbescheide jedoch erst am 20. und 21. Oktober 1925 nach Schluß der Arbeit 1924 über. An den Umgehungen bleiben die vom Umzug betroffenen Dienstbücher geschlossen.

Meinung der Rechtsparteien vereinbar, daß den Beamten der unteren Gruppen, die ebenso wie jeder ehrliche Arbeiter bei einem anerkannten Verdienst und sehr langer Dienstzeit im Produktionsprozeß stehen und im Schweiß ihres Angesichts den Hunger mit ihrem Speichel hinunterschlucken müssen, ihre Lage erleichtert wird.

Wähler-Kundgebungen

heute, Donnerstag, 15. Oktober, 7 1/2 Uhr abends:

Friedrichshagen (34. Wkt.): Commehusstraße, Remeler Str. 67. Halensee: 8 Uhr, Klarstraße, Johann-Georg-Straße 20. Tempelhof: Aula, Realgymnasium, Kaiserin-Augusta-Straße. Biesdorf: 8 Uhr, Barisch, Dorfstraße. Heinersdorf: Lude, Kaiser-Wilhelm-Straße. Redner: Dittmer, Dr. Kawerau, Klotz, Marie Kunert, Lempert, Oppel, Rohde.

Freitag, den 16. Oktober, 7 1/2 Uhr abends:

Prenzlauer Berg: Ledigenheim, Pappelallee 15. Schönberg-Friedenau: Bürgeraal, Friedenau, Rathaus am Vauterplatz. Steglitz: Gymnasium, Heesestraße. Spandau: Restaurant Markthalle, Bichelsdorfer Straße. Lichtenberg: Anabennittelstraße, Marktstraße. Mahlsdorf: Restaurant Nordstern, Hönower Straße. Redner: Wd. Hoffmann, Gertrud Hanna, Otfried Köhler, Lempert, Leimbach, Peters, Reimann, Rosemann, Stellung, Wendt.

Tagesordnung:

Warum muß Berlin am 25. Oktober sozialdemokratisch wählen?

Frauenkundgebung

heute, Donnerstag, 15. Oktober, 7 1/2 Uhr abends:

Friedrichshagen: Schröders Gesellschaftshaus, Friedrichstr. 137. Rednerin: Frau Margarete Kell.

Bunter Abend am Freitag, den 16. Oktober,

abends 7 Uhr, in den Müllersälen, Kaiser-Wilhelm-Straße. Gesang, Reitationen, Volkstänze. Ansprache Clara Bohmschuch, M. d. R.

Aus der Partei.

Die Arbeiterpartei Japans

wird Mitte Oktober ihre Gründungsversammlung abhalten und dabei sofort Stellung nehmen zu dem Entwurf eines Parteiprogramms. Die Hauptpunkte dieses Programms sind:

- Politik: 1. Allgemeines Wahlrecht für Männer und Frauen über 18 Jahre; 2. Abschaffung des Herrenhauses, des Geheimen Rates (beratendes Organ des Kaisers), des Generalsstabes und des Admiralsstabes; 3. Abschaffung der Unterdrückungsgehalte gegen die Arbeiterbewegung. Militär: 1. Einjähriger Militärdienst; 2. Bessere Behandlung der Soldaten in den Kasernen; 3. Bessere Unterstützung für Verwundete und Hinterbliebene; 4. Abschaffung der Gendarmen. Wirtschaft: 1. Gemeinsame Kontrolle des Grundbesitzes durch die Pächter (Arbeiter); 2. Rationalisierung der Zentralbank. Arbeit: 1. Achtstundentag; 2. Festschreibung von Minimallöhnen; 3. Sicherung des Koalitionsrechtes; 4. Abschaffung des Lehrburschensystems. Sozialpolitik: 1. Abschaffung der Verbrauchssteuer für wichtige Lebensmittel; 2. Einführung der Kapitalertragssteuer und der Luxussteuer; 3. Bessere Gesundheitspolitik; 4. Arbeitslosenversicherung durch den Staat. Schulwesen: 1. Vollige Gleichberechtigung der beiden Geschlechter; 2. Staatliche Unterstützung für arme Kinder. Auswärtige Politik: 1. Abschaffung der geheimen Diplomatie; 2. Abkehr von jeder imperialistischen Politik.

Ramsay MacDonalds Kontinentreise. Genosse Ramsay MacDonald hat begleitet von Lord Arnold, seine Rundreise durch Deutsch-Oesterreich, Deutschland, die Tschechoslowakei und Belgien angetreten. Er erklärte, daß seine Reise nicht den geringsten politischen Hintergrund habe, sondern ausschließlich privater Art sei.

Die deutsche Sozialdemokratie in der Tschechoslowakei hat wegen der Mitte November erfolgenden Wahl der Häuser des Parlaments den Parteitag auf den Sonnabend und Sonntag dieser Woche vorderlegt; er tagt in Kuffig a. d. Elbe.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Stellenanzeigen für diese Rubrik hat West's 6 W. 68. Hindenburgstr. 2. Hets an des Parteisekretariats 2. Ost, 2. Trepp. rechts, zu richten

- 3. Kreis Wedding. Freitag, den 16. Oktober, nachmittags 3 Uhr, Ordnersversammlung an bekannter Stelle. 11. Kreis Schöneberg-Friedenau. Sonnabend, den 17. Oktober, nachmittags von 2-4 Uhr in der Spedition Köppler Str. 77 Bismarckstr. und Uferstraße abhalten — Am Dienstag, den 20. Oktober, 7 1/2 Uhr, Sitzung des Wahlkampfes bei König, Kurze, Ecke Prinz-Heinz-Straße.

Morgen, Freitag, den 16. Oktober:

- 27. Wkt. Die Genossinnen und Genossen beteiligen sich an der öffentlichen Versammlung im Ledigenheim Pappelallee 15. 28. Wkt. 8 Uhr bei Barisch, Reichenstr. 68, Funktionärsversammlung. — Die Beiratsführer finden sich bereits um 7 Uhr ein. 30. Wkt. Schöneberg. Die Mitglieder nehmen an der öffentlichen Versammlung bei 60 und 61. Wkt. im Pappelallee, Rathaus Friedenau, teil. 101. und 102. Wkt. Tempelhof-Charlottenburg. Öffentliche Kundgebung: 7 1/2 Uhr. — Vorführung militärischer Filme in der Revolver-Steinwerkzeugfabrik „Die Hammer des Meeres“. (Man hat berichtet von einer Zerschlagung aus auf dem Reichshofen hochhohler: Tolperts, Holz, Schiffbauern usw.) — Naturstudien aus dem deutschen Reich. 1. Teil: Schöneberg, 2. Teil: Bismarckstr. Karten zu 50 Pf. in der Spedition Köppler, Bismarckstr. 77, und an der Abendkasse. 118. Wkt. Genua. 8 Uhr bei Werner, Rosenfelder Str. 108. Mitgliederversammlung, Bohlenstr. 108 und Einleitung. 127. Wkt. Bismarckstr. 77. 7 1/2 Uhr in der Schule Freiwalders Str. 5-6 Mitgliederversammlung. Vortrag über „Die Stabilitätskrisen“. Referent: Genosse Schenckelmann.

Jugendtagungen. Gruppe Friedrichshagen: Donnerstag, den 15. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, im Jugendheim Tietzer Str. 4. Vorträge: 6. Mädchenklub. 1. Gruppe Wedding: 1. Abends 8 Uhr im Jugendheim Köppler Str. 77. Fortsetzung des Referats über „Das Wesen und die verschiedenen Formen der Arbeit“. Referent: Genosse Gaisman. — Gruppe Prenzlauer Berg: Abends 8 Uhr im Jugendheim Danziger Str. 60 (Borsdorf). Vortrag: „Eidgenossenschaft“. Referent: Genosse Otto Koch. — Gruppe Schöneberg: Freitag, den 16. Oktober, abends 8 Uhr, im Jugendheim Wilmersdorfer Str. 11. Vortrag: 1. Arbeitsgemeinschaften: „Die Anfänge der Renaissance“.

Frauenveranstaltungen:

Wkt. 126. Mahlsdorf-Süd. Freitag, den 16. Oktober, 8 Uhr, Frauenabend. 137. Wkt. Reinickendorf-West. Donnerstag, den 15. Oktober, 7 1/2 Uhr, im Volkshaus Schwanenbühlstraße, Vortrag der Genossin Billeberg über „Die Stabilitätskrisen“.

Veterschonen, Rebersdorf und Vosselberg. Sonnabend, den 17. Oktober, 8 Uhr, Mitbestimmungsversammlung im Volkshaus Veterschonen. Vortrag: 1. Vortrag des Genossen Adolf Hoffmann über „Die Aufkommen der Organismen“. 2. Diskussion. 3. Bericht über „Was ist Sozialismus und Völkisches Erbe“ des Vorstandes des Wahlkampfes Veterschonen.

Stadt-Tempelhof (ehemaliger Unternehmer). Heute, Donnerstag, den 15. Oktober, 7 1/2 Uhr, im Volkshaus bei Rebersdorf Str. 13-14, Frauenversammlung. Referent: Genosse Stabitz Prühl.

Jugendveranstaltungen.

Wichtigste Veranstaltung: Geht die Raucher-Rennsportkommission ab. Profitorische Festschule am Sonntag, den 8. November, im Großen Schauspielhaus, nachmittags 11 Uhr. Karten sind zu haben im Jugendsekretariat.

Heute, Donnerstag, den 15. Oktober, abends 7 1/2 Uhr:

Gründungsversammlung: Schule GutsMuths Str. 2, Pflanzungsbühl. — Vorträge: Schule GutsMuths Str. 2, Pflanzungsbühl. — Vorträge: Schule GutsMuths Str. 2, Pflanzungsbühl. — Vorträge: Schule GutsMuths Str. 2, Pflanzungsbühl. — Vorträge: Schule GutsMuths Str. 2, Pflanzungsbühl.

Verbreitung Oberlandes im Jugendheim. Straße am Kollnberg 117. — Verbreitung Oberlandes im Jugendheim. Straße am Kollnberg 117. — Verbreitung Oberlandes im Jugendheim. Straße am Kollnberg 117.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“.

Veranstaltungen in Berlin. 14. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, im Volkshaus Schwanenbühlstraße. — 15. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, im Volkshaus Schwanenbühlstraße. — 16. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, im Volkshaus Schwanenbühlstraße. — 17. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, im Volkshaus Schwanenbühlstraße. — 18. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, im Volkshaus Schwanenbühlstraße. — 19. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, im Volkshaus Schwanenbühlstraße. — 20. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, im Volkshaus Schwanenbühlstraße.

Wichtigste Veranstaltung: Geht die Raucher-Rennsportkommission ab. Profitorische Festschule am Sonntag, den 8. November, im Großen Schauspielhaus, nachmittags 11 Uhr. Karten sind zu haben im Jugendsekretariat.

Verbreitung Oberlandes im Jugendheim. Straße am Kollnberg 117. — Verbreitung Oberlandes im Jugendheim. Straße am Kollnberg 117. — Verbreitung Oberlandes im Jugendheim. Straße am Kollnberg 117.

Verbreitung Oberlandes im Jugendheim. Straße am Kollnberg 117. — Verbreitung Oberlandes im Jugendheim. Straße am Kollnberg 117. — Verbreitung Oberlandes im Jugendheim. Straße am Kollnberg 117.

Verbreitung Oberlandes im Jugendheim. Straße am Kollnberg 117. — Verbreitung Oberlandes im Jugendheim. Straße am Kollnberg 117. — Verbreitung Oberlandes im Jugendheim. Straße am Kollnberg 117.

Verbreitung Oberlandes im Jugendheim. Straße am Kollnberg 117. — Verbreitung Oberlandes im Jugendheim. Straße am Kollnberg 117. — Verbreitung Oberlandes im Jugendheim. Straße am Kollnberg 117.

Verbreitung Oberlandes im Jugendheim. Straße am Kollnberg 117. — Verbreitung Oberlandes im Jugendheim. Straße am Kollnberg 117. — Verbreitung Oberlandes im Jugendheim. Straße am Kollnberg 117.

Verbreitung Oberlandes im Jugendheim. Straße am Kollnberg 117. — Verbreitung Oberlandes im Jugendheim. Straße am Kollnberg 117. — Verbreitung Oberlandes im Jugendheim. Straße am Kollnberg 117.

Verbreitung Oberlandes im Jugendheim. Straße am Kollnberg 117. — Verbreitung Oberlandes im Jugendheim. Straße am Kollnberg 117. — Verbreitung Oberlandes im Jugendheim. Straße am Kollnberg 117.

Verbreitung Oberlandes im Jugendheim. Straße am Kollnberg 117. — Verbreitung Oberlandes im Jugendheim. Straße am Kollnberg 117. — Verbreitung Oberlandes im Jugendheim. Straße am Kollnberg 117.

Verbreitung Oberlandes im Jugendheim. Straße am Kollnberg 117. — Verbreitung Oberlandes im Jugendheim. Straße am Kollnberg 117. — Verbreitung Oberlandes im Jugendheim. Straße am Kollnberg 117.

Verbreitung Oberlandes im Jugendheim. Straße am Kollnberg 117. — Verbreitung Oberlandes im Jugendheim. Straße am Kollnberg 117. — Verbreitung Oberlandes im Jugendheim. Straße am Kollnberg 117.

Verbreitung Oberlandes im Jugendheim. Straße am Kollnberg 117. — Verbreitung Oberlandes im Jugendheim. Straße am Kollnberg 117. — Verbreitung Oberlandes im Jugendheim. Straße am Kollnberg 117.

Verbreitung Oberlandes im Jugendheim. Straße am Kollnberg 117. — Verbreitung Oberlandes im Jugendheim. Straße am Kollnberg 117. — Verbreitung Oberlandes im Jugendheim. Straße am Kollnberg 117.

Verbreitung Oberlandes im Jugendheim. Straße am Kollnberg 117. — Verbreitung Oberlandes im Jugendheim. Straße am Kollnberg 117. — Verbreitung Oberlandes im Jugendheim. Straße am Kollnberg 117.

Verbreitung Oberlandes im Jugendheim. Straße am Kollnberg 117. — Verbreitung Oberlandes im Jugendheim. Straße am Kollnberg 117. — Verbreitung Oberlandes im Jugendheim. Straße am Kollnberg 117.

Verbreitung Oberlandes im Jugendheim. Straße am Kollnberg 117. — Verbreitung Oberlandes im Jugendheim. Straße am Kollnberg 117. — Verbreitung Oberlandes im Jugendheim. Straße am Kollnberg 117.

Verbreitung Oberlandes im Jugendheim. Straße am Kollnberg 117. — Verbreitung Oberlandes im Jugendheim. Straße am Kollnberg 117. — Verbreitung Oberlandes im Jugendheim. Straße am Kollnberg 117.

Verbreitung Oberlandes im Jugendheim. Straße am Kollnberg 117. — Verbreitung Oberlandes im Jugendheim. Straße am Kollnberg 117. — Verbreitung Oberlandes im Jugendheim. Straße am Kollnberg 117.

Selbstgebackener Kuchen

steht sehr hoch im Nährwert! Die besten Nahrungsmittel, wie Butter, Zucker, Eier, Milch, Mehl usw. sind in ihm vereinigt und durch Dr. Oetker's Backpulver „Backin“ zu einem lockeren, aromatisch u. leicht verdaulichen Ganzen geformt. Diese Tatsache sollte niemand unterschätzen.

Machen Sie einen Versuch mit:

Dr. Oetker's Rodonkuchen

Zutaten:	
500 g Mehl	1 Päckchen Dr. Oetker's Backpulver „Backin“
200 g Butter	150 g Rosinen
200 g Zucker	1 1/2 g Korinthen
1/2 l Milch	1/2 Päckchen Dr. Oetker's Vanillin-Zucker
3 Eier, das Weiße zu Schnee geschlagen	Salz nach Geschmack

Zubereitung: Die Butter rühre schaumig, gib Zucker, Vanillin-Zucker, Eiweiß Mehl dieses mit dem Backin gemischt, Milch hinzu und zuletzt die Rosinen, Korinthen, Salz und den Eierschnee. Fülle die Masse in die gezeichnete Form und backe den Kuchen 1 bis 1 1/2 Stunden.

In den Berliner Hausfrauen-Vereinen kommt nur Dr. Oetker's Backpulver „Backin“ zur Verwendung.

Verlangen Sie vollständiger Rezeptbücher kostenlos in den Geschäften, wenn vergriffen, umsonst und portofrei von:

Dr. A. Oetker, Bielefeld

Theodor Hofemann.

(† 15. Oktober 1875.)

Zur Erinnerung an den Chronisten Alt-Berlins.

Eine alte Familientradition besagt, daß Hofemann und Menzel eine Zeitslang das Atelier geteilt hätten. Es spricht nichts dagegen: die Art ihrer Anfänge, ihre lithographischen Vorkursjahre, die vorzügliche Gedächtnisgraphik beider, die bisweilen zum Verwechseln ähnlich ist, paart die fast Gleichaltrigen in den dreißiger Jahren wie Brüder. (Hofemann ist 1807 in Brandenburg a. d. H., Menzel 1815 in Breslau geboren.)

Aber in späteren Jahren stieg Menzels Stern gewaltig hoch und hat schließlich das bescheidene Lämpchen Hofemanns fast bis zum Vergessenwerden verdunkelt. Er war halt nur ein Illustrator und Genremaler Berliner Kleinlebens.

Es gibt aber heute schon Leute, denen das großartige Wesen des Fridericusmalers und Historienzeichners Adolf von Menzel auf die Nerven geht, und diese finden, daß man Hofemann sehr zu unrecht vernachlässigt hat. Eine Ehrenrettung war das schöne und sorgfältige Buch Bothar Briegers (1920 im Delpf-Verlag). Der fünfzigste Todestag des Alt-Berliner Meisters kommt uns sehr gelegen, die Bilanz seiner Taten und seiner Zeit zu ziehen.

Nein: nicht mit Menzel, sondern mit Heinrich Jille wollen wir Hofemann in Gedanken zusammensetzen. Vielleicht hat Jille der Gnade noch den alten Herrn in seinen letzten Lebensjahren mal gesehen. Sein geistiger Erbe ist er gewiß; nicht bloß, weil sie beide so bescheiden als Lehrlinge in lithographischen Anstalten angefangen haben, und weil sie ihre Lieblinge aus den untersten Volksschichten meist in schlichten Illustrationen und Einzelblättern geschildert haben. Sondern weil sie beide aus innerster Herzensneigung und treu nach dem Leben die sozialen Chronisten ihrer Zeit geworden sind.

Aber da ergeben sich schon Differenzen. Sie liegen weniger im Wesen der Künstler, als ihrer Zeit. In Hofemanns Jugend und besten Jahren gab es noch keinen Sozialismus, gab es in Berlin überhaupt noch keinen eigentlichen Arbeiterstand. Was er vorfand und was ihm ans Herz gewachsen ist, der vierte Stand der Biedermeierzeit (aus den dreißiger und vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts), das waren die unteren Schichten der Kleinbürger. Da gibt es Hausmeister und ihre Töchter, Schusterjungen, Bedarbeiter (und was für Prachtfiguren: die „Rehberger“ mit ihrer ungezähmten Kobberschnauze), Köchinnen und Straßenmusikanten. Man sieht, es ist mancherlei da, was auch unserm Meister Jille beglückt. Aber eines fehlt: Die soziale Einstellung zu den Untertanen.

Und dies ist das Entscheidende und ein Unterschied zweier Jahrhunderte. Hofemann konnte noch nicht daran denken, seinen vierten Stand als Anlage gegen die Gesellschaft hinzustellen, durch treue Biedermeier seiner Existenz. Bei ihm, der aus ähnlichen Verhältnissen kam und sein Lebenslang ums tägliche Brot kämpfen mußte, war jeder Gedanke auch an die leiseste Opposition ausgeschlossen. Wir sehen in manchen seiner ergreifenden Illustrationen die lautlose Klage der Kreatur hinein, die bei Hofemann gibt es aber nur Kleinbürgerhumor und kleinbürgerlichen Humor, mit dem das Leben dieser, so unforgbar drängten und sorglichen Seelen umhüllt und beinahe „vergoldet“ wird.

Soziales Pathos lag Hofemann nicht nur deshalb fern, weil es seiner Zeit unbekannt war; er hatte auch eine viel zu skeptische Seele, um an der Gesellschaft Kritik zu üben. Selbstamer Widerspruch: aus Skepsis war er kritisch. Aber dies ist sich ganz einfach: was gegen eine sehr gegründete und tiefstimmere Abneigung besah, war ein ganz anderes Zeitübel: war die romantische Sentimentalität der zeitgenössischen Bourgeoisie. War das geschwollene Pathos jener Düsseldorf-er Historienkunst, die wie eine Pest ganz Deutschland mit „gemalten Unglücksfällen“ überschwemmte und mit Unwohlfühligkeit vergiftete.

Von hier aus wird sein Verdienst klarer. Seine Reinerung erst revolutionär. Es war schon viel, daß ein kleiner lediger Lithograph in Berlin es wagte, das Volk bei seiner Arbeit und seinem Pflichten zu schildern, daß er sich weigerte, die Großen der Gesellschaft und die Geschwollenen der Geschichte darzustellen, wie alle Maler, die es zu etwas bringen wollten.

Bis an sein Lebensende blieb Hofemann der Zeichner und Maler der kleinen Leute. Er erlebte das Dasein aus der Perspektive des Kellerfensters und der Berliner Delfille, und das ist ihm letzten Endes doch immer wieder mit Jille. Diese Handwerker, die „schönen Maurer“, diese geistigen Sonntagsspieler, Sonntagsgänger und Sonntagstänzer sind seine Welt, er war als Künstler einer der ihnen; und am besten ist er immer da, wo er, mit einem ganz leisen Stich ins Ironische, das Beengte und Besorgene ihrer Existenz mitzuschwingen läßt. Er vermeidet durchaus, das Leiden des Proletariats fühlen zu lassen, wie es die größeren französischen Brüder, wie es Daumier und Gavarni vermachten. Ihm ist die biedermeierliche Auffassung eigen, die optimistisch gutherzig, was sie schildert, weil, nach Goethe, nur einmal, wie es auch sei, das Leben, es ist gut.“ Das ist Hofemanns Zeitbedingtheit.

Dr. Paul J. Schmidt.

Der Blinde.

Von Jaroslav Hulla.

II.

Dann kamen sie eines Tages vermittelt ihrer Blindheit mit Nachbars Franz zusammen. Es war auf einer Bank im Park.

Sie sprach: „Ich heiße Anna Wrasel.“

Er sagte: „Ich heiße Anton Wera, Kriegsblinder.“

Es klang, als ob er einen Beruf mitteilen würde.

Doch reichten sie einander nicht die Hände. Der Raum der Blindheit war ein unendlicher.

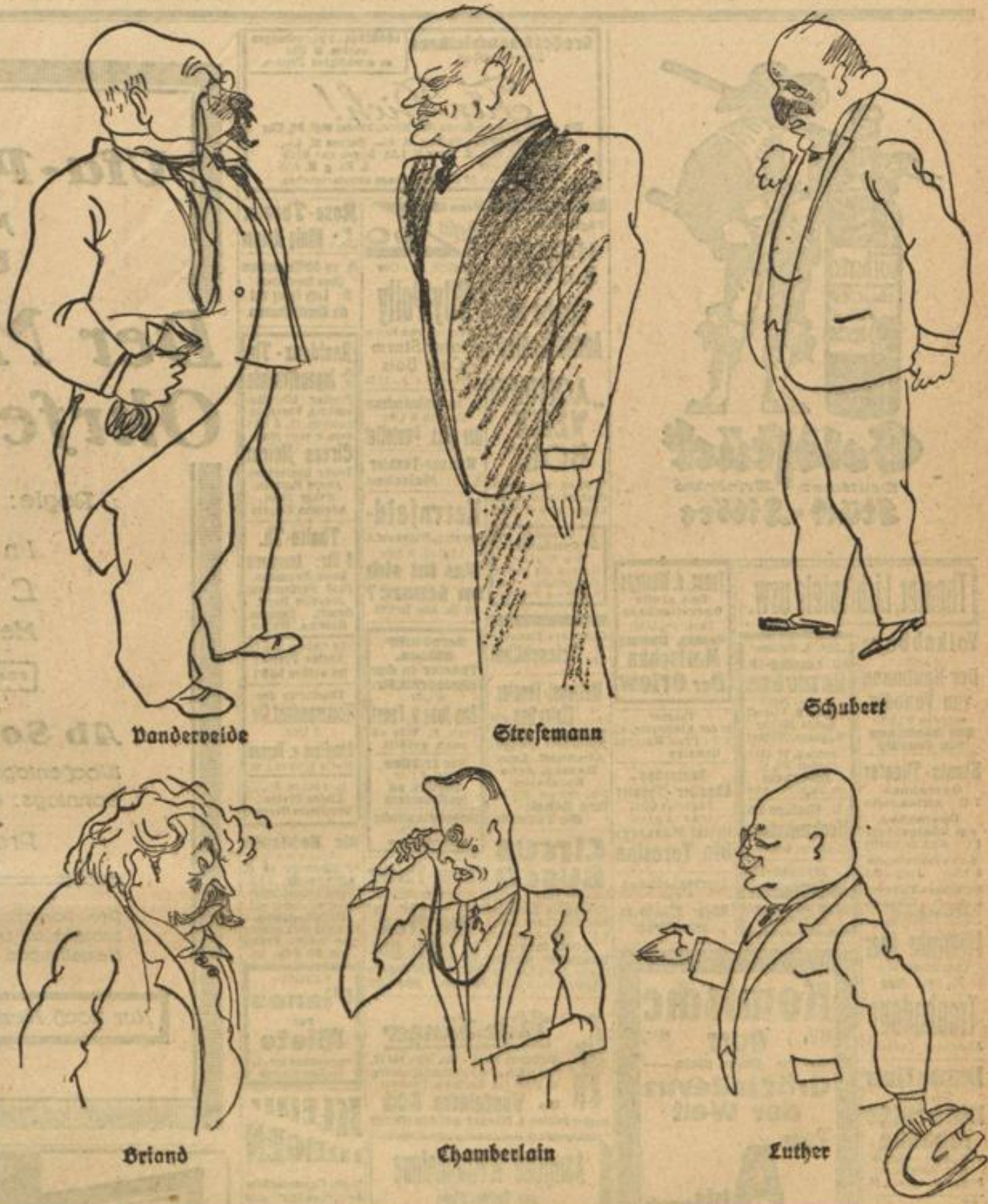
Er fragte sie: „Sind Ihnen hier nicht traurig zumute?“

Sie antwortete: „O nein!“

Dann sagte sie zu Franz: „Du kannst heimgehen, ich finde mich überall zurecht.“

Und sie fuhr fort, während sich der Bursche entfernte: „Wissen Sie, manchmal wird mir's bange. Gewöhnlich, wenn ich auf der Bank sitze. Ich erinnere mich an die schönen Dinge, die ich in Wien gekannt hab'. Ach, ich erkenne eine schöne Sache nach dem Klang. Eine schöne Sache kann nicht häßlich klingen, nicht wahr? Im Theater war es sehr, sehr schön. Mütterchen pflegte mich zu fragen: Willst Du nicht mit dem Ringelstein fahren? Und ich sagte: Nein, ich möchte lieber der Musik zuhören. Dort gab's soviel Musik. Und so einen schönen Värm. Auch ein Värm kann schön sein, nicht wahr?“

Locarno.



Er entgegnete: „Ich denke, Fräulein, nur ein durch Glück und Unterhaltung verursachter Lärm ist schön. Ich kenne einen Lärm aus dem Krankenhaus. Er gleicht einem glühenden Draht, der durch einen Körper gezogen wird. Und man wußte nie, wann er zu Ende wäre. — Das war das Schrecklichste!“

Sie sagte: „Auch im Lachen gibt es einen Unterschied. Warten Sie, Sie werden es erkennen. Man möchte sagen: Lachen ist Glück. Aber Sie werden sehen, daß ein Lachen, auf dem ein unbedeutender Gedanke liegt, einen ganz anderen Klang hat, als ein glückliches Lachen. Es klingt nicht. Es schlägt!“

Er unterbrach sie: „Als ich im Krankenhaus lag, hörte ich, wie mein Nachbar lachte, wissen Sie, wie man zu lachen pflegt, aus vollem Halse. Ich sprach zu ihm: Vorüber, Mensch, wiehst Du so? Er gibt keine Antwort. Und lacht weiter. Aber die Krankenpflegerin beugt sich zu meinem Ohr herab und flüstert mir zu: Er lacht nicht, er weint. Er hat erfahren, daß man ihm beide Füße abgenommen hat. — Sehen Sie, man unterscheidet nicht das Weinen vom Lachen!“

Sie sagte: „Nur am Anfang ist es so. Sie werden schon sehen!“

Und eine Weile nachsinnend, fuhr sie fort:

„Ich weiß, es ist unmöglich, aber wenn jemand zu mir käme und spräche: Du wirst sehen, aber dafür taub sein, glauben Sie mir, ich wäre nicht einverstanden damit!“

„Nein, ich wäre nicht einverstanden damit.“

Es war die Ueberzeugung eines Menschen, der etwas Bestimmtes nicht gegen etwas Unbekanntes eintauschen möchte, aus Furcht, sich zu betrogen. Und ihr Glaube an die Schönheit des Klanges war so stark, daß er ihr Unglück zählte. Es stand sie nicht mehr. Nur auf ihm lag es, wie ein schwerer und unbeweglicher Gegenstand in einem Schranke liegt, den wir nicht benötigen, aber an den wir von Zeit zu Zeit anstoßen, wenn wir notwendige Sachen herausnehmen.

III.

Er sprach: „Ich weiß nicht, was ich anfangen soll. Als ich durch diese Blindheit gefesselt wäre, so daß ich von diesem Rhythmus fast krank bin.“

Sie antwortete: „Das habe ich nicht kennen gelernt. Niemals hat mir meine Blindheit die Lust zur Arbeit genommen. Ich weiß von jedem Töpfchen, jedem Möbelfuß in meinem Zimmer. Ich weiß von den Streichhölzern, vom Holze und von der Kohle. Ich halte ein Töpfchen in der Hand und gieße Wasser darüber. Ich erkenne nach dem Gewicht, ob genug Wasser darin ist oder Kaffee oder Suppe. Ich habe auch eine Zither, auf der ich spiele. Wissen

Sie, spielen und spielen ist ein Unterschied. Manchmal sitz' ich daheim und meine Finger gleiten über die Saiten. Es ist mir, als ob sie spazieren gehen würden. Ich weiß nicht einmal, daß ich es bin, die spielt. Ich höre zu, wie man den Bögelin zuhört. Und es unterhält mich. Manchmal spiele ich im Wirtshaus. Da umringen sie mich mit Wünschen, da bin ich auf einmal notwendig! Spielen Sie! Als ob ich der Pfarrer wäre! Und da mühen sich meine Finger ab, sie sind müde wie ein Bote, der übers Land geht und der sich weder um die Bögelin noch um die Gegend schert, sondern bloß denkt: Noch eine Stunde Weges, noch eine halbe Stunde. Und das ist Arbeit. Und Sie werden arbeiten! Wenn schon für nichts anderes, so zu Ihrer Zerstreuung!“

Er erkannte bald, daß sie sich nicht getäuscht hatte. Tagtäglich spürte er stärker die Last seiner Fäuste. Die untätigen Hände hingen ihm wie welke Zweige vom Körper herab. Er überlegte. Die Blindheit ist keine Krankheit, die Blindheit ist ein Unglück. Der Kranke kann untätig sein, der Unglückliche keinesfalls.

Dann bot er seine sehnsuchterfüllten Arme der Frau Meisterin an und sprach: „Ich werde Ihnen Ihr Holz hacken!“ Sie erschraf beinahe und machte Ausflüchte. Er ließ sich aber nicht abfertigen, indem er alle ihr Gründe widerlegte. Endlich aber spielte er seinen höchsten Trumpf aus: „Bis zum Tode kann ich doch nicht müßig gehen!“ Sie sah es endlich ein und gab ihm den Schuppenstüffel, wobei sie ihn zur Vorsicht ermahnte.

Er hatte das Holz. Zuerst langsam, indem er jede seiner Bewegungen überlegte. Es war Abfallholz vom Bause, das mit einigen Schlägen zersplitterte. Es gab da Vatten, bei denen er dachte: sie sind dünn, ich zerhacke sie mit einem Schlag. Als es ihm gelang, wuchs sein Mut. Er hackte rascher und vergaß die Bewegungen. Er dachte bei sich: Als wir noch Buben waren, pflegten wir die linke Hand mit ausgestreckten Fingern auf den Tisch zu legen; wir schlossen die Augen und mit der rechten Hand trafen wir mit einem offenen Messer in den Raum zwischen den Fingern der linken Hand.

Und so hatte er Holz.

Und als ihm ein Stück Brett zwischen die Hände kam, erinnerte er sich wieder der Kinderspieler. Er konnte nicht widerstehen. Seine Linke spreizte er über das Brett aus. Und nun hatte er zu, sich an der Erinnerung mit seinem Fortschritt erfreuend. Es fiel glücklich aus. Er streifte nicht einmal einen Finger. Er wurde fröhlich gestimmt über seine Geschicklichkeit und rief in der Richtung gegen das Gebäude zu: „He, Frau Meisterin!“ Sie lief bestürzt herbei, ob er sich vielleicht gehackt hätte. Er aber sagte zu ihr:

Jetzt werde ich Ihnen zeigen, was ein Kriegskrieger zu tun hat!

Und er wiederholte victoros das Stückchen, ein kleines Brett durch die Finger gehend. Sie ängstigte sich: „Pfiu, ich kann so etwas nicht ansehen. Sie werden sich haken!“ Er lachte: „Ach, ich könnte so bis zum jüngsten Tage haken und würde mich nicht verletzen!“

Das erstmal wird ein Mensch jedoch früher müde. Er kehrte mit der Meisterin ins Zimmer zurück. Die Luft des Zimmers war mit dem Geruch des Mittagessens geschwängert. Und Vera sagte: „Wie ist es doch gut, daß ich Holz haben gelernt habe. Jetzt werde ich schon leichter leben. Der Mensch kann doch nicht ewig mühsig gehen. Wenn Sie jemand wissen sollten, werden Sie mit es sagen.“

Sie antwortete: „Warum Sie ich werde nachmittags fragen, wieviel für das Meter gezahlt wird, und sage es Ihnen dann.“

Und neugierig, wie es mit seinem Herzen stehe, fragte sie: „Wie haben Sie sich denn mit dem Fräulein Krugel unterhalten?“ Er erwiderte: „Über Sie wissen doch gleich alles! Sie können die Eva in sich nicht verleugnen. Ich behauere, daß ich sie nicht sehen kann. Wie sieht sie aus?“

Die Meisterin überlegte ein Weilchen. „Wie soll ich es Ihnen sagen? Auf die Frau Berwaller, aus sie noch jung war, können Sie sich nicht besinnen, was? Nein! Nun warten Sie mal. So, eben so gerade! Kennen Sie das Bild der Jungfrau Maria in der hiesigen Kirche? Wissen Sie, von der unbedeckten Empfängnis? Ja? Nun, so sieht sie aus. Schön ist sie.“

Ihre Mutter war auch nicht häßlich, ich habe sie ein wenig gefasert, bevor sie nach Wien ging. Damals war ich selber noch ein Frag. Und jetzt gehe ich schon in die Bierzig. Wie die Zeit vergeht! Bierzig Jahre sind eine lange Zeit im Leben eines Menschen und viel läßt sich darüber erzählen. Wir sind reich an Erfahrungen, haben unsere Freuden und unsere Leiden.“

Sie sprach. Er meinte, sie werde vierzig Jahre lang sprechen. Er hörte ihr nicht mehr zu, denn er hatte erfahren, was er wissen wollte.

Er wußte, wie die Anna Krugel aussieht. Mehr brauchte er nicht.

(Schluß folgt.)



Goldstück
Deutscher Weinbrand
Stück-Litöre

Großes Schauspielhaus
Norden 261-262
Für Dich!
Die große Charli-Keras (500 Mitwirkende) Mgl. 8 1/2 Uhr
Plätze der Plätze: Parkett M. 5, Balkon M. 4, 1. Rang M. 3, 2. Rang M. 1.50, Logen und Klubsessel M. 7-15, K. Ra. g. M. 0.75
Vorverkauf ab 10 Uhr vormittags ununterbrochen.

Täglich 8 1/2 Uhr
HALLER REVUE
Theater im Admiralspalast
„ACHTUNG! WELLE 505!“
II. Rang von 2 Mk. Parkett von 4 Mk. Logen von 8 Mk.

Neues Theater
Olly-Polly
Operette von Kollo
Emmy Sturm
Curt Bois
Perk. v. 2-17 M.
Th. an Schiffverdammen (Neben Opernhaus)
8: Lady Fanny und die Dienstbotentruppe

Rose-Theater
König Krause
Th. an Schiffverdammen (Neben Opernhaus)
8: Lady Fanny und die Dienstbotentruppe
Residenz-Th.
6: Jugendfreunde
Freitag 8 Uhr: Schloss Versteile
Sonntag 17. 8 Uhr zum ersten Male
Circus Heirat
Trude Hesterberg
André Martini
Oskar Sabo
Adolphe Engers

Sonntag 2 Vorstellungen
3 u. 8 1/2 Uhr
Nachm. die ganze Vorstellung zu halben Preisen

Kernfeld-Theater
Bühlstr. 6
Täglich 8 Uhr
Was tut sich im separé?
mit Dr. Jano Harnisch

Thalia-Th.
8 Uhr: Annemarie
Lotte Neumann,
Paul Heidemann,
Josefine Horg,
Basel, Schwann,
Kistka, Wilian

Central-Theater
Uhr
Trieschübel
Metropol-Theater
Uhr
Claire Dax als Kamsell Angot
Kirchhoff, Leuz
Hansen, Arno
Karsavina
Siz. nachm. 3 1/2 U.
Dare Kobelt die Tänzerin

Barnowsky-Säulen.
Theater in der Königsplatz-Str.
8 Uhr
Don Juan u. Faust
Freit. 8: Wie es euch gefällt
Die Trübne
Tägl. 8 Uhr:
Zwisch zu Meisselstein
Komödienhaus
Tägl. 8 Uhr:
Margarine

Theater in der Rommandant-Str.
8 Uhr:
Annelise v. Dessau
Marie Escher a. d. U.
Kleine Preise!
Anneliese Dessau

Circus Busch
Tägl. 7, 8 u. 10 U.
Fliegendes Tarpoco
Soll des Todes usw.
9 U. Man-Schaus.
1000 Jahre Deutscher Rhein
in dem Kattenländer
v. Hameln b. halb, Pr

Casino-Theater
Lothrerer Str. 37.
Tägl. 8 Uhr
Die Frau im gefährlichen Alter
Vater der hoch Programm
Kurtis Uwe Arthur Weigt

Die Koblanks
Tägl. 8 Uhr
im Theater in d. Lützowstr. 112
Ecke Flotw. Str.
Sonntag nachm. 4 U.
Rotkäppchen
Vorzeit dies zahlen nur halbe Preise von 50 Pfg. an.

Elite-Sänger
Kottbuser Str. 5 - Tel. Mpl. 190 77.
Tägl. 8 Uhr, auch Sonntag nachm. 8 Uhr
mit halben Preisen
u. a. **Wandelndes Glück**
Großer Solist u. Gewinner aus dem Rhein

Krause-Pianos zur Miete
Ansbacher Str. 1.
das Berlin-Tel. 1111

KLEINE ANZEIGEN
In der Gesamtauflage des „Vorwärts“ sind besonders wirksam und trotzdem sehr billig!
Stammpenden
jede Art
Herrn präsumiert
Paul Gollatz
exactly über hier,
Marienstr. 2
amt. Ber. 105 00

Ämliche Wettannahme des Union-Klubs
Berlin NW 7, Schadowstr. 8.
Annahme von Wett. für alle Rennen in der Zentrale, Schadowstr. 8, in allen Filialen und bei den größeren Renn-Vereinen im Reiche.
Auszahlung der vollen Totalisatorquoten ohne jeden Abzug.
Schriftliche Aufträge und Anträge auf Konto-Einrichtung sind nur an die Zentrale zu richten.

Amliche Wettannahme des Union-Klubs
Berlin NW 7, Schadowstr. 8.
Annahme von Wett. für alle Rennen in der Zentrale, Schadowstr. 8, in allen Filialen und bei den größeren Renn-Vereinen im Reiche.
Auszahlung der vollen Totalisatorquoten ohne jeden Abzug.
Schriftliche Aufträge und Anträge auf Konto-Einrichtung sind nur an die Zentrale zu richten.

Ziehung 1. Klasse 16. und 17. Oktober
Preuß. Staats-Lotterie
600 000 Lose, 254 000 Goldgewinne, Gesamtbeitrag über **45 Millionen R.-M.**
Höchstgewinn auf ein Doppellos: **2 Millionen R.**
Höchstgewinn auf ein ganzes Los: **1 Million R.**
Hauptgewinne und Prämien:
4 x **500 000 R.**
3 x **300 000 R.**
2 x **200 000 R.**
10 x **100 000 R.**
Lospreise: 1/2 1/4 1/8 1/16 Doppellos
3.- 6.- 12.- 24.- 48.- R.-M.
Statt. Lotterie-Einnahme
Heinz Berlin W8
Friedrichstr. 83 (zwischen Behrenstraße und Toller des Landes)
Postcheckkonto: Berlin 40221

Ufa-Palast am Zoo
Morgen, 8 Uhr:
Uraufführung
Der Mann, der die Ohrfeigen bekam
Regie: VIKTOR SJÖSTRÖM
In der Hauptrolle:
CON CHANEY
Metro-Goldwyn-Film der Ufa
Für die Premiere Abendanzug erbeten
Ab Sonnabend täglich:
Wochentags: 3 Vorstellungen um 5, 7, 9 Uhr
Sonntags: 4 Vorstellungen um 3, 5, 7, 9 Uhr
Preise: 1.50 bis 5.- Mark
Der Vorverkauf für 3 Tage im voraus ist ununterbrochen ab 11 Uhr vormittags geöffnet - Telefonische Bestellungen Amt Nollendorf Nr. 62, 1397, 5280, 5281
Nur noch Heute „Charley's Tante“, 7 und 9 Uhr

Theater, Lichtspiele usw.

Volksbühne
8 Uhr:
Der Kaufmann von Venedig
Morgen 8 Uhr:
Der Kaufmann von Venedig

Staats-Theater
Opernhaus
7 U.: **Arluauerin**
Opernhaus
am K. S. Platz
8 U.: **Mad. Butterfly**
Schauspielhaus
8 Uhr: **Jugend**
Schiller-Theater
8 Uhr: **Doppel-Elfmord**

Städtische Oper
Charlottenburg
7 1/2 Uhr: **Der Troubadour**
Abonnem.-Turnus

Deutsches Theater
7 1/2 Uhr:
Die heilige Johanna
von Shaw - Regie:
Max Reinhardt
Preise v. 1,50-12 M.

Stammerspiele
3 Uhr:
Sechs Personen suchen einen Autor
von Pirandello
Regie:
Max Reinhardt

Die Komödie
Kurfürstendamm 257
8 Uhr:
Gesellschaft!
v. John Galsworthy
Regie: M. Reinhardt

Berliner Theater
8: Abschiedsgastg.
Kammersänger
Rich. Tauber
Leslie Aufführung:
Eine Nacht in Venedig
Operette in 3 Akten
von Joh. Strauß
Ab Freit. Gastspiel des
Wälschen Klaviers- u.
Musikal. Ensembles
16, 17, 18, 20. Okt.
8 Uhr: **Kyroschra**
19. Okt. 1 1/2 U. **Car-**
menclia u. 4. Soldat

Th. a. Nollendorfpl.
8 Uhr:
Die heilblauen Schwwestern
Die neue Künnecke-Operette

Apollo-Theater
10. Str. am Zoo
Der Mann, der sich verachtete
Vorzeit. ab 10 Uhr

SCALA
8 Uhr
Internat. Varieté

Theat. d. Westens
Das große Operettenhaus
Tägl. 7 1/2 Uhr:
Gastsp. Hubert Marischka Der Orlow

Deutsches Künstler-Theater
Tägl. 8 1/2 Uhr:
Gastspiel
Frital Massary: Die Teresina

Lustspielhaus
8 Uhr:
Ritter Blanbaris achte Frau

Komische Oper
8 1/2 Uhr:
Größte Revue der Welt
Von **A bis Z**

Das Gewaltigste an Ausstattungspracht, was je auf einer Bühne gezeigt worden ist
46 Bilder! 300 Mitwirkende!
Das Tagesgespräch Berlins

Sonntag 4 Uhr
Jeder Erwachsene 1 Kind frei
Halbe Preise
Parkett 6.- M.
Preise 2.- bis 12.- M.
(Logen 15.- M.)
Vorverkauf ununterbr. geöffnet.

WINTERGARTEN
Stimmen der Presse:
„Als Tanzparadise ist er (Little Tich) noch heute genau so überwältigend komisch wie vor Jahren. Sein ständiger Kampf mit der Tücke des Objektes ist im höchsten Grade erheitend.“
Rauchen gestattet!

Reichshafen-Theater
Abend 8 Uhr, Sonntag 1 1/2 Uhr:
Steffler Sänger
Nachm. halbe Preise!
Dönhoff-Brett's:
Familien-Varieté.
Abend 8 Uhr Sonntag 1 1/2 Uhr.

Rennen zu Grunewald
Donnerstag, 15. Oktober
nachmittags 1 1/2 Uhr

Unserem bewährten Genossen
Karl Renne
und seiner lieben Frau
zu ihrer Silberhochzeit
die herzlichsten Glückwünsche.
Die Genossen des 2. Bezirks
der 125. Abt. (Weissenhof).

Allen Freunden und Bekannten
zur Nachricht, daß am 12. d. M. im
Krankenhaus Friedbergheim mein
innig geliebter Mann und Vater, der
Hochverehrte
Paul Unglaube
Ehrl. 4. verstorben ist
Marie Unglaube nebst Sohn
und Schwiegertochter.
Einäschung: Sonnabend, 17 d. M.,
4 1/2 Uhr nachmittags, im Krematorium
Baumhüttenweg.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Die Vertrauensmännerkonferenz
der Metallarbeiter findet heute nicht
statt, sondern am Donnerstag, den
22. Oktober.
Die Vertrauensmännerkonferenz
der Holzarbeiter fällt in diesem
Monat aus.

Achtung! Verwaltungsmittglieder!
Am Freitag, den 16. Oktober, findet
keine Sitzung der mittleren Orts-
verwaltung statt.

„Achtung! Bauarbeiter Achtung!“
Die oberste Baugewerkschaft
für den Monat Oktober 1915 u. a.
Die Sperrung über die Bauten der Firma
Blume & Gendel ist hiermit aufgehoben.
In der Zeit vom 15. Oktober bis
1. April wird jedem Bauarbeiter aus Pflicht
gemacht, nur bei vergüteten Arbeiten zu
arbeiten.
Die Ortsverwaltung.

Ruilos Knoblauchjaff
ist stets frisch in allen Apotheken
Berlins und, falls irgendwo nicht
vorhanden, im Generaldepot für Berlin,
Andreas-Apothek., Wundtstraße 15,
Tel. Königl. 278, erhältlich.

Peitzwaren
kaufen Sie gut und billig
Berlin, Neue König-
Schlesinger, Straße 21, 2 Treppen.

Admirals-Café
im Admirals-Palast
am Bahnhof Friedrichstraße
ERÖFFNUNG
nach erfolgtem Gesamt-Umbau
heute 3 Uhr nachmittags.
Eig. Konditorei - Spezial-Frühstück ab 700 früh
KAPELLE LUCZKOWSKI
Besuchen Sie auch gleichseitig unsere
neueröffnete
Frühstücks-Stube
neben dem Admirals-Café

Ziehung 1. Klasse am 16. u. 17. Oktober 1915
Preußisch-Südd. Klassen-Lotterie
254 000 in 8 Klassen verteilte Gewinne und 3 Prämien
insgesamt über
45 Mill. Reichsmark
Höchst- und Hauptgewinne:
2 Million M. | 1 Million M.
4 x 500 000 M. | 2 x 200 000 M.
2 x 300 000 M. | 10 x 100 000 M.
Lospreise: 1/2 1/4 1/8 1/16 Doppellos
3.- 6.- 12.- 24.- 48.- R.-M.
Porto und Liste 30 Pf. extra - Zahlung nach Empfang des Loses.
Hahn statt. Lotterie-
Einnahme **Berlin S 14** Prinzen-
straße 20
Postcheckkonto: Berlin 311 31